

Demographie aktuell

Vorträge - Aufsätze - Forschungsberichte

Nr. 12

Das zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland Demographische Prognosen bis 2030

Rainer Münz
Ralf Ulrich

Berlin, November 1997

Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft

D-10099 Berlin, Unter den Linden 6
Tel. (030) 2093-1918; Fax: 2093-1432
E-Mail: Ralf.Ulrich@sowi.hu-berlin.de
www.demographie.de

Institut für Sozialwissenschaften
Philosophische Fakultät III
Humboldt-Universität zu Berlin



INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	1
2	ZUWANDERUNG UND AUSLÄNDISCHE BEVÖLKERUNG, 1960-1996	6
2.1	Anwerbung und Rotationsmodell	6
2.2	Anwerbestopp, Versuch einer Konsolidierung, neue Zuwanderungswelle	9
2.3	Asylbewerber und Flüchtlinge	11
2.4	Herkunft der Ausländer in Deutschland	15
2.5	Demographische Merkmale der ausländischen Bevölkerung	17
2.6	Regionale Verteilung der Ausländer in Deutschland	20
2.7	Von Gastarbeitern zu Einwanderern	22
2.8	Einbürgerung von Ausländern	24
2.9	Eine neue Phase der Zuwanderung nach Deutschland?	27
3	ANNAHMEN ZUR PROGNOSE	27
3.1	Perspektiven zukünftiger Zuwanderungen	27
3.2	Vier Szenarien der Entwicklung bis 2030	38
3.3	Annahmen zu Fruchtbarkeit und Sterblichkeit	41
4	ERGEBNISSE DER PROJEKTIONEN BIS 2030	42
5	KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITIK	49
5.1	Freizügigkeit für wen?	50
5.2	Wozu Migrationspolitik?	52
5.3	Integration	54
5.4	Politischer Handlungsbedarf	56
6	FAZIT	57

VERZEICHNIS DER TABELLEN UND ABBILDUNGEN

Tabelle 1: Bevölkerungsdynamik in Deutschland, 1950-95	2
Tabelle 2: Osteuropäische Programm Teilnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt, 1991-95	11
Tabelle 3: Asylbewerber und die Zuwanderung von Ausländern, 1970-95	12
Tabelle 4: Ausländer nach Bundesländern, Ende 1995	20
Tabelle 5: Städte mit dem größten Ausländeranteil, Anfang 1995	21
Tabelle 6: Einbürgerungen von Aussiedlern und Ausländern, 1974-94	26
Tabelle 7: Wanderung von Bürgern aus anderen EU-Staaten (EU-12) von und nach Deutschland, 1960-95	30
Tabelle 8: Wanderung von Bürgern der Türkei von und nach Deutschland, 1960-95	32
Tabelle 9: Wanderung von Bürgern (Ex-)Jugoslawiens von und nach Deutschland, 1960-95	33
Tabelle 10: Bestand und wichtigste Zugänge von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Deutschland, 1988-94	34
Tabelle 11: Asylbewerber aus Rumänien sowie Wanderungen von Rumänen von und nach Deutschland, 1989-95	36
Tabelle 12: Zusammenfassung der Wanderungsannahmen bis 2030	39
Tabelle 13: Wanderungen von Ausländern von und nach Deutschland	40
Tabelle 14: Zusammenfassung der Annahmen zu internationalen Wanderungen von Ausländern und Deutschen und zu Einbürgerungen	41
Tabelle 15: Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland bis 2030	46
Tabelle 16: Vergleich der Ergebnisse verschiedener Projektionen der Gesamtbevölkerung in Deutschland für das Jahr 2030	46
Tabelle 17: Altersstruktur der ausländischen und deutschen Bevölkerung, in %	48
Abbildung 1: Zuzüge und Fortzüge von Ausländern, Wanderungssaldo für Deutschland, 1955-96	7
Abbildung 2: Ausländische Bevölkerung und unselbständig beschäftigte ausländische Arbeitskräfte in Deutschland, 1960-95	8
Abbildung 3: Asylanträge in Deutschland, 1970-95	13
Abbildung 5: Zuzüge von Ausländern nach Herkunftsländern, 1960-95	16
Abbildung 6: Ausländer in Deutschland nach Staatsbürgerschaft, in %, 1971, 1994	16
Abbildung 7: Altersstruktur von Ausländern und Deutschen, 1994	17
Abbildung 8: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung nach Altersjahren, 1994	18
Abbildung 9: Durchschnittliche Kinderzahl ausländischer und aller Mütter in Deutschland, 1970-94	18
Abbildung 10: Rohe Geburtenraten verschiedener Nationalitäten in Deutschland, 1994	19
Abbildung 11: Ausländeranteil in Deutschland nach Kreisen, in %, 1993	22
Abbildung 12: Ausländer in Deutschland nach Aufenthaltsdauer, 1994	23
Abbildung 13: Absicht zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft, 1994, in %	25
Abbildung 14: Wanderungen von Bürgern anderer EU-Staaten (EU-12) von und nach Deutschland, 1960-95	29
Abbildung 15: Wanderung von Bürgern der Türkei von und nach Deutschland, 1960-95	31
Abbildung 16: Wanderung von Bürgern (Ex-)Jugoslawiens von und nach Deutschland, 1960-95	33
Abbildung 17: Wanderung polnischer Bürger (ohne Aussiedler) von und nach Deutschland, 1960-95	37

Abbildung 18: Wanderungssaldo der "übrigen" Wanderungen und Gesamtwanderungssaldo (nur Ausländer), 1960-95	38
Abbildung 19: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Ausländer, mittleres Szenario	42
Abbildung 20: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Deutsche, mittleres Szenario	43
Abbildung 21: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Ausländer, hohes Szenario	44
Abbildung 22: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Ausländer, niedriges Szenario	44
Abbildung 23: Zukünftige Entwicklung der in- und ausländischen Bevölkerung in Deutschland 1995-2030, vier Szenarien	45
Abbildung 24: Anteil der ausländischen Bevölkerung in ausgewählten Städten, 2030 (mittleres Szenario), in %	47
Abbildung 25: Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung, 1995 und 2030	48
Abbildung 26: Die Struktur der ausländischen Bevölkerung nach Hauptnationalitäten	49
Abbildung 27: Möglichkeiten der Zuwanderung nach Deutschland	51

VORWORT

Diese Studie ist im Forschungs- und Diskussionszusammenhang des Ladenburger Kollegs "Globalisierung verstehen und gestalten" entstanden. Dieses Kolleg wurde 1996 von der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung (Ladenburg) unter Leitung von Ulrich Steger (Institut für Ökologie und Unternehmensführung, Oestrich-Winkel) eingerichtet. Das Kolleg bot den Autoren die Möglichkeit, mit Kollegen anderer Fachrichtungen über Zuwanderung nach Deutschland im Kontext der Globalisierung von Märkten und Migrationssystemen zu diskutieren.

Unterstützung und Hilfe bei der Sammlung von Daten sowie bei der Erstellung und Durchsicht dieser Studie erhielten die Autoren von Ines Heimicke, Rose-Elisabeth Herden, Sandra Heuer, Rainer Ohliger, Diane Opitz, Antje Scheidler und Renate Zeiske; alle Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität, Berlin. Martina Kocks, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, erstellte für uns eine kartographische Darstellung.

Allen Genannten gilt unser Dank.

1 EINLEITUNG

Warum bleiben viele Menschen ein Leben lang sesshaft? Warum verlegen andere ihren Wohnsitz ins Ausland? Eine Erklärung, die auf alle Fälle paßt, gibt es wohl nicht. Denn manche migrieren auf der Suche nach einem besseren Leben. Andere reisen ihrem Ehepartner hinterher oder werden von ihren Eltern nachgeholt. Manche wollen oder müssen ihren Lebensunterhalt als Arbeitsmigranten im Ausland verdienen, weil es daheim für sie und ihre Familie nicht reicht. Andere Arbeitsmigranten gehen nicht wegen des höheren Lohns ins Ausland, sondern weil man sie schickt. Sie werden innerhalb eines international operierenden Konzerns, im diplomatischen Dienst oder als Militärs in ein anderes Land versetzt. Einige werden dabei nicht einmal gefragt. Noch viel unfreiwilliger ist die Wanderung jener Personen, die mit Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben werden oder flüchten und in einem anderen Land Asyl finden müssen.

Um die genannten und andere Formen der internationalen Migration geht es in dieser Studie. Thema ist die Zuwanderung nach Deutschland seit 1945. Immigration auf Dauer oder auf Zeit ist nicht bloß ein aktuelles politisches Thema. Sie markiert auch einen Bruch in der Geschichte dieses Landes. Denn über mehrere Jahrhunderte gab es aus dem Gebiet des heutigen Deutschland vor allem Auswanderung. Allein zwischen 1800 und 1930 verließen an die 7 Mio. Deutsche aus wirtschaftlicher Not, aber auch aus politischen Gründen ihre Heimat. Die meisten emigrierten nach Übersee. Manche kehrten später wieder zurück. Zugleich setzte bereits im späten 19. Jahrhundert eine massive Zuwanderung in die entstehenden Industriegebiete und in einige dadurch rasch wachsende Städte Deutschlands ein. Erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist die Zahl der Zuwanderer zumindest in der westlichen Hälfte Deutschlands deutlich größer als die Zahl der Abwanderer. Seitdem hat Migration wesentlich zur Bevölkerungsdynamik in Deutschland beigetragen (vgl. Tabelle 1). Durch die Migration der Jahre 1950-1995 gewann Westdeutschland 13 Mio. Einwohner während der Osten des Landes fast 5 Mio. Einwohner verlor. Insgesamt wäre Deutschlands Einwohnerzahl ohne Ein- und Auswanderungen heute um rund 8 Mio. kleiner. Und sie würde ohne Zuwanderung weiter sinken. Denn in beiden Teilen Deutschlands übersteigt die Zahl der Sterbefälle seit Anfang der 70er Jahre die Zahl der Geburten. Durch dieses Ungleichgewicht wäre Deutsch-

lands Bevölkerung ohne Zuwanderung zwischen 1970 und 1995 bereits um mehr als 2 Mio. geschrumpft.

Tabelle 1: Bevölkerungsdynamik in Deutschland, 1950-95

	1950-69	1970-95
	in 1.000	
<i>Geburtensaldo (Geburten-Sterbefälle)</i>		
Ostdeutschland	1.202	-713
Westdeutschland	6.064	-1.544
Gesamt	7.266	-2.257
<i>Wanderungssaldo (Zuzüge-Fortzüge)</i>		
Ostdeutschland	-3.639	-1.174
Westdeutschland	5.718	7.581
Gesamt	2.080	6.407
<i>Einwohnerzahl</i>		
	1.1.1950	31.12.1995
Ostdeutschland	18.793	15.476
Westdeutschland	49.315	66.342
Gesamt	68.108	81.818

Schätzungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Unter Migration verstehen die meisten etwas Endgültiges. Doch gerade für Deutschland gilt dies nicht. Ein größerer Teil der Migranten blieb nicht auf Dauer im Zielland. Das zeigt ein Blick auf die Wanderungsstatistik. Zwischen 1950 und 1995 kamen rund 28 Mio. Menschen als Arbeitsmigranten, Angehörige, Aussiedler, Asylbewerber oder als deutsche Staatsbürger aus dem Ausland. Im gleichen Zeitraum verließen 20 Mio. Deutsche und Ausländer das Land; manche freiwillig, andere nach Ablauf ihrer Arbeitsgenehmigung oder nach Ablehnung ihres Asylantrages. Hinzu kommen 6 Mio. Menschen, die zwischen DDR und Bundesrepublik bzw. seit 1990 zwischen Ost- und Westdeutschland wanderten.

Warum wandern Menschen in ein anderes Land?

Am Beispiel Deutschlands und seiner Nachbarländer lassen sich eine Reihe von Ursachen und Randbedingungen von Migration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts analysieren.

Ein wesentlicher Teil der Migrationsströme wird von *politischen und ökonomischen Disparitäten* bestimmt. Staaten mit prosperierender Wirtschaft, funktionierenden Arbeitsmärkten, höherem Lohnniveau sowie demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen sind für potentielle Migranten aus Staaten mit Unterbeschäftigung, geringerem Lohnniveau, stagnierender Wirtschaft, krisenanfälligem politischem System und ethnischer oder religiöser Unterdrückung attraktiv.

Mit Hilfe solcher Disparitäten lassen sich Migrationsmuster nur ganz allgemein erklären. Prinzipiell ist davon auszugehen, daß Migration von den ärmeren und instabileren Regionen Europas und der "Dritten Welt" ausgeht. Ziel sind die wohlhabenderen Industrieländer und dort insbesondere die großen Städte. Theoretisch läßt sich dies gut erklären. Die Aussicht auf Verdienstmöglichkeiten auf westeuropäischen Arbeitsmärkten oder in ökonomischen Nischen kann Wanderungen auslösen. Voraussetzung dafür ist das beträchtliche ökonomische Gefälle zwischen östlicher und westlicher Hälfte Europas sowie zwischen Nordafrika bzw. dem Nahen Osten und Europa insgesamt. Hinzu kommen politische Repression, Bürgerkriege sowie die andauernde Mißachtung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte in etlichen Herkunftsstaaten. Auch in diesen Fällen liegt das Wanderungsmotiv auf der Hand. Die Migranten erhoffen sich Sicherheit vor politischer, ethnischer oder religiöser Verfolgung.

Die Auswirkungen der europäischen Integration lassen sich in diesem Zusammenhang gut erklären: Angesichts der Verringerung bestehender ökonomischer und sozialer Unterschiede innerhalb der Europäischen Union werden die Wanderungsströme zwischen den EU-Staaten kleiner, obwohl sich EU-Bürger inzwischen in jedem Mitgliedsland frei niederlassen dürfen. Stattdessen dehnt sich das Einzugsgebiet der europäischen Wanderungen auf neue Peripherien und "Hinterländer" aus.

In der hier formulierten Allgemeinheit ist der Versuch, Migration auf bestehende ökonomische Disparitäten zurückzuführen, sicherlich zutreffend. Dieser Ansatz erklärt, wieso Migrationsprozesse in Gang kommen und gibt auch eine ungefähre Richtung der Wanderungen an. Im Detail läßt sich jedoch in vielen Fällen nicht begründen oder prognostizieren, warum bestimmte Wanderungen tatsächlich stattfinden und andere trotz erheblicher Disparitäten nicht in Gang kommen.

Ginge es allein nach der ökonomischen Logik, dann müßten erheblich mehr Portugiesen in Deutschland als in Frankreich Arbeit suchen. Die Chance auf legalen Zugang zum Arbeitsmarkt haben sie als EU-Bürger in beiden Staaten. Trotz eines deutlich höheren Lohnniveaus leben aber nur 10% aller Auslandsportugiesen in Deutschland. Im Gegensatz dazu läßt sich die Präferenz polnischer Saisonarbeiter, bosnischer Kriegsflüchtlinge und kurdischer Asylbewerber für Deutschland aus den bestehenden Disparitäten gut erklären.

Die Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur, die Wanderungen heute wesentlich beeinflussen, wurden und werden häufig auch unter dem Schlagwort der *Globalisierung* zusammengefaßt. Während die Internationalisierung von Arbeitsmärkten bis 1973 vor allem durch die Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern in westliche Industriestaaten geprägt war, geht der Trend seit den 70er Jahren in eine andere Richtung. Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung sind stärker entkoppelt. Dadurch verringerte sich die Nachfrage nach in- und ausländischen Billigarbeitskräften.

Gleichzeitig schrumpfte in Ländern wie Deutschland die Zahl der Beschäftigten in der Industrie und im produzierenden Gewerbe durch Automation, straffere Produktionsabläufe und durch Verlagerung arbeitsintensiver Tätigkeiten in Niedriglohnländer. Denn neben Banken, Versicherungen und anderen Kapitalanlegern operieren zunehmend auch Industrieunternehmen bzw. ihre Zulieferer und einige Anbieter von Dienstleistungen unabhängig von nationalen Grenzen. Die dadurch entstandenen multinationalen Konzerne produzieren arbeitsteilig an verschiedenen Produktionsstandorten, deren Kapazitäten sie nach Kosten-Nutzen-Erwägungen variieren können. Viele von ihnen verlagerten ihre Produktion auch mit dem Ziel, sich damit Märkte in Ländern der "Dritten Welt" und der mittel- bzw. osteuropäischen Reformstaaten zu erschließen. Bank- und Finanzdienstleistungen haben sich operativ immer mehr von nationalen Märkten gelöst. Mitte der 60er Jahre betragen die internationalen Kapitalströme höchstens 10% des Welthandels, Mitte der 80er Jahre hatten sie das Handelsvolumen bereits übertroffen. Heute machen Finanztransaktionen bereits ein Vielfaches der Waren- und Güterströme aus.

Die Internationalisierung von Produktion, Handel und Finanzmärkten und die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse in Länder Ostmitteleuropas und der Dritten Welt hatten erheblichen Einfluß auf das Migrationsgeschehen in Westeuropa. Zum einen erhöhte sich die Mobilität von Managern und hochqualifizierten Technikern und anderen Spezialisten. Zum anderen haben weniger qualifizierte Arbeitsmigranten aus Mittelmeerländern und deren Kinder nun erheblich größere Probleme, in westeuropäischen Ländern einen Arbeitsplatz zu finden. Dies gilt im Falle Deutschlands auch für Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion.

Migrationssysteme wurden in den 80er und 90er Jahren komplexer und dehnten sich geographisch aus. Dabei verläuft die Hauptrichtung von Migration trotz der viel größeren Mobilität von Managern, Technikern und anderen Spezialisten im Zeitalter der Globalisierung noch immer von weniger entwickelten Ländern zu höher entwickelten. Aber es ist eine

weitgehende Entkoppelung von den ökonomischen Konjunkturzyklen der Zielländer zu beobachten. Das heißt: Die Migration wird kaum noch durch eine Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften in westlichen Industriestaaten bestimmt. Einmal etablierte Migrationsbeziehungen setzen sich auch in Phasen hoher Arbeitslosigkeit in den Zielländern fort, solange sich die Bedingungen in den Herkunftsländern nicht grundlegend verbessern.

Neben ökonomischen Determinanten werden europäische Migrationsmuster erheblich durch *kulturelle, politische und historische Verbindungen* zwischen den jeweiligen Herkunfts- und Zielregionen bestimmt. Von großem Einfluß ist ein Diffusionsprozeß von Informationen über erfolgreiche Migranten sowie über existierende Probleme und Chancen auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten potentieller Zielländer. Ähnliches gilt für Informationen über bestehende Aufnahme- und Asylverfahren. Die Diffusion erfolgt über Kontakträger (Briefe, Telefonanrufe, Rückkehrer, Migranten auf Heimaturlaub, Medien). Sie wird auch in geographisch und sozial entferntere Regionen getragen. Die selektive Wahrnehmung potentieller Migranten wird dabei sehr wesentlich durch historische, sprachliche und kulturelle Muster strukturiert. Sprachkenntnisse und spezifisches Wissen können – als Erbe der Kolonialepoche oder als Resultat früherer Arbeitsmigration – die Zuwanderung in ehemalige europäische Kolonialmächte und Länder, die einst Gastarbeiter anwarben, erheblich begünstigen. Einschlägige Informationen breiten sich aus und machen mehr Menschen zu potentiellen Migranten. Zugleich "kanalisieren" bereits bestehende ethnische und soziale Netzwerke die Zuwanderung in "traditionelle" Zielländer. Dabei helfen solche Netzwerke entscheidend bei der Integration von Neuzuwanderern.

Durch die genannten historischen und kulturellen Bindungen entstanden "privilegierte" Migrationsbeziehungen zwischen einzelnen Herkunfts- und Zielländern. Am klarsten erkennbar ist dies an der Monopolstellung, die einzelne europäische Zielländer im Migrationsgeschehen haben. Die Dominanz des Englischen, Französischen und Portugiesischen als Verkehrssprache in zahlreichen Entwicklungsländern und die dort verbreitete ökonomische und kulturelle Orientierung an London, Paris oder Lissabon begünstigten und steuerten die Einwanderung in die ehemaligen Kolonialmächte. Damit importierte Europa nicht bloß Arbeitskräfte oder Flüchtlinge, sondern auch einen Teil der zuvor räumlich ausgelagerten ethnischen und sozialen Konflikte.

Deutschland, das seine Überseekolonien schon 1918 verlor, spielte dagegen als Auswanderungsziel für Millionen von Volksdeutschen aus Polen, Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion die Rolle eines Quasi-Mutterlandes. Eine ähnliche Funktion erfüllt Ungarn für Angehörige ungarischer Minderheiten in Ostmitteleuropa, Griechenland für die griechische Diaspora in den GUS-Staaten und Israel für emigrationswillige jüdische Bürger in der östlichen Hälfte Europas und anderswo.

Frankreich hat "privilegierte" Migrationsbeziehungen zu Portugal und zu einer Reihe außereuropäischer Staaten. Es ist nicht nur erstes Ziel der Zuwanderung aus seinen noch vorhandenen Überseegebieten. Auch fast alle in Europa lebenden Algerier haben ihren Wohnsitz in Frankreich. Zwei Drittel aller im europäischen Ausland registrierten Portugiesen und Tunesier und fast die Hälfte aller Marokkaner leben in Frankreich. Ähnliches gilt für Deutschland, wo fast alle deutschstämmigen Aussiedler, acht von zehn Auslandsgriechen, drei von vier Türken und zwei Drittel aller Ex-Jugoslawen mit Wohnsitz in Westeuropa leben. In Großbritannien hält sich dagegen ein Großteil der innerhalb Europas emigrierten Iren auf. Ferner haben dort fast alle in Europa lebenden Inder, Pakistanis, Bangladeschis und Auswanderer aus den anglophonen Staaten Westindiens ihren Wohnsitz.

Migration wird oft auch durch die *räumliche Nähe* zwischen Herkunfts- und Zielgebiet beeinflußt. Dies gilt nicht nur im Inland, sondern auch für grenzüberschreitende Migration. Daher sind Wanderungen zwischen Nachbarstaaten unter bestimmten Voraussetzungen häufiger, solche zwischen weiter entfernten Ländern seltener. Dabei geht es nicht bloß um geographische Nähe, sondern auch um Erreichbarkeit. Die Ursachen liegen auf der Hand.

Kurze räumliche oder zeitliche Distanzen zwischen Herkunfts- und Zielgebiet erleichtern den Entschluß zur Wanderung, senken die Transportkosten, erleichtern die Rückkehr, reduzieren das Risiko und "verbilligen" somit das Vorhaben. Wenn benachbarte Herkunfts- und Zielgebiete überdies dem gleichen Sprach- oder Kulturraum angehören, dann sinken für alle Beteiligten auch die "sozialen" Kosten von Migration und Integration.

Ein Teil der europäischen Wanderungen läßt sich somit durch kurze Distanzen und gute Erreichbarkeit erklären: Die Migrationsbeziehungen zwischen Finnland und Schweden, Irland und Großbritannien, Italien und der Schweiz, aber auch zwischen Albanien und Griechenland wurden durch geringe Distanzen erleichtert. Im Gegensatz dazu verhinderte der Eisernen Vorhang 40 Jahre lang Migration zwischen geographisch benachbarten Regionen. Im Falle Deutschland spielte beides eine Rolle. Die Arbeitsmigration aus Italien und dem ehemaligen Jugoslawien nach Süddeutschland erklärt sich zum Teil aus der relativen Nähe der Herkunftsgebiete. Zugleich verhinderten Mauer und Stacheldraht bis 1989 größere Wanderungsbewegungen aus der DDR in die Bundesrepublik, aber auch aus angrenzenden Ländern wie Polen und der Tschechoslowakei, aus denen es bis in die 30er Jahre erhebliche Zuwanderung nach Deutschland gegeben hatte und heute zum Teil wieder gibt.

Ein weiterer entscheidender Faktor, der die europäische Migration strukturiert, sind *bestehende gesetzliche Regelungen und migrationspolitische Entscheidungen*. Damit räumliche Nähe, ökonomische Disparitäten, politische Gewalt, ethnische Netzwerke oder bestehende historische und kulturelle Verflechtungen wirksam werden können, bedarf es rechtlicher und administrativer Voraussetzungen im Herkunfts- oder im Zielland, ohne die Migration kaum stattfinden kann.

Ein gutes Beispiel ist die europäische Ost-West-Wanderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, deren Dynamik durch die Spaltung Europas 40 Jahre lang erheblich gebremst war. Sie wurde durch administrative Reisebeschränkungen für Bürger kommunistischer Staaten einerseits und durch bilaterale Ausreisevereinbarungen andererseits kanalisiert. Beides bestimmte bis 1989 die Höhe und Richtung der Migration. Die Tatsache, daß nur ein kleiner Teil der Ost-West-Wanderung spontan erfolgte, änderte sich Ende der 80er Jahre sehr rasch. Inzwischen sind jedoch neue Restriktionen an die Stelle der alten getreten. Heute sorgen verschärfte Asylgesetze in Westeuropa, harmonisierte Visabestimmungen und strengere Kontrollen der EU-Außengrenzen für eine Beschränkung potentieller wie aktueller europäischer Migrationsströme.

Gegenstand dieser Studie ist die zukünftige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Dazu ist es zunächst notwendig die vergangenen 35 Jahre zu untersuchen. Kapitel 2 analysiert die Zahl ausländischer Migranten der Jahre 1960-1996, ihre Herkunft, den Zeitpunkt der Zu- bzw. Abwanderung und die Rahmenbedingungen, unter denen sie nach (West-)Deutschland kamen. Im weiteren werden die Struktur der ausländischen Bevölkerung der Bundesrepublik analysiert und der Platz behandelt den Ausländer in Wirtschaft und Gesellschaft des vereinigten Deutschland heute einnehmen. Ausgehend von der Analyse vergangener Wanderungen entwickelt Kapitel 3 plausible Annahmen über das Migrationsgeschehen der kommenden Dekaden. Die Ergebnisse der Prognose werden im 4. Kapitel dargestellt. Kapitel 5 diskutiert Konsequenzen für die Politik.

2 ZUWANDERUNG UND AUSLÄNDISCHE BEVÖLKERUNG, 1960-1996

2.1 Anwerbung und Rotationsmodell

Neben den Vertriebenen der Jahre 1945-48 trugen Ausländer aus Mittelmeerländern am meisten zum westdeutschen Wanderungsgewinn bei. Die Zuwanderung von Ausländern wurde von der Bundesrepublik ab Mitte der 50er Jahre aus wirtschaftlichen Gründen initiiert und in der Anfangsphase zwischenstaatlich geregelt.

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg gab es Phasen einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen europäischen Ländern. Die Volkszählung von 1910 ergab eine Zahl von 1,3 Mio. Ausländern in Deutschland. Von ihnen waren 50% österreichische Staatsbürger (v.a. aus Böhmen, Mähren und Galizien), 11% Niederländer und 11% Bürger des zaristischen Rußland (v.a. aus dem russischen Teil Polens und dem Baltikum). Auch in der Zwischenkriegszeit gab es Zuwanderung aus den Nachbarstaaten. Von den 1 Mio. Ausländern des Jahres 1925 stammten 27% aus Polen, 23% aus der Tschechoslowakei und 14% aus Österreich.

Während des Zweiten Weltkriegs konnte die deutsche Kriegswirtschaft zu einem erheblichen Teil nur durch den Einsatz ausländischer Fremd- und Zwangsarbeiter aufrechterhalten werden (Bade 1992b; Dohse 1981). Die Zahl der damals überwiegend zwangsweise beschäftigten Ausländer in Deutschland stieg dabei bis 1944/45 auf knapp 8 Mio. (Herbert 1986). Hinzu kamen Kriegsgefangene und überlebende KZ-Häftlinge. Die meisten von ihnen kehrten 1945/46 wieder in ihre Heimatländer zurück oder wurden gegen ihren Willen dorthin zurückgeschickt.¹ Andere wanderten nach Israel und Übersee aus. Nur wenige blieben als "displaced persons" in Deutschland.

Unmittelbar nach dem Krieg erschwerte die hohe Arbeitslosigkeit zunächst die wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen und Kriegsheimkehrer. Mit dem Einsetzen des exportorientierten deutschen "Wirtschaftswunders" wuchs jedoch die Arbeitskräftenachfrage in den 50er Jahren rasch. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich schnell, und sowohl Vertriebene als auch DDR-Übersiedler wurden in großer Zahl in die westdeutsche Wirtschaft integriert (Luettinger 1986).

Trotz der großen Zahl von Vertriebenen und des jährlichen Zuzugs hunderttausender DDR-Bürger konnten bereits in den 50er Jahren in einigen westdeutschen Branchen Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden. Die westdeutsche Wirtschaft begann, in Südeuropa Gastarbeiter zu rekrutieren. 1955 schloß die Bundesrepublik ein entsprechendes Abkommen mit Italien und während der 60er Jahre in kurzer Folge mit Spanien (1960), Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) (Rudolph 1996).

Anfangs hatten die Anwerbeabkommen nur wenig Bedeutung. In Zeiten des "Wirtschaftswunders" expandierte die Beschäftigung zunächst durch den Abbau von Arbeitslosigkeit und die Eingliederung von geflüchteten DDR-Bürgern. 1950 gab es in der Bundesrepublik nur rund 72.000 ausländische Arbeitskräfte. 1960 waren es 329.000, unter

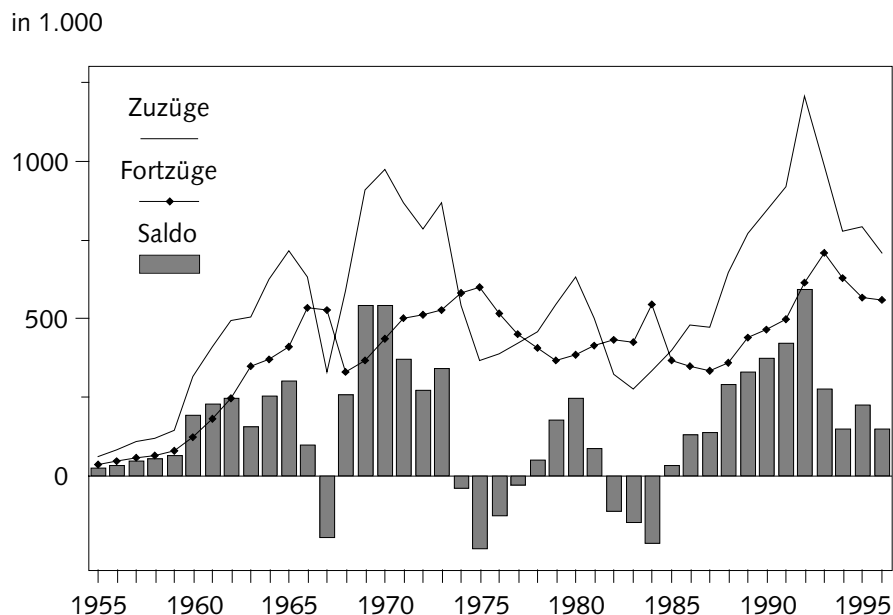
¹ Viele zwangsrekrutierte Arbeitskräfte, Vertriebene, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus der Sowjetunion, die die westlichen Alliierten gegen ihren Willen repartriierten, wurden nach ihrer Rückkehr in der UdSSR in Arbeitslagern inhaftiert, manche sogar hingerichtet. Die Zwangsrückführungen in die Sowjetunion wurden erst Ende 1946 - praktisch mit dem Einsetzen des Kalten Krieges - abgebrochen (Fassmann, Münz 1994).

ihnen die Hälfte Italiener (144.000). Erst der Bau der Mauer führte zu einem "take-off" der Ausländerbeschäftigung (Abbildung 1).

1960 war zum ersten Mal seit 1945 die Anzahl der offenen Stellen in Westdeutschland höher als die Zahl der Arbeitslosen. Mittelfristig wurde damals ein weiterer Rückgang des deutschen Arbeitsangebots erwartet: als Folge der demographischen Entwicklung, aber auch wegen der durch die beginnende Bildungsexpansion verlängerten Ausbildungszeiten und wegen des sinkenden Rentenalters. Überdies verringerte der Babyboom zu jener Zeit die Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die deutsche Exportwirtschaft befand sich in einem anhaltenden Boom. Alternativen zur Anwerbung von Gastarbeitern wurden kaum diskutiert. Rationalisierungsinvestitionen hätten die Arbeitskräfteknappheit nicht kurzfristig lösen können. Eine verstärkte Erwerbstätigkeit deutscher Ehefrauen und Mütter schien in jener Periode, in der eine Renaissance traditioneller Familienwerte propagiert wurde, nicht in Frage zu kommen (Rudolph 1996). Es gab zu diesem Zeitpunkt auch wenig Anreize, deutsches Kapital im Ausland, insbesondere in Billiglohnländern zu investieren.

Deshalb forcierte die westdeutsche Wirtschaft die Anwerbung von Ausländern. 1964 wurde bereits der einmillionste Gastarbeiter gezählt - und damals auch gefeiert. Neben Italien (296.000) gewannen Griechenland (155.000) und Spanien (151.000) als Herkunftsländer an Bedeutung. Die Gesamtzahl der Ausländer in Westdeutschland betrug Ende 1964 etwa 1,2 Mio. (2,1% der westdeutschen Bevölkerung). 1970 waren es bereits 3 Mio. (5%). Die Ausländerbeschäftigung erreichte 1973 mit 2,6 Mio. ihren bisherigen Höhepunkt. 12% aller unselbständig Beschäftigten hatten damals keinen deutschen Paß. Arbeitsmigranten aus der Türkei (605.000), aus Jugoslawien (535.000) und aus Italien (450.000) bildeten damals die größten Gruppen. Insgesamt lebten 1973 fast 4 Mio. Ausländer in Westdeutschland (Ausländeranteil: 7%).

Abbildung 1: Zuzüge und Fortzüge von Ausländern, Wanderungssaldo für Deutschland, 1955-96



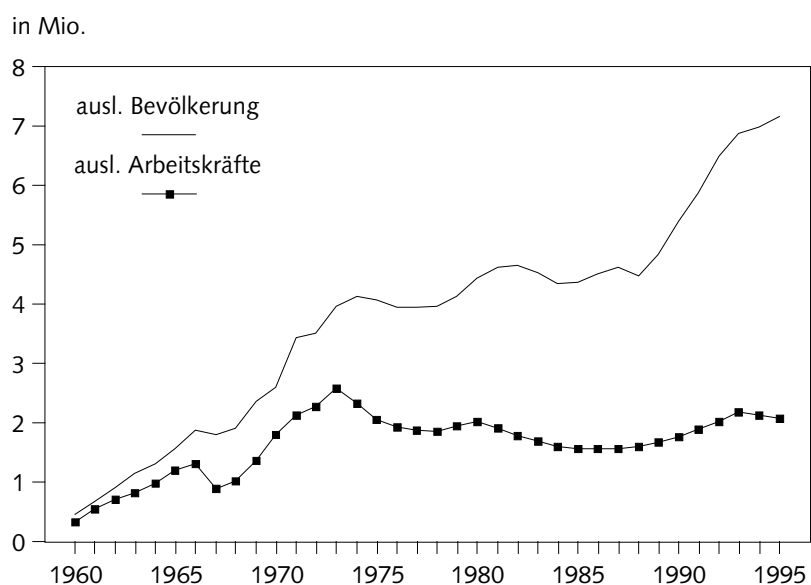
Daten: Statistisches Bundesamt; bis 1990 nur Westdeutschland

Zweck des Anwerbeverfahrens war nicht die Organisation und Steuerung von Einwanderung nach dem Vorbild Frankreichs und der USA, sondern die Beseitigung konjunkturell und demographisch bedingter Engpässe auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. Gesucht und ins

Land geholt wurden nur Personen, für die es auch Arbeit gab: überwiegend schlecht bezahlte, wenig prestigeträchtige und unangenehme Arbeit, für die sich Bundesdeutsche kaum interessierten. Die bei der Anwerbung ausgestellten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse waren in der Regel jeweils nur für ein Jahr gültig. In den ersten Jahren der Gastarbeitermigration war der temporäre Charakter des Arbeitsaufenthalts und die damit verbundene Rotation nicht umstritten. Sie wurden nicht nur von der deutschen Wirtschaft und Öffentlichkeit akzeptiert, sondern auch von den Gastarbeitern und ihren Herkunftsländern. Dadurch erklärt sich das hohe jährliche Niveau von Zuzügen und Fortzügen der 60er und frühen 70er Jahre (vgl. Abbildung 1).

Ähnlich wie die Bundesrepublik handelte später auch die DDR. Sie engagierte zur Verringerung der chronischen Arbeitskräfteknappheit ab den 60er Jahren Vertragsarbeiter aus staatssozialistischen Ländern Mitteleuropas, später auch aus Kuba, Mocambique und Vietnam. Dabei hielten die DDR-Verantwortlichen viel konsequenter als die westdeutschen Behörden am Rotationsprinzip fest (Dorbritz, Speigner 1990). Fast alle Arbeitsmigranten mußten nach Ablauf der vereinbarten Frist in ihre Heimatländer zurückkehren. Quantitativ spielte die Ausländerbeschäftigung jedoch in der DDR nie eine so wichtige Rolle wie in der Bundesrepublik. Selbst in den späten 80er Jahren lag die Zahl der Vertragsarbeiter nie über 200.000.

Abbildung 2: Ausländische Bevölkerung und unselbständig beschäftigte ausländische Arbeitskräfte in Deutschland, 1960-95



Daten: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; bis 1990 nur Westdeutschland

Von 1954 bis 1965 waren im Jahresschnitt die Zuzüge von Ausländern in die Bundesrepublik um 136.000 größer als die Fortzüge. Als Folge der westdeutschen Rezession von 1966/67 gingen die Zuzüge der Gastarbeiter deutlich zurück, die Fortzüge stiegen. Während Westdeutschland 1966 noch einen Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland von 97.000 Personen hatte, gab es 1967 einen Wanderungsverlust von 198.000 Ausländern. Die Konjunkturabhängigkeit des Zuzugs und Wegzugs von Arbeitsmigranten war in dieser Phase deutlich erkennbar. Nachdem die Konjunktur sich "erholte", gab es schon 1968 wieder einen Wanderungsgewinn durch Anwerbung neuer Arbeitskräfte. Von 1968 bis 1973 kamen mehr Gastarbeiter ins Land als je zuvor. Tag für Tag wurden 500 bis 1.000 neue Gastarbeiter für Deutschland rekrutiert: im Schnitt ein Wanderungsgewinn von 387.000 Personen pro Jahr

(1968-1973). In bestimmten Phasen mußten Züge und Flugzeuge gechartert werden, um rascher neue Arbeitskräfte ins Land zu bringen. Die ausländische Bevölkerung wuchs in dieser Phase (1968-73) von 1,9 auf 4,0 Mio. Personen. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte stieg von 1,1 Mio. (1968) auf den bisherigen historischen Höchststand von 2,6 Mio. (1973); zum Vergleich: 1995 waren in Deutschland nur 2,1 Mio. Ausländer unselbständig erwerbstätig (vgl. Abbildung 2).

Das anfänglich allgemein akzeptierte Rotationsmodell verlor ab den späten 60er Jahren langsam an Akzeptanz und Durchsetzbarkeit. Viele Gastarbeiter konnten das für den Aufenthalt in Deutschland selbstgesetzte Sparziel nicht innerhalb von ein oder zwei Jahren erreichen. Auch für die westdeutschen Arbeitgeber brachte die ständige Rotation ihrer ausländischen Belegschaft wesentliche Nachteile. Sie wollten nicht ständig neue Arbeitskräfte anstellen und einschulen, bloß weil bei anderen Ausländern die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis abgelaufen war. Kritik an der ständigen Rotation von Gastarbeitern wurde damals sowohl von den Regierungen einiger Herkunftsländer als auch von den deutschen Gewerkschaften und anderen Gruppen formuliert. Die deutsche Bundesregierung reagierte darauf 1971 mit einer Erleichterung der Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen. Damit begann für viele die Verfestigung ihres Status. In der Folge kam es in stärkerem Maße zum Nachzug von Familienangehörigen. Die Möglichkeiten der deutschen Behörden, Zuwanderungen je nach Entwicklung des Arbeitsmarktes zu regulieren, verringerten sich dadurch beträchtlich.

2.2 Anwerbestopp, Versuch einer Konsolidierung, neue Zuwanderungswelle

Für die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland bedeutete das Jahr 1973 einen wesentlichen Einschnitt. Die deutsche Regierung erhöhte zunächst die Gebühren, die Arbeitgeber für die Anwerbung von Gastarbeitern zahlen mußten, auf das Dreifache. Dies geschah bereits vor dem ersten Ölpreis-Schock und der darauf folgenden Rezession. Ein Stopp oder eine deutliche Begrenzung der Gastarbeiteranwerbung erfolgte in diesem Zeitraum auch in anderen europäischen Ländern: zuerst in der Schweiz unter dem Einfluß fremdenfeindlicher und rechtspopulistischer Bewegungen (1970), knapp darauf im sozialdemokratisch regierten Schweden (1972), später in Frankreich (1974). Nach dem OPEC-Ölembargo verkündete die Bundesregierung im Oktober 1973 die Beendigung der Anwerbung von Gastarbeitern (Anwerbestopp).

Damit existieren seit 1973 im wesentlichen folgende Möglichkeiten, einer legalen Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland:

- Freizügigkeit für Staatsbürger anderer Mitgliedsländer der EU sowie (seit 1994) des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR);
- bestehende legale Arbeitsmöglichkeiten für neu hinzukommende Bürger von Nicht-EU-Staaten (Vertragsarbeiter, Saisonarbeiter, "neue Gastarbeiter");
- Recht auf Familiennachzug für ausländische Ehepartner und minderjährige Kinder (bis 16 J.) von in Deutschland lebenden Ausländern;
- befristete Rückkehrmöglichkeit für Ausländer mit Aufenthaltsberechtigung in Deutschland, die in einem Drittstaat oder im Herkunftsland leben;
- Antrag auf Asyl für politisch Verfolgte und ihre unmittelbaren Familienangehörigen.

Daneben gab und gibt es:

- Sonderregelungen für Kontingentflüchtlinge;
- Regelungen zur vorübergehenden Duldung von Kriegsopfern und Vertriebenen (seit 1993);

- Ausnahmen für Manager internationaler Unternehmen, Militärpersonal verbündeter Staaten, Bedienstete internationaler Organisationen, Diplomaten, Korrespondenten ausländischer Medien, reproduzierende Künstler, ausländische Studenten.

Der Anwerbestopp zielte als Teil eines Maßnahmenpaketes auf eine Konsolidierung und Verringerung der Ausländerbeschäftigung in Deutschland. Begleitende Maßnahmen sollten entweder eine Rückkehr in die Herkunftsländer oder die soziale Integration in Deutschland fördern. Dieses Paket begrenzte in den folgenden Jahren die Höhe der Zuwanderung von Ausländern. Aber es erreichte mittelfristig nicht das gewünschte Resultat. Zum Teil hatten die Maßnahmen völlig unbeabsichtigte Nebenwirkungen. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Struktur der Zuwanderung und ihre Konjunkturabhängigkeit (siehe auch Bade 1994; Höhn, Rein 1990).

In der Rezession 1974/75 kam es wieder zu einem Rückgang der Zuzüge und zu einem leichten Anstieg der Fortzüge. Der Wanderungssaldo von Ausländern war in den Jahren 1974 bis 1977 negativ. Insgesamt ging die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer in diesen vier Jahren um weniger als 200.000 Personen zurück, die Zahl der ausländischen Beschäftigten sank hingegen um 706.000 auf 1,9 Mio. (1977). Diese Entwicklung war nicht von Dauer. Bereits 1976 stiegen die Zuzüge an, und die Fortzüge sanken. 1978 hatte die ausländische Bevölkerung wieder einen Wanderungsgewinn von 50.000 Personen. 1979 waren es 180.000 und 1980 schon 246.000. Personen (siehe Abbildung 1).

1980 lebten 4,5 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik (Ausländeranteil: 7%). Die Zahl der ausländischen Beschäftigten betrug 2,1 Mio., unter ihnen in erster Linie Arbeitsmigranten aus der Türkei (592.000), Jugoslawien (357.000) und Italien (309.000). In den darauffolgenden Jahren ging die Zahl der Ausländer trotz der Rezession der frühen 80er Jahre nur unwesentlich zurück (1985: 4,4 Mio.), während die Zahl der ausländischen Beschäftigten deutlich sank (1985: 1,6 Mio.). In dieser Periode (1983-84) versuchte die Bundesregierung die Rückkehr von Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer durch finanzielle Anreize zusätzlich zu fördern. Tatsächlich wanderten in den Jahren 1982-84 per Saldo 470.000 Ausländer ab. 1985-87 war der Wanderungssaldo der Ausländer hingegen wieder positiv.

Die sinkende Ausländerbeschäftigung jener Periode hatte ganz unterschiedliche Ursachen. Neben dem verlangsamten Wirtschaftswachstum hatte der Eintritt der deutschen "Babyboom-Generation" auf den Arbeitsmarkt entscheidenden Einfluß. Überdies bauten Sektoren und Branchen, in denen Ausländer Beschäftigung gefunden hatten, massiv Arbeitsplätze ab (Münz, Ulrich 1993).

Nach 1987 kam es zu einer neuen Welle der Zuwanderung von Ausländern. Dazu trugen die steigende Zahl der Asylbewerber (siehe Abbildung 3), der Fall des Eisernen Vorhangs, Kriege und ethnische Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien sowie die sich zuspitzende Situation im kurdisch besiedelten Teil der Türkei bei. Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und im Südosten der Türkei schlugen sich nicht nur in der Statistik der Asylanträge nieder. Sie waren für etliche Arbeitsmigranten aus beiden Ländern auch ein Anlaß, weitere Familienangehörige nach Deutschland zu holen.

Neben Migrationsursachen in den jeweiligen Herkunftsländern gab es damals auch ein ökonomisches Signal aus Deutschland. Der durch die deutsche Vereinigung ausgelöste kurze Wirtschaftsboom 1990/91 trug zur Rekrutierung neuer ausländischer Arbeitskräfte bei. Damit verbunden war das Auftreten neuer Gruppen von Arbeitsmigranten vor allem aus Polen und der Tschechischen Republik, aber auch aus den übrigen Staaten Ostmittel- und Osteuropas, darunter Personen, die auf der Grundlage von Werkverträgen, als Saisonarbeiter (z.B. Erntehelfer), Grenzgänger oder ausdrücklich zur beruflichen Qualifikation nach Deutschland kamen und kommen. Neue legale Zugangsmöglichkeiten und Beschäftigungsformen für individuell befristete Zeiträume wurden für osteuropäische Saisonarbeiter, Kontraktarbeiter, Gastarbeiter oder Grenzgänger seit Anfang der 90er Jahre geschaffen (Hönekopp 1997; Rudolph 1996; Velling 1994). Zugleich verband sich damit die Hoffnung, daß die Rücküber-

weisungen dieser neuen Arbeitsmigranten mit begrenztem Aufenthaltsrecht die Situation der Bevölkerung in den ostmitteleuropäischen Herkunftsländern verbessern und den Auswanderungsdruck verringern hilft.

Tabelle 2: Osteuropäische Programmarbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt, 1991-95

	1991	1992	1993	1994	1995
Projektarbeitnehmer	51.770	93.592	67.270	39.070	47.565
Saisonarbeiter	90.000	212.000	164.377	140.656	176.590
Grenzgänger	7.000	12.400	11.200	8.000	8.500
"neue Gastarbeiter"	2.234	5.057	5.771	5.529	5.478
Krankenschwestern		1.455	506	412	367
Gesamt	151.004	324.504	249.124	193.667	238.500

Quelle: Hönekopp 1997

Die zeitlichen Beschränkungen dieser Beschäftigungsformen und das Verbot von Familiennachzug sollten vor allem dazu dienen, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise im Pflegebereich, zu beseitigen. Zugleich sollten sie eine Anpassung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes gewährleisten, aber die sozialen Folgekosten dauerhafter Zuwanderung vermeiden. Ausländische Saisonarbeiter können bis zu drei Monate im Jahr einer Beschäftigung in der Landwirtschaft und anderen ausgewählten Bereichen, etwa dem Hotel- und Gaststättengewerbe nachgehen.

Mit einigen ostmitteleuropäischen Ländern wurden kleine Kontingente an "neuen" Gastarbeitnehmern vereinbart. Insgesamt belaufen sich diese Kontingente auf 9.900 Personen. Allerdings wurden sie nicht voll ausgeschöpft und 1995 nur von 5.500 Arbeitnehmern in Anspruch genommen. Während die Zahl der temporären Beschäftigungsverhältnisse von ostmitteleuropäischen Beschäftigten 1994 gegenüber 1993 zurückging, war 1995 wieder ein Anstieg der temporären Beschäftigungsverhältnisse zu beobachten.

1988 lebten 4,5 Mio. Ausländer in Deutschland, 1995 waren es bereits 7,2 Mio. Die Zahl der unselbständig beschäftigten Ausländer wuchs in dieser Periode nur von 1,6 auf 2,1 Mio. Größte Gruppen sind nach wie vor die Arbeitsmigranten aus der Türkei (1995: 600.400) und aus dem ehemaligen Jugoslawien (429.700), deren Zahlen wieder das Niveau von 1973/74 erreichten. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der beschäftigten Italiener (204.600), Griechen (116.700) und Spanier (150.100) deutlich geringer als 20 Jahre zuvor.

Insgesamt registrierte die Wanderungsstatistik zwischen 1954 und 1995 22,7 Mio. Zuzüge von Ausländern nach Deutschland. Im gleichen Zeitraum verließen 16,2 Mio. Ausländer die Bundesrepublik (siehe Abbildung 4). Der Wanderungsgewinn betrug somit 6,5 Mio. Personen.

2.3 Asylbewerber und Flüchtlinge

Artikel 16 des deutschen Grundgesetzes bestimmt: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Bis 1993 verband sich damit ein im internationalen Vergleich relativ weit gefaßter individueller Rechtsanspruch auf Asyl. Er war mit Blick auf die deutsche NS-Vergangenheit und die Erfahrungen einiger Nachkriegspolitiker formuliert worden, die die Jahre 1933-45 im Exil überlebt hatten. Außerdem wollten die Gründerväter der Bundesrepublik in bewußtem Bruch zur NS-Zeit ein Signal setzen und ein liberales Asylrecht verfassungsrechtlich verankern.

Tatsächlich wurde das liberale Asylrecht anfänglich nur von wenigen in Anspruch genommen. DDR-Bürger galten ohnedies als deutsche Staatsbürger, vor anderen Zuwanderern aus dem Osten schützte der Eiserner Vorhang. Zwischen 1953 und 1978 kamen insgesamt nur 178.000 Asylbewerber in die Bundesrepublik (Durchschnitt: 7.100 jährlich). Kurzfristige Anstiege gab es allerdings nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes (1956) und dem gewaltsamen Ende des "Prager Frühlings" (1968/69). Teils in Antizipation, teils erst als Folge des Militärputsches in der Türkei 1980 und der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen 1981 wurden 1979-81 in Deutschland weitere 200.000 Asylanträge gestellt. Die Bundesregierung reagierte auf diese Entwicklung mit administrativen Maßnahmen. Für türkische Staatsbürger wurde die Visumpflicht wieder eingeführt und für Polen aufrechterhalten. Prompt ging die Zahl der Asylbewerber aus beiden Staaten zwischen 1980 und 1982 um fast 90% zurück (Abbildung 3).

Tabelle 3: Asylbewerber und die Zuwanderung von Ausländern, 1970-95

Jahr	Zuzüge	Wanderungs-	Asylbewerber	
	(brutto)	saldo (netto)	in 1.000	in % aller
	von Ausländern	in 1.000		Zuzüge v.
				Ausländern
1970	976,2	541,6	8,6	0,9
1971	870,7	370,5	5,4	0,6
1972	787,2	272,7	5,3	0,7
1973	869,1	342,3	5,6	0,6
1974	542,4	-39,5	9,4	1,7
1975	367,3	-233,1	9,6	2,6
1976	388,2	-127,4	11,1	2,9
1977	423,5	-28,7	16,4	3,9
1978	456,7	50,7	33,1	7,3
1979	545,9	179,8	51,5	9,4
1980	632,3	246,3	107,8	17,1
1981	502,0	86,2	49,4	9,8
1982	322,4	-111,4	37,4	11,6
1983	276,4	-148,7	19,7	7,1
1984	333,3	-213,2	35,3	10,6
1985	400,0	32,2	73,8	18,5
1986	479,5	131,5	99,7	20,8
1987	473,3	139,1	57,4	12,1
1988	648,6	289,5	103,1	15,9
1989	770,8	332,5	121,3	15,7
1990	842,4	376,3	193,1	22,9
1991	920,5	423,0	256,1	27,8
1992	1.207,6	592,9	438,2	36,3
1993	986,9	276,6	322,6	32,7
1994	773,9	252,5	127,2	16,4
1995	788,0	227,0	127,9	16,2

Bis 1988 nur Westdeutschland, ab 1989 Deutschland gesamt; Zuwanderungen inklusive Asylbewerber.

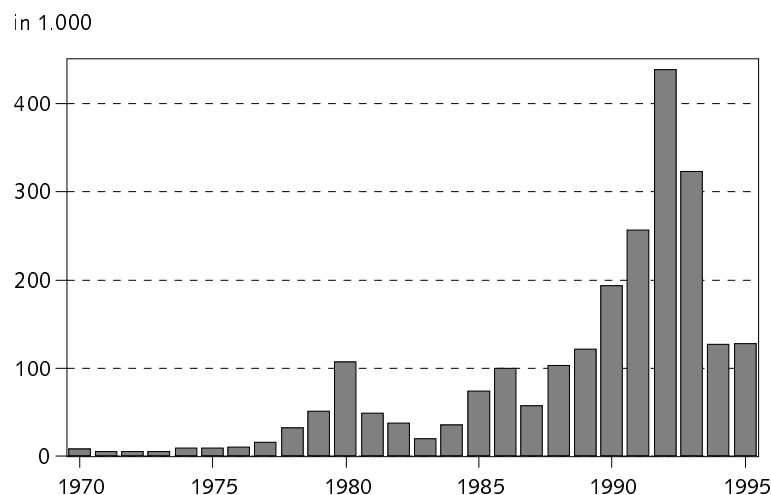
Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit Ausnahme der Jahre 1979-81 blieb die Zahl der Asylanträge bis Mitte der 80er Jahre unter 40.000 pro Jahr. Danach stieg sie jedoch deutlich an (vgl. Tabelle 3). Der Bürgerkrieg in Sri Lanka und die Verfolgung der dortigen tamilischen Minderheit, die Unterdrückung der

Kurden in der Türkei, im Iran und im Irak sowie der Krieg und die "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien (vor allem in Kroatien und in Bosnien, aber auch in der Vojvodina und im Kosovo) sind Beispiele für Krisen und Konflikte, die zu einem Anwachsen der Flüchtlingsströme nach Deutschland führten. Hinweise darauf gibt die von Jahr zu Jahr sich ändernde Struktur der Herkunftsländer von Asylbewerbern. Seit den späten 80er Jahren kommen allerdings deutlich mehr als die Hälfte aller Asylbewerber aus europäischen Ländern und der Türkei. Zugleich macht die Statistik klar, daß sich die Gewichte von der Arbeitsmigration und dem Familiennachzug eine Zeitlang zum Asylverfahren verschoben. Anfang der 70er Jahre betrug der Anteil der Asylbewerber an der Bruttozuwanderung von Ausländern nach Deutschland unter 1%; Anfang der 90er Jahre waren es über 30%. Mitte der 90er Jahre sank der Anteil der Asylbewerber wieder auf 16% (Tabelle 3).

Das deutsche Asylverfahren akzeptiert Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Organe nur dann als Asylgrund, wenn diese im Verfolgerstaat eindeutig politisch motiviert sind. Der Nachweis einer Bedrohung von Leben und Freiheit des Antragstellers durch Bürgerkrieg, Terror oder "ortsübliche" Folter reichen für die Zuerkennung des politischen Asyls heute in der Regel nicht mehr aus. Viele nicht anerkannte Asylbewerber werden jedoch aufgrund der Refoulement-Verbots der Genfer Flüchtlingskonvention mit Rücksicht auf die aktuelle Situation in ihren Heimatländern nicht abgeschoben bzw. in Deutschland geduldet.

Abbildung 3: Asylanträge in Deutschland, 1970-95



Daten: Statistisches Bundesamt

Nachdem die jährliche Zahl der Asylbewerber Ende der 80er Jahre 100.000 überschritt, wurden der Charakter dieser Zuwanderung und Möglichkeiten ihrer Begrenzung zu einem zentralen Thema der deutschen Innenpolitik. Dabei spielte die Vorstellung eine Rolle, daß die große Mehrzahl der Asylbewerber nicht Verfolgte seien, sondern aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kämen. Es gibt wenig Zweifel, daß dies für einen Teil der Asylbewerber zutrifft. Als Beleg dafür werten viele die geringen Anerkennungsquoten.

Vor 1980 betrug die Anerkennungsquote unter den Bedingungen des Kalten Krieges über 80% aller Asylbewerber. 1985 erreichte die Quote immerhin 29%. Zu Beginn der 90er Jahre bekamen nur noch zwischen 3-7% der Antragsteller nach dem mehrmonatigen Prüfungsverfahren in erster Instanz den Status von politischen Flüchtlingen zugesprochen (1993: 3%). Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß die verbleibenden 93-97% einfach als "Scheinasylanten" oder Wirtschaftsflüchtlinge klassifiziert werden können.

Ein Teil der abgelehnten Asylbewerber beschreitet den Rechtsweg und erreicht in einer späteren Phase des Verfahrens die Aufhebung eines negativen Asylbescheids. In der Literatur finden sich Schätzungen, nach denen mindestens ein Fünftel der Asylbewerber in diese Kategorien fällt (vgl. Bade 1994a). Tatsächlich abgeschoben wurden in den letzten Jahren nur 15-20% der abgelehnten Asylbewerber. Eine größere Zahl kehrte ohne äußeren Zwang ins Herkunftsland zurück. Andere wanderten in Drittstaaten weiter. Die Mehrzahl blieb aber in Deutschland (Schulz 1994).

Nach Schätzungen des Bundesinnenministeriums lebten 1994 mehr als 1,7 Mio. Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland (Ausländerbeauftragte 1995). Die größte Gruppe (650.000) waren De-facto-Flüchtlinge, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, die aber aus humanitären oder politischen Gründen geduldet oder nicht abgeschoben wurden. Die zweitgrößte Gruppe (415.000) waren 1994 Asylbewerber, deren Antrag noch rechtlich geprüft wurde. Demgegenüber gab es 267.000 Asylberechtigte samt Familienangehörigen. Eine weitere Gruppe sind Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, für die durch eine Änderung des Ausländergesetzes seit dem 1.7. 1993 die Möglichkeit einer vorübergehenden Aufnahme ohne Einzelfallprüfung geschaffen wurde. Es handelte sich dabei um 350.000 Personen; fast ausschließlich um Moslems aus Bosnien-Herzegowina, deren Rückkehr die Bundesregierung seit 1996 aktiv betreibt.

Ein quantitativ geringes Gewicht haben Kontingentflüchtlinge (1994: 67.200), die im Rahmen humanitärer Aktionen des UNHCR oder aus anderen Gründen aufgenommen wurden und ein dauerhaftes Bleiberecht in der Bundesrepublik erhielten. Die größte Gruppe sind Juden aus der ehemaligen Sowjetunion (und deren nichtjüdische Familienangehörige), die in Deutschland als Kontingentflüchtlinge aufgenommen werden. Der Nachweis einer individuellen Verfolgung wird für diese Gruppe nicht gefordert. Zwischen 1990 und 1996 kamen ca. 51.600 Juden (und nichtjüdische Angehörige) auf diesem Wege nach Deutschland. Weitere 110.000 Personen haben bei deutschen Botschaften in den Nachfolgestaaten der UdSSR einen entsprechenden Antrag gestellt. Von diesen Anträgen wurden bisher 41.700 positiv entschieden, ohne daß die Antragsteller bereits nach Deutschland übersiedelt wären (Stand: Oktober 1996).

1990 hatte die letzte DDR-Regierung (unter L. de Maizière) sowjetische Juden eingeladen, sich in Ostdeutschland anzusiedeln, um dort die jüdischen Gemeinden zu stärken. Diese Einladung wurde nach der Vereinigung zwar nicht erneuert. Die in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen werden von bundesdeutscher Seite jedoch weiterhin eingehalten.

Der starke Anstieg der Asylbewerberzahlen zwischen 1988 und 1992 und das hohe Niveau der gesamten Zuwanderungen in dieser Phase führten zu einer intensiven Diskussion über eine Neuregelung des Asylrechts in Deutschland. Für die CDU/CSU und konservative Gruppierungen ging es dabei vor allem um eine Begrenzung des Zustroms von Asylbewerbern. Die SPD und Teile der FDP strebten in diesem Zusammenhang ein Paket von Regelungen zu Einwanderung, Integration und Einbürgerung von Zuwanderern an. Im Ergebnis dieser Auseinandersetzung entstand 1993 der sogenannte Asylkompromiß (Blahusch 1994; Bade 1994a). Damit wurde die Möglichkeit, in Deutschland politisches Asyl zu beantragen, in zweierlei Richtung erschwert. Zum einen können Asylbewerber, die aus Mitgliedsländern der EU oder aus anderen sogenannten "sicheren Drittstaaten" nach Deutschland einreisen, sofort und ohne rechtliche Prüfung wieder dorthin abgeschoben werden. Zum anderen wurde für Antragsteller aus "verfolgungsfreien Herkunftsstaaten" ein vereinfachtes Prüfungsverfahren geschaffen, welches in den meisten Fällen auf eine sofortige Ablehnung und mögliche Abschiebung hinausläuft.

Da Deutschland von sicheren Drittstaaten umgeben ist, bleibt für Asylbewerber nur der Luft- und Seeweg oder eine illegale Einreise. Ergänzend zu der Neuregelung des Asylrechts wurden 1992 mit Rumänien, 1993 mit Polen, 1993 mit der Schweiz, 1994 mit Bulgarien und

der Tschechischen Republik und 1995 mit Vietnam Abkommen über die Rückführung geschlossen. Diese Abkommen verfolgen unterschiedliche Ziele. Rumänien und Vietnam verpflichteten sich, eigene Staatsbürger aufzunehmen, wenn diese illegal in die Bundesrepublik eingereist waren oder hier kein Aufenthaltsrecht mehr besitzen. Polen, die Schweiz und die Tschechische Republik verpflichteten sich dagegen, eingereiste Personen und abgelehnte Asylbewerber aus Drittstaaten zurückzunehmen, die über die gemeinsame Grenze nach Deutschland kommen. Für den Zeitraum 1993-95 unterstützte Deutschland die dazu in Polen notwendigen Aufwendungen für stärkere Grenzkontrollen und Auffanglager mit 120 Mio. DM. Die Tschechische Republik erhielt 60 Mio. DM für ähnliche Zwecke. Rumänien erhielt finanzielle Unterstützung für die Rücknahme und Reintegration rumänischer Asylbewerber. Dabei handelt es sich zu einem großen Teil um Roma.²

Die Änderung des deutschen Grundgesetzes und die restriktivere Praxis erzielten ganz offensichtlich den gewünschten Effekt: Die Zahl der Asylanträge ging bereits in der zweiten Jahreshälfte 1993 zurück. Waren im ersten Halbjahr 1993 noch 224.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen, so wurden in der zweiten Jahreshälfte nur 98.000 Asylanträge registriert. 1994 stellten in Deutschland nur noch 127.200 Personen einen Asylantrag (1995: 127.900 Asylbewerber).

Die mittelbaren Folgen der Neuregelung des Asylrechts sind heute noch nicht völlig absehbar. In Deutschland kam es offenbar zu einer Umleitung von Asylbewerbern in andere europäische Länder mit einem liberaleren Asylrecht. Die Niederlande und Großbritannien sowie die Staaten Ostmitteleuropas verzeichneten nach Inkrafttreten der neuen Regelung in Deutschland einen Anstieg der Asylanträge (Münz 1995). Für Deutschland diagnostizieren einige Beobachter eine Umschichtung von legal einreisenden Asylbewerbern zu illegaler Immigration (Blahusch 1994; Winkler 1994).

2.4 Herkunft der Ausländer in Deutschland

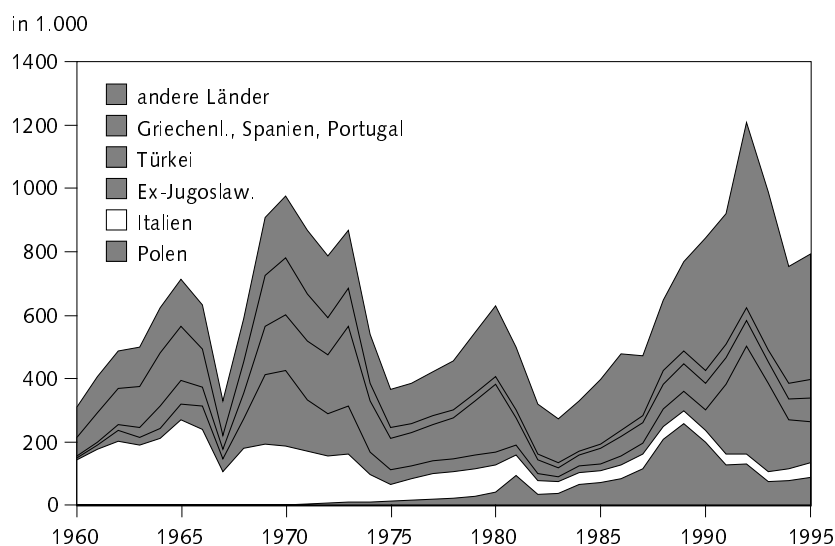
Stark verändert hat sich seit Anfang der 70er Jahre die Palette der Herkunftsländer. Bis 1970 kam knapp die Hälfte aller Ausländer in Deutschland aus einem der (damaligen oder heutigen) EU-Staaten, anfangs vor allem aus Italien, Griechenland, Spanien und Österreich. Erst nach 1970 wurden Türken und Ex-Jugoslawen zu den beiden wichtigsten Gruppen von Ausländern. Der Anteil der Bürger aus anderen EU-Staaten lag 1995 nur noch bei 25%.

Die bei weitem größte Gruppe bilden mit 2 Mio. die türkischen Staatsbürger (28% der ausländischen Wohnbevölkerung). An zweiter Stelle kommen die Bürger des ehemaligen Jugoslawien (18%, darunter auch geduldete Kriegsflüchtlinge) und erst danach Italiener (8%) und Griechen (5%). Deren Anteile reduzierten sich seit Mitte der 70er Jahre recht deutlich. Dagegen wuchs in jüngerer Zeit auch der Anteil der Polen auf 4%.

In den 60er und frühen 70er Jahren dominierten Ausländer, die nur für kurze Zeit in Deutschland lebten. Im Anwerbeabkommen mit der Türkei war sogar explizit ein maximal zweijähriger Aufenthalt mit anschließender Rotation festgeschrieben. Dieses Prinzip wurde allerdings schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre nicht mehr strikt durchgesetzt. Ab 1971 konnten Ausländer (aus nicht zur EU gehörenden Staaten), die mehr als 5 Jahre in Deutschland gearbeitet hatten, eine Arbeitserlaubnis für weitere 5 Jahre beantragen.

² Es gibt keinerlei Hinweise darauf, daß die bereitgestellten Mittel bzw. die damit finanzierten Maßnahmen den Rückkehrern in Rumänien tatsächlich zugute kamen.

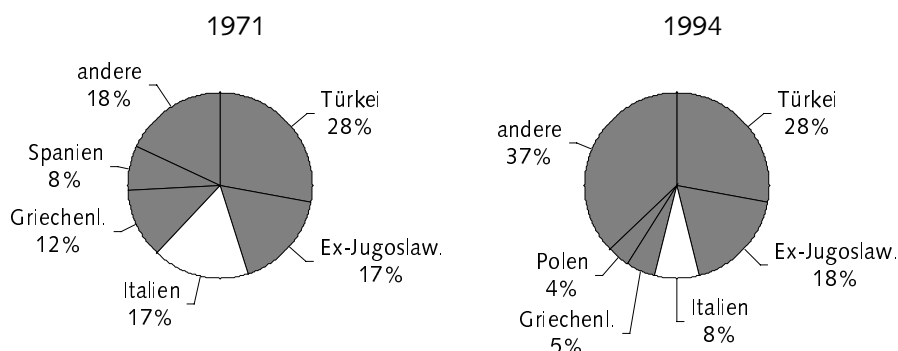
Abbildung 4: Zuzüge von Ausländern nach Herkunftsländern, 1960-95



Quelle: Statistisches Bundesamt

Den rechtlich besten Status hat heute jenes Viertel der Ausländer, die aus einem andern EU-Land stammen.³ Sie haben weitgehend unbeschränkten Zutritt zum deutschen Arbeitsmarkt und dürfen sich in Deutschland frei niederlassen, wenn sie über ein reguläres Einkommen oder andere Subsistenzmittel verfügen und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind. Unter den übrigen Ausländern finden sich Gruppen mit unterschiedlich verfestigtem Status. Dieser kann von bloßer Duldung (v.a. Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und abgelehnte Asylbewerber, die vorläufig nicht abgeschoben werden) über eine befristete Aufenthaltserlaubnis bis zu einem dauernden Aufenthaltsrecht reichen.

Abbildung 5: Ausländer in Deutschland nach Staatsbürgerschaft, in %, 1971, 1994



1994: "Ex-Jugoslawien" umfasst Bürger Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens, Mazedoniens, Sloweniens und Rest-Jugoslawiens (Serbien, Montenegro)

Quelle: Statistisches Bundesamt

³ Ihnen gleichgestellt sind Bürger der übrigen EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen). Türkische Staatsbürger haben aufgrund des Assoziierungsabkommens von 1963 mit der EWG nach fünfjährigem Aufenthalt ebenfalls einen erleichterten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt.

2.5 Demographische Merkmale der ausländischen Bevölkerung

Die Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland war anfänglich stark durch die Anwerbung geprägt. Diese konzentrierte sich vor allem auf Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Solange das Rotationsprinzip die Zuzüge und Fortzüge bestimmte, blieb es bei einer männlichen und überwiegend jungen Ausländerbevölkerung.

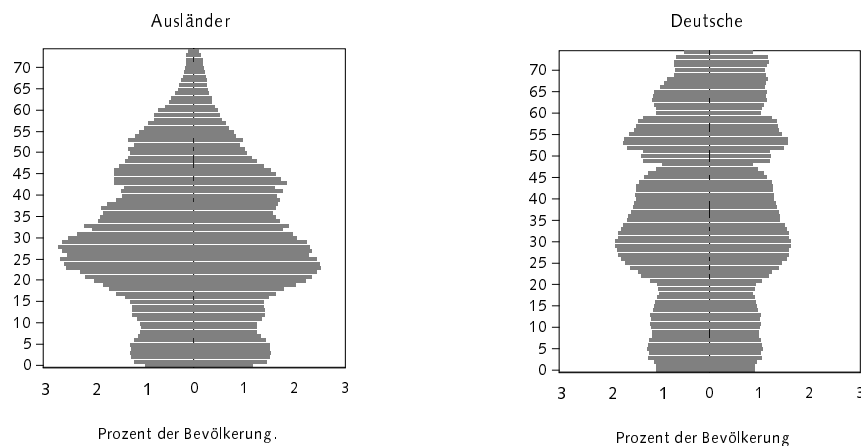
Erst mit dem Anfang der 70er Jahre einsetzenden Familiennachzug stieg der Anteil von Frauen und Kindern. Dennoch gibt es bis heute unter der ausländischen Bevölkerung einen deutlichen Männerüberschuß. 56% aller in Deutschland lebenden Ausländer sind Männer, 44% Frauen. Bei der deutschen Bevölkerung ist die Relation umgekehrt (Männer 48%, Frauen 52%). Besonders ausgeprägt ist der Männerüberschuß bei den jüngeren Altersgruppen der Ausländer. Hier spielt auch das Übergewicht männlicher Asylbewerber eine Rolle.

Seit 1973 entschieden sich immer mehr Ausländer für einen längeren oder ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik. Damit wächst allmählich auch der Anteil von älteren Ausländern in Deutschland. Bis heute ist jedoch der Anteil älterer Menschen unter den Ausländern deutlich niedriger als unter den Deutschen (vgl. Abbildung 6).

Der Anteil der über 60jährigen betrug 1994 bei deutschen Männern 18% und bei deutschen Frauen 26%. Im selben Jahr waren dagegen von den ausländischen Männern und Frauen jeweils nur 6% über 60 Jahre alt. Ihr Anteil hatte sich damit gegenüber 1984 um nur zwei Prozentpunkte erhöht. Aus der Altersverteilung (vgl. Abbildung 6) ist erkennbar, daß erst in den nächsten 15-20 Jahren eine größere Zahl von Ausländern die Altersgrenze von 60 Jahren überschreiten wird.

Die stärkere Zuwanderung junger Erwachsener bewirkt, daß der Ausländeranteil in den Altersjahrgängen von 16 bis 25 Jahren besonders hoch ist; und zwar zwischen 13% und 17% (vgl. Abbildung 7). In der Gruppe der über 65jährigen kommen nur 1-2 Ausländer auf 100 Deutsche gleichen Alters.

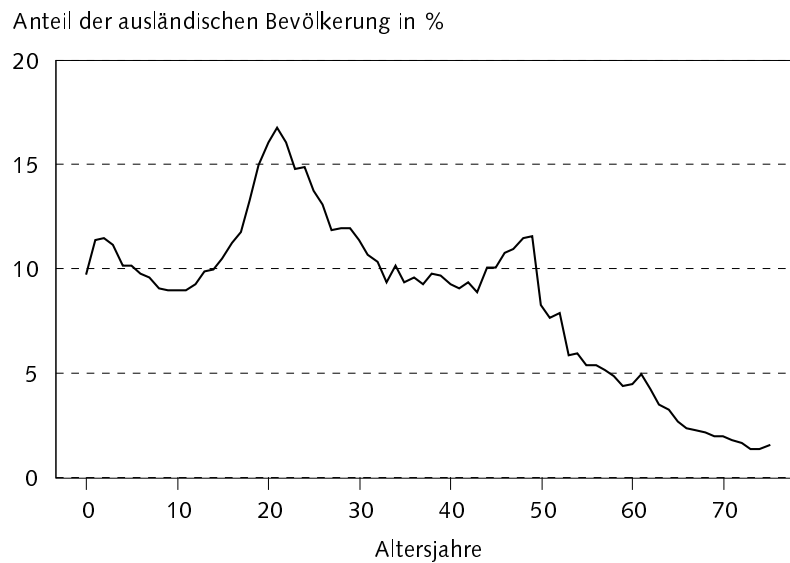
Abbildung 6: Altersstruktur von Ausländern und Deutschen, 1994



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Altersstruktur der Bevölkerung hat wesentlichen Einfluß auf die Finanzierung der Sozialversicherung, insbesondere auf die Relation von Beitragszahlern und Leistungsempfängern. Diese hängt allerdings nicht bloß von demographischen Faktoren ab, sondern wird auch von der jeweiligen Erwerbsquote der 15- bis 65jährigen, von der Lage auf dem Arbeitsmarkt und dem durchschnittlichen Renteneintrittsalter bestimmt.

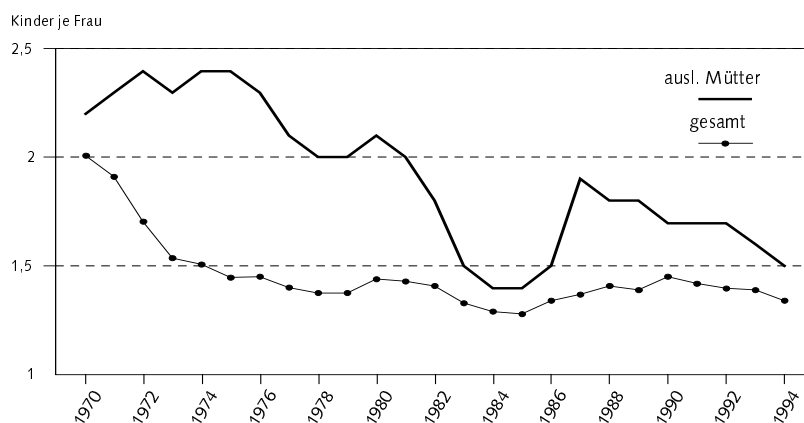
Abbildung 7: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung nach Altersjahren, 1994



Quelle: Statistisches Bundesamt

Von Einfluß ist die Altersstruktur auch für die Kosten des Gesundheitswesens. Denn ältere Menschen nehmen die Leistungen der Gesundheitsversorgung stärker und kostenintensiver in Anspruch als jüngere. Aus demographischer Sicht ist die Altenlastquote – die Zahl von Menschen über 60 Jahre je 100 Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren – ein aussagekräftiger Indikator. Bei deutschen Männern kamen 1994 30 Personen im Alter über 60 Jahre auf 100 Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren. Da die Lebenserwartung von Frauen deutlich höher ist, lag die Relation bei 48 über 60jährigen Frauen auf 100 20-bis 60jährige. Die Altenlastquote der Ausländer lag zum selben Zeitpunkt bloß bei 9 über 60jährigen je 100 20- bis 60jährige.

Abbildung 8: Durchschnittliche Kinderzahl ausländischer und aller Mütter in Deutschland, 1970-94



Vergleich nur für Westdeutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die junge Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung brachte der deutschen Renten- und Krankenversicherung in den letzten Jahrzehnten viele zusätzliche Beitragszahler und nur

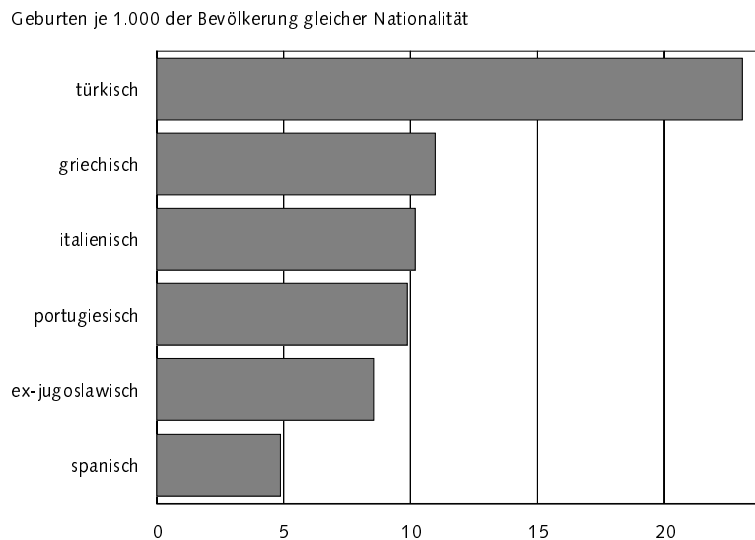
wenige zusätzliche Leistungsempfänger. Anhand von Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) läßt sich für 1984 zeigen, daß ausländische Haushalte damals im Schnitt 3.517 DM an Beiträgen in die Rentenversicherung einzahlten, aber nur 365 DM an Leistungen bezogen (Ulrich 1994: 67). Der positive Beitrag der Ausländer zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte ist zu einem wesentlichen Teil ihrer Altersstruktur und ihrer hohen Erwerbsquote geschuldet.

Die Altersstruktur einer Bevölkerung wird auf längere Sicht vor allem durch die Fruchtbarkeit beeinflußt. Die Familienbildung der ersten Generation der Ausländer ist sowohl durch die Wertvorstellungen und Verhaltensmuster ihrer Herkunftsländer als auch durch ihre spezifische Situation als Immigranten in Deutschland geprägt.

In den 60er Jahren waren die Kinderzahlen in den Herkunftsländern der ausländischen Zuwanderer deutlich höher als in Deutschland. Aber auch in deutschen Familien gab es damals im Durchschnitt deutlich mehr als zwei Kinder. Seitdem vollzogen sich in Europa wesentliche demographische Veränderungen. Lebenslange Kinderlosigkeit ist inzwischen keine Ausnahmerecheinung mehr; und die durchschnittliche Kinderzahl liegt in Deutschland derzeit unter 1,4. In einigen Herkunftsländern ausländischer Zuwanderer liegt die Kinderzahl inzwischen sogar unter dem deutschen Niveau. Dies gilt insbesondere für Italien und Spanien. Nur die Türkei und der von Albanern bewohnte Kosovo haben noch eine deutlich höhere Fruchtbarkeit.

Der Wandel des reproduktiven Verhaltens in den letzten 25 Jahren ist auch an der Kinderzahl ausländischer Mütter in Deutschland abzulesen. Diese sank von 2,4 Kindern je Frau Mitte der 70er Jahre auf durchschnittlich 1,5 Kinder Mitte der 90er Jahre (vgl. Abbildung 8). Dieser Trend wurde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre kurzfristig durch den verstärkten Zuzug türkischer Frauen unterbrochen.

Abbildung 9: Rohe Geburtenraten verschiedener Nationalitäten in Deutschland, 1994



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die demographischen Unterschiede zwischen verschiedenen Nationalitäten verschwinden, je länger die betroffenen Gruppen in Deutschland leben. Eine Sonderstellung unter den hier lebenden Ausländern nehmen allerdings immer noch die türkischen Staatsbürger ein (Abbildung 9). Dieser Differenz zu den übrigen Ausländern und zu den Deutschen entspricht ein analoger Unterschied der durchschnittlichen Kinderzahl in der Türkei im Vergleich zu Deutschland und den übrigen Herkunftsländern. Dies spricht dafür, daß die

Prägung durch die Traditionen der Herkunftsländer nach wie vor eine gewisse Bedeutung hat.

2.6 Regionale Verteilung der Ausländer in Deutschland

Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist der Ausländeranteil in den Stadtstaaten Hamburg (Ende 1995: 16,1%), Berlin (13,0%) und Bremen (11,9%) sowie in Hessen (13,6%), Baden-Württemberg (12,4%) und Nordrhein-Westfalen (11,0%) am höchsten. Im Gegensatz dazu leben in den neuen Bundesländern fast gar keine Ausländer. Die derzeit bestehende räumliche Konzentration hängt in erster Linie mit den regionalen Wirtschaftsstrukturen und den damit verbundenen Erwerbschancen von Arbeitsmigranten zusammen. Kleinräumig sind auch der Wohnungsmarkt und die inzwischen in vielen Großstädten entstandenen "ethnischen Quartiere" bestimmend. Nur bei Asylbewerbern ist die regionale Verteilung durch einen Verteilungsschlüssel zwischen den Bundesländern festgelegt (Bucher et al. 1992; Schulz 1994).

Am höchsten ist der Ausländeranteil heute in städtischen Ballungsräumen Westdeutschlands mit einem hohen Anteil an Industrie, verarbeitendem Gewerbe und spezialisierten Dienstleistungen. Dies gilt insbesondere für Teile Baden-Württembergs, für den Großraum München, das Rhein-Main-Gebiet, den Raum Köln, das Ruhrgebiet und Teile Westberlins (Abbildung 10).

Tabelle 4: Ausländer nach Bundesländern, Ende 1995

	Gesamt- bevölkerung in 1.000	Ausländer in 1.000	Bev. anteil in %
Baden-Württemb.	10.319,4	1.281,3	12,4
Bayern	11.993,5	1.089,2	9,1
Berlin	3.471,4	450,8	13,0
Brandenburg	2.542,0	63,5	2,5
Bremen	679,8	80,9	11,9
Hamburg	1.707,9	274,7	16,1
Hessen	6.009,9	819,0	13,6
Mecklenburg-Vorp.	1.823,1	27,0	1,5
Niedersachsen	7.780,4	468,8	6,0
Nordrhein-Westf.	17.893,0	1.960,7	11,0
Rheinland-Pfalz	3.977,9	291,4	7,3
Saarland	1.084,4	78,2	7,2
Sachsen	4.566,6	79,2	1,7
Sachsen-Anhalt	2.738,9	45,6	1,7
Schleswig-Holstein	2.725,5	136,8	5,0
Thüringen	2.503,8	26,7	1,1
Deutschland gesamt	81.817,5	7.173,9	8,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nach Daten der laufenden Raumbewertung der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung lebten 1992 in Deutschland mehr als 60% aller Ausländer in Kernstädten und in Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Göddecke-Stellmann 1994). Im gleichen Jahr lebten hingegen nur 41% der Deutschen in diesen urbanen Regionen. Dadurch erklären sich auch die deutlichen Unterschiede beim Ausländeranteil zwischen Stadt und Land.

Während der Ausländeranteil in ländlichen Kreisen Westdeutschlands weniger als 5% beträgt, liegt er in den Kernstädten der großen Verdichtungsräume im Regelfall über 10%, in Frankfurt/M., Offenbach, Stuttgart und München sogar deutlich über 20%. Der Ausländeranteil ist in diesen Städten dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt (1995: 8,8%).

Tabelle 5: Städte mit dem größten Ausländeranteil, Anfang 1995

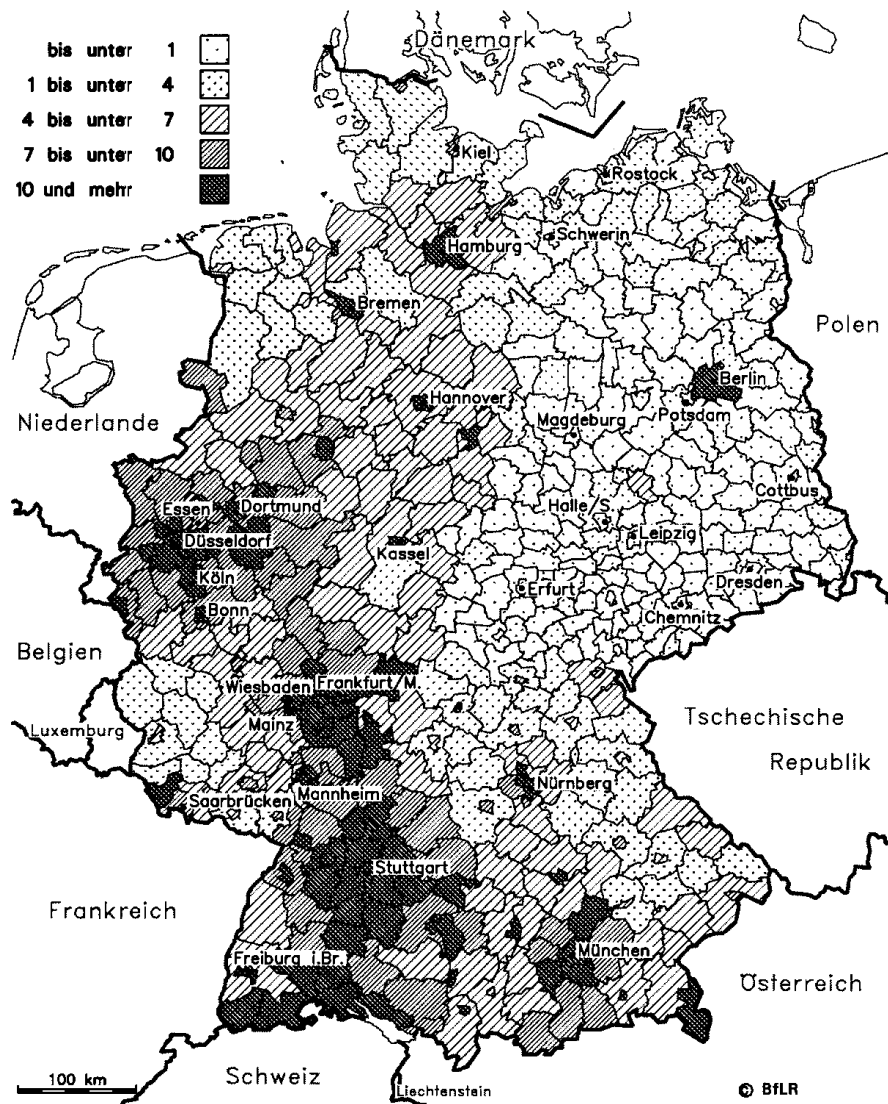
	ausländische Bevölkerung	
	in 1.000.	in % der ges. Bevölkerung
Frankfurt/Main	191,7	29,2
Offenbach	33,2	28,4
Stuttgart	141,8	24,0
München	287,1	22,9
Mannheim	66,9	21,1
Köln	186,9	19,4
Düsseldorf	108,3	18,9
Ludwigshafen	31,8	18,9
Wiesbaden	46,7	17,5
Duisburg	91,4	17,0
Nürnberg	81,7	16,4
Augsburg	42,7	16,2
Hamburg	261,8	15,4
Berlin	438,6	12,6
Deutschland	6.990,5	8,8

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gering ist der Ausländeranteil bis jetzt in Ostdeutschland (1995: 1,6%). Er ging nach der Öffnung der Mauer kurzzeitig zurück, stieg dann aber wieder auf das Niveau von Ende der 80er Jahre (1989: 1,5%). Die meisten von der DDR angeworbenen Vertragsarbeiter sind inzwischen in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt oder nach Westdeutschland gezogen. Die größte noch verbliebene Gruppe sind Vietnamesen, denen von den Behörden ihres Heimatlandes die Rückkehr erschwert wird. Das zwischen Deutschland und Vietnam abgeschlossene Rücknahmeabkommen wurde bisher nur in geringem Umfang wirksam.

Der Zuzug von Ausländern nach Ostdeutschland hat seit 1990 in der Regel keine ökonomischen Gründe, sondern erklärt sich durch die bundesweite Aufteilung von Asylbewerbern und geduldeten Kriegsflüchtlingen. Nur in Ostberlin (1995: 5,4%) und in Brandenburg (2,5%) sowie in den Ballungsgebieten von Halle-Leipzig, Dresden, Chemnitz und Rostock (2,1-5,5%) lebt ein nennenswerter Anteil von Ausländern. In Berlin ließ sich auch ein wesentlicher Teil der als "Kontingentflüchtlinge" eingewanderten Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nieder.

Abbildung 10: Ausländeranteil in Deutschland nach Kreisen, in %, 1993



Quelle: Laufende Raumbewachung der BfLR

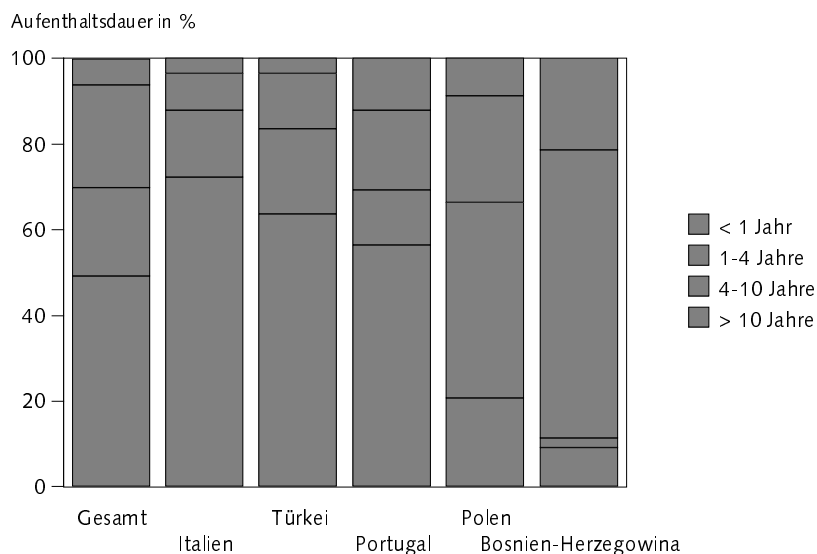
2.7 Von Gastarbeitern zu Einwanderern

Vertriebene, volksdeutsche Aussiedler und DDR-Bürger kamen meist mit einer klaren Perspektive nach Westdeutschland. Sie wollten sich hier niederlassen und bleiben. Im Gegensatz dazu rechnete die erste Generation der Gastarbeiter mit einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Und die meisten von ihnen kehrten tatsächlich früher oder später wieder heim. Dies mag mit ein Grund dafür gewesen sein, warum die Rekrutierung mehrerer Millionen ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland damals kaum auf Widerspruch stieß. Die Gastarbeiter füllten nicht nur Lücken auf dem Arbeitsmarkt, sondern fungierten auch als "Konjunkturpuffer", mußten aber nicht integriert werden.

Klar erkennbar ist, daß erst der Anwerbestopp 1973 die Reaktion der Gastarbeiter auf konjunkturelle Schwankungen und damit auch ihre Funktion als "Konjunkturpuffer" veränderte. In der Rezession 1966/67 waren viele arbeitslose Gastarbeiter zeitweilig in ihre Heimatländer zurückgegangen und während des folgenden Aufschwungs wieder nach Deutschland gekommen. Nach dem Anwerbestopp konnten Ausländer aus Ländern, die nicht

der EU angehörten, also vor allem türkische und jugoslawische Gastarbeiter, nicht mehr mit einer Rückkehrmöglichkeit rechnen.⁴ Viele blieben daher trotz Arbeitslosigkeit in den Rezessionsphasen 1974/75 und 1981-84 in Deutschland.

Abbildung 11: Ausländer in Deutschland nach Aufenthaltsdauer, 1994



Quelle: Statistisches Bundesamt

Dadurch, daß der Anwerbestopp die Mobilität der Nicht-EU-Ausländer bremste, beeinflusste er auch ihre Lebenspläne (Bade 1994). Bis Mitte der 70er Jahre orientierten sich viele Ausländer selbst am Konzept eines befristeten Aufenthalts in Deutschland. Danach wurde in wachsendem Maße ein längerer Aufenthalt ins Auge gefaßt (Seifert 1995). Bis 1973/74 waren vor allem Männer im Alter zwischen 20 und 40 Jahren gekommen. Ab Mitte der 70er Jahre begannen viele Arbeitsmigranten, ihre Familien nach Deutschland zu holen oder hier Familien zu gründen. Der genaue Anteil der Familienzusammenführungen an der gesamten Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland ist nicht bekannt. Manche Autoren schätzen, daß der Nachzug von Familienangehörigen in den 70er und 80er Jahren mehr als die Hälfte der Zuwanderung von Ausländern ausmachte (Franz 1991; Schmidt, Zimmermann 1992; Velling 1993).

Anhand von Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) läßt sich analysieren, welche Determinanten die Entscheidung von Ausländern beeinflusst, ihre Familien nach Deutschland zu holen. Wie zu erwarten, stieg die Wahrscheinlichkeit des Familiennachzug mit zunehmendem Alter und längerer Aufenthaltsdauer. Auf Phasen eines allgemeinen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Deutschland reagierten Ausländer oft mit einer Verschiebung des Familiennachzugs. Der Anteil verheirateter Ausländer, deren Ehepartner nicht in der Bundesrepublik lebte, sank von über 80% Anfang der 60er Jahre auf unter 20% Anfang der 80er Jahre.

Mit dem verstärkten Familiennachzug und der Gründung neuer Familien in Deutschland wurde das Rotationsmodell obsolet. Dies zeigt sich heute auch deutlich in der Aufenthaltsdauer der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer (vgl. Abbildung 11). Ende 1994 lebte knapp die Hälfte der Ausländer (49%) seit über 10 Jahren in Deutschland, darunter mehr als jeder vierte Ausländer bereits länger als 20 Jahre (29%). Nur ein Drittel (30%) war erst kürzer als 4 Jahre im Land. 1,3 von 7,2 Mio. in Deutschland lebenden Ausländern sind

⁴ Zu diesem Zeitpunkt gehörten auch Griechenland, Spanien und Portugal noch nicht zur EU.

hier geboren. Vor allem bei jenen Nationalitäten, deren Angehörige einst als Gastarbeiter angeworben wurden, liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer über dem Durchschnitt aller Ausländer. Dies gilt für Italiener genauso wie für Türken. Im Gegensatz dazu sind die meisten Polen kürzer als 10 Jahre im Land, weil es für sie vor 1986 kaum eine Möglichkeit zur legalen Auswanderung gab. Unter den Bosniern in Deutschland dominieren Bürgerkriegsflüchtlinge der Jahre 1992/93. Sie sind daher im Regelfall kürzer als zehn Jahre im Land.

Heute kann kein Zweifel mehr bestehen: Aus vielen "Gastarbeitern", die zuerst nur kurzfristig in Deutschland Beschäftigung suchten, wurden nachträglich Einwanderer. Die meisten dieser Arbeitsmigranten leben mit ihren Familien im Land, werden bis zu Erreichung des Rentenalters oder bis an ihr Lebensende hier bleiben, viele eines Tages hier sogar begraben sein.

2.8 Einbürgerung von Ausländern

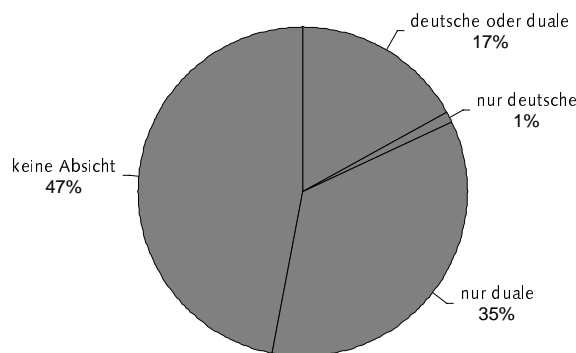
Charakteristisch für Deutschland als deklariertes Nicht-Einwanderungsland ist, daß nach wie vor relativ wenige Ausländer eingebürgert werden. Dabei handelt es sich zum Teil um sogenannte Ermessenseinbürgerungen nach mehr als 10jährigem Aufenthalt.⁵ Zwischen 1974 und 1992 erhielten in Deutschland nur 311.000 Ausländer im Wege der Ermessenseinbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft (vgl. Tabelle 6). Dies betraf pro Jahr bloß 0,3-0,6% aller in Deutschland lebenden Ausländer. Diese Naturalisierungsrate ist im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrig.⁶ Einerseits liegt dies an der starken Bindung der deutschen Staatsbürgerschaft an Abstammung und Volkszugehörigkeit. Das *ius sanguinis* sieht eine automatische Einbürgerung der in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern nicht vor. Andererseits ist die niedrige Naturalisierungsrate auch Resultat einer gewissen Zurückhaltung auf Seiten der in Deutschland lebenden Ausländer. Nach einer vom Institut Marplan 1994 unter Spaniern, Italienern, Bürgern des ehemaligen Jugoslawien, Griechen und Türken durchgeführten Untersuchung war nur jeder zweite der Befragten überhaupt am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit interessiert. 20% gaben ein starkes Interesse an. Die jüngere Generation von Ausländern zeigte ein stärkeres Interesse an Einbürgerung als die Älteren (Ausländerbeauftragte 1995).

Wie eine Auswertung der Ausländerstichprobe des Sozio-Ökonomischen Panels zeigt, erwägen 18% der Zuwanderer (aus Mittelmeerländern), einen Antrag auf die Staatsbürgerschaft zu stellen. Gäbe es die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft ohne Aufgabe der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes zu erlangen, also Doppelstaatsbürger zu werden, dann wäre die Akzeptanz größer. Immerhin 35% würden eine doppelte Staatsbürgerschaft anstreben, nicht aber unter Aufgabe der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes Deutsche werden wollen. Knapp die Hälfte aller Ausländer will die Staatsangehörigkeit in nächster Zeit auf keinen Fall wechseln. Das bedeutet zugleich, daß sie auf die mit der deutschen Staatsbürgerschaft verbundenen Vorteile, der Rechtssicherheit vor Abschiebung und der Möglichkeit zur politischen Einflußnahme verzichten.

⁵ Im Gegensatz dazu haben Aussiedler sofort und Ausländer seit 1993 nach 15 Jahren Aufenthalt einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung.

⁶ Zum Vergleich: In den Niederlanden werden pro Jahr etwa 6% aller im Land lebenden Ausländer eingebürgert (Entzinger 1996), in Österreich beträgt diese Quote immerhin 2% (Fassmann, Münz 1995).

Abbildung 12: Absicht zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft,^a 1994, in %



a "Beabsichtigen Sie, in den nächsten 2 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen?"

Daten: Münz/Seifert/Ulrich, 1997 (errechnet aus SOEP 1994)

Während die berufliche Eingliederung von Migranten und ihren Kindern schrittweise erfolgt, sind bei der sozialen Integration keine Fortschritte zu erkennen. Insbesondere die zweite Generation der hier lebenden Ausländer hat erhebliche Probleme. In der ersten Hälfte der 90er Jahre waren sogar Desintegrationstendenzen festzustellen. Gerade den Angehörigen der zweiten Generation fehlen klare Perspektiven. In den Herkunftsländern der Eltern sind sie Fremde. Aber auch in der deutschen Gesellschaft werden sie nicht als vollwertige Mitglieder akzeptiert, obwohl sie hier geboren und aufgewachsen sind. Insbesondere seit der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik zeigen sich gesellschaftliche Schließungstendenzen und eine größere Zahl von Konflikten zwischen Deutschen und Ausländern. Deutlicher Hinweis auf das veränderte Klima ist die geringer gewordene Zahl sozialer Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern in Westdeutschland. Für die ausländische Bevölkerung ist die Distanz zur einheimischen Bevölkerung und damit auch zu Deutschland gewachsen.

Die Einbürgerungsquote ist schon deshalb als besonders niedrig einzuschätzen, weil mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Ausländer zumindest von der Aufenthaltsdauer (über 10jähriger Aufenthalt) eine wesentliche Voraussetzung für eine Ermessenseinbürgerung, wenn nicht sogar für eine Anspruchseinbürgerung, mitbringt. Andere Kriterien sind Unbescholtenheit sowie der Nachweis eines festen Wohnsitzes und eines gesicherten Lebensunterhalts in Deutschland, was den Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung ausschließt. Die große Mehrheit der Ausländer erfüllt auch diese Bedingungen. Die meisten stellen trotzdem keinen Antrag auf Einbürgerung und werden von deutscher Seite dazu auch kaum ermutigt. Andere müssen lange auf die Behandlung ihres Antrags warten. Bis in die 80er Jahre bildeten die hohen Bearbeitungsgebühren (5.000 DM) ein Hindernis. Davon kann heute allerdings keine Rede mehr sein (100 DM). Viele Ausländer ließen und lassen sich jedoch durch die Behörden ihrer Herkunftsländer entmutigen, die die Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft erschweren oder mit prohibitiven Forderungen verbinden.

Ein wichtiger Schritt zu einer Erleichterung der Einbürgerung wurde mit dem Ausländergesetz von 1993 gemacht. Ausländer im Alter zwischen 16 und 23 Jahren, die seit mindestens 8 Jahren in Deutschland leben und hier die Schule besuchten, haben nun einen ähnlichen Rechtsanspruch auf Einbürgerung wie Aussiedler. Dies gilt auch für Ausländer, die älter als 23 sind und seit mindestens 15 Jahren in Deutschland leben (ca. 40% aller Ausländer). Die Gebühren für die Einbürgerung wurden auf 100 DM verringert. Die Anspruchseinbürgerung nach dieser neuen Regelung wurde bereits 1993 von 29.000

Ausländern genutzt. Hinzu kamen 1993 weitere 44.900 Ermessenseinbürgerungen (zusammen 73.900 Fälle). Dadurch erhöhte sich die Einbürgerungsrate auf 1,1% (1993) aller in Deutschland lebenden Ausländer (Tabelle 6).

Ein wichtiges Hindernis ist nach wie vor das Erfordernis, die alte Staatsbürgerschaft aufzugeben. Obwohl die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland im Prinzip nur als Ausnahme toleriert wird, gewinnt sie zunehmend an Bedeutung. 1993 gab es 30.000 Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit (40% aller Einbürgerungen von Ausländern).

Tabelle 6: Einbürgerungen von Aussiedlern und Ausländern, 1974-94

	Einbürgerungen von		Einbürgerungen
	Aussiedlern ^a	Ausländern ^b	Von Ausl. in % d.
	absolut	absolut	ausl. Bev.
1974	12.256	12.488	0,3
1975	14.198	10.727	0,3
1976	16.347	13.134	0,3
1977	18.097	13.535	0,3
1978	18.635	14.075	0,4
1979	19.780	15.172	0,4
1980	22.034	14.969	0,3
1981	22.235	13.643	0,3
1982	26.014	13.266	0,3
1983	25.151	14.334	0,3
1984	23.351	14.695	0,3
1985	21.019	13.894	0,3
1986	22.616	14.030	0,3
1987	23.781	14.029	0,3
1988	30.123	16.660	0,4
1989	50.794	17.742	0,4
1990	81.140	20.237	0,4
1991	114.335	27.295	0,5
1992	142.862	37.042	0,6
1993	125.385	74.058	1,1
1994	232.875	69.279	1,0

^a Nur Anspruchseinbürgerungen.

^b Dies schließt Ermessenseinbürgerungen und seit 1993 auch Anspruchseinbürgerungen gemäß § 85 und § 86 Ausländergesetz von 1993 ein.

Quelle: Ausländerbeauftragte 1995, Statistisches Bundesamt

Für einige Herkunftsländer, die ihren Bürgern die Entlassung aus der bisherigen Staatsbürgerschaft erheblich erschweren, war der Anteil der Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit besonders hoch (1993: Afghanistan: 89%, Marokko: 87%, Türkei: 68%). Auch von den Aussiedlern, die seit den späten 80er Jahren ins Land kamen, behielt ein größerer Teil die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes (v.a. Polen, Rußland, Kasachstan).

Einbürgerung ist nicht identisch mit Integration. Das mußten sowohl naturalisierte Immigranten und deren Kinder, als auch viele Aussiedler erfahren. In Anbetracht der Größe der ausländischen Bevölkerung in Deutschland und ihres Bevölkerungsanteils spielt die Frage der Staatsbürgerschaft jedoch eine wichtige Rolle. Wenn politische Institutionen überwiegend die Interessen ihrer Wähler oder Mitglieder vertreten, dann sind die über 7 Mio. Ausländer von fast allen Partizipationsmöglichkeiten ausgeschlossen. Dies ist besonders augenfällig, wenn man an die Kommunalpolitik in Städten denkt, in denen jeder fünfte oder jeder vierte Einwohner keinen deutschen Paß besitzt. Wenn die ausländische Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten weiter wächst, wird die Frage der Einbürgerung noch akuter

werden. Dabei spielt neben weiteren Zuwanderungen vor allem das Wachstum der ausländischen Bevölkerung durch Geburten eine Rolle.

2.9 Eine neue Phase der Zuwanderung nach Deutschland?

Zwischen 1988 und 1993 überschritt das Niveau der Zuwanderungen aus dem Ausland die Spitzenwerte der Jahre 1969/70. In jenen sechs Jahren kamen in Summe 7,3 Mio. Aussiedler, Asylbewerber und regulär zugewanderte Ausländer nach Deutschland (Jahresdurchschnitt: 1,2 Mio.). Im gleichen Zeitraum verließen 3,6 Mio. Personen das Land (Jahresdurchschnitt: 603.000). Dies bedeutet einen positiven Wanderungssaldo von 3,7 Mio. (1988-1993) gegenüber dem Ausland. Zu diesem Saldo trugen Asylbewerber, neue Arbeitsmigranten und nachziehende Familienangehörige mit einer Netto-Zuwanderung von 2,3 Mio. (Jahresschnitt 1988-1993: 382.000) und volksdeutsche Aussiedler mit einer Netto-Zuwanderung von 1,4 Mio. (Jahresschnitt: 229.000) bei. Immigration dieser Dimension gab es in diesem Zeitraum nur in den USA, einem klassischen Einwanderungsland. Allerdings ist die Bevölkerung der USA mehr als dreimal so groß ist wie die deutsche.

Was von manchen als Beginn einer neuen Völkerwanderung interpretiert wurde, war möglicherweise nur eine Übergangsperiode. Im Vergleich zu den Jahren 1988-92 war die Zuwanderung nach Deutschland 1993/94 wieder rückläufig. Dieser Rückgang relativierte die vielfach geäußerten massiven Befürchtungen. Tatsächlich wurde der Zuzug von Aussiedlern bereits 1991 quantitativ begrenzt. Mitte 1993 trat ein restriktiveres Asylrecht in Kraft. In jüngerer Zeit ging auch die reguläre Zuwanderung von Ausländern zurück, die Auswanderung von Ausländern nahm hingegen zu. Während die Zuzüge von Ausländern (inkl. Asylbewerbern) von 1,2 Mio. (1992) auf 987.000 (1993) sanken, stiegen die Fortzüge noch etwas an: von 615.000 (1992) auf 710.000 (1993). In den beiden darauffolgenden Jahren lag die Zahl der Zuzüge (1995: 793.000 Personen; 1996: 708.000 Personen) weiterhin unter dem Niveau der frühen 90er Jahre; die Zahl der Fortzüge sank demgegenüber deutlich langsamer (1995: 567.000 Personen; 1996: 559.000 Personen). Der Wanderungssaldo der Ausländer erreichte wieder Werte wie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre (1995: +225.000; 1996: +149.000).

Angesichts der parallelen Entwicklung von Zuzügen und Fortzügen seit 1988 läßt sich vermuten, daß ein Teil der in jüngerer Zeit zugezogenen Ausländer nicht auf Dauer in Deutschland bleiben wird. Dies gilt auch für einen Teil der abgelehnten Asylbewerber.

Die bisherigen Erfahrungen mit den restriktiveren Regelungen für Asylbewerber und Aussiedler deuten darauf hin, daß der Rückgang der Nettozuwanderung nach Deutschland keine kurzfristige Erscheinung ist. Diese Regelungen leiteten 1993 offenbar eine neue Phase der Zuwanderung nach Deutschland ein.

3 ANNAHMEN ZUR PROGNOSE

3.1 Perspektiven zukünftiger Zuwanderungen

Seit 1961 stieg die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer von 686.000 auf mehr als 7,3 Mio. (1996). Dies war eine Verzehnfachung innerhalb von 35 Jahren. In den kommenden

Jahrzehnten wird die Zahl der Ausländer nicht im selben Tempo zunehmen. Wieviele Ausländer in 20 oder 30 Jahren in Deutschland leben werden, läßt sich jedoch nicht präzise vorhersagen. Aus der Analyse vergangener Zuwanderungsströme lassen sich allerdings Trends bestimmen, die mit gewisser Wahrscheinlichkeit weiterlaufen werden. Bevölkerungsprojektionen können somit aufzeigen, wie sich eine Fortsetzung dieser Trends auf die Größe und Struktur der ausländischen Bevölkerung sowie der Wohnbevölkerung insgesamt auswirken würde. Damit lassen sich Ober- und Untergrenzen der zukünftigen Entwicklung abstecken.

Das weitere Wachstum der ausländischen Bevölkerung wird vor allem durch Zuwanderungen und den Geburtenüberschuß bestimmt. Daneben hat aber auch die zukünftige Höhe der jährlichen Einbürgerungen einen wichtigen Einfluß. Wir haben für unsere Projektionen insgesamt vier Szenarien berechnet. Dabei werden drei Szenarien durch unterschiedliche Wanderungsannahmen bestimmt. Ein viertes Szenario untersucht den Einfluß höherer Einbürgerungen.

Zukünftige Zuwanderungen nach Deutschland sind von diversen Faktoren abhängig, die ein Zuwanderungspotential entstehen lassen. Einer der wichtigsten Faktoren ist das wirtschaftliche Gefälle zwischen den potentiellen Herkunftsländern und dem Zielland Deutschland. Von erheblichem Einfluß sind aber auch politische Krisen, ethnische Unterdrückung sowie Krieg oder Bürgerkrieg im jeweiligen Herkunftsland. In solchen Fällen sind nicht-ökonomische Wanderungsmotive ausschlaggebend. Dies gilt in ähnlicher Weise für dramatische ökologische Veränderungen, die als Wanderungsursache zukünftig noch an Bedeutung gewinnen werden. Derzeit und auch zukünftig quantitativ wichtig ist schließlich der Familiennachzug.

Bereits eine simple Auflistung der wichtigsten Wanderungsursachen zeigt, daß das Migrationspotential größer ist als die tatsächliche Migration. In welchem Umfang sich das Zuwanderungspotential realisiert, hängt nicht zuletzt von der Steuerungsfähigkeit der deutschen Institutionen und von rechtlichen Regelungen ab, die Zuwanderung gestatten oder begrenzen.

Die Untersuchung vergangener Wanderungsbewegungen und der sie bestimmenden rechtlichen Regelungen liefert wichtige Anhaltspunkte für die Abschätzung zukünftiger Wanderungssteigerungen. Dabei ist es sinnvoll, Hauptkomponenten der Zuwanderung nach Typus und Herkunftsregion getrennt zu analysieren:

- Eine erste Gruppe von Herkunftsländern bilden die anderen EU-Mitgliedsstaaten. Für deren Bürger bestehen kaum noch rechtliche Beschränkungen der Zuwanderung nach Deutschland.
- Die Türkei und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens (zweite und dritte Gruppe) verfügen als Herkunftsländer angeworbener Arbeitskräfte seit den späten 60er Jahren über eine Tradition der Zuwanderung nach Deutschland. Die große Zahl der in Deutschland lebenden Bürger dieser Staaten begründet eine Vielzahl verwandtschaftlicher Beziehungen, sozialer und ethnischer Netzwerke zwischen Herkunftsländern und Zielland. Dies erleichtert weitere Zuwanderungen. Gleichzeitig wirken in diesen Ländern politische Krisen, ethnische Repression und kriegs- oder bürgerkriegsähnliche Zustände als nicht-ökonomische Wanderungsursachen. Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung werden die Nachfolgestaaten Jugoslawiens und die Türkei in der folgenden Analyse separat behandelt.
- Der Zuzug von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Kriegsvertriebenen (vierte Gruppe) trug in den Jahren seit 1990 erheblich zum positiven Außenwanderungssaldo Deutschlands bei. Ein Großteil der Asylbewerber kam aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Mit der Neuregelung des Asylrechts sank zwar die Zahl der Asylbewerber ab Mitte 1993 recht deutlich. Dennoch kommt die überwiegende Mehrzahl der Asylbewerber nach wie vor aus relativ wenigen Krisenregionen. Neben der Türkei und Ex-Jugoslawien sind dies vor allem Länder Westasiens (Afghanistan, Irak, Iran, Sri Lanka sowie einige Staaten

Afrikas). Der Zuzug von Asylsuchenden (ohne jene aus der Türkei und Ex-Jugoslawien) wird daher gesondert analysiert.

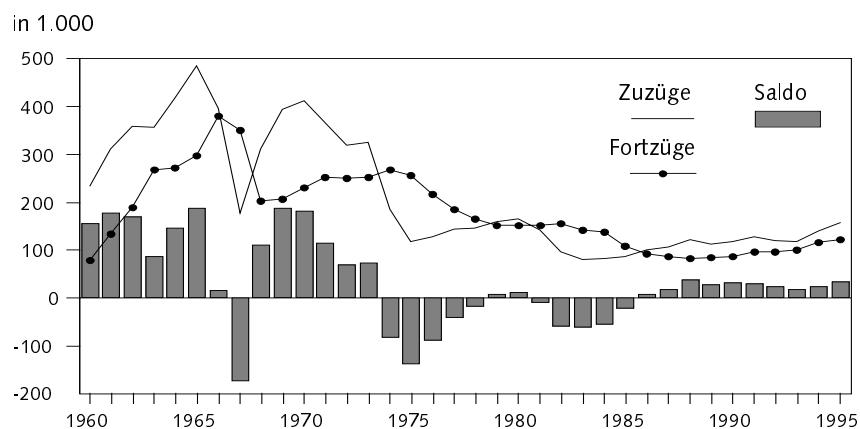
- Neben den bisher genannten Herkunftsländern und Wanderungsströmen bleibt schließlich eine Restkategorie (fünfte Gruppe) von Zuwanderung aus dem übrigen Teil der Welt.
- Nicht für die Zahl der Ausländer, aber für den Wanderungssaldo und die Größe der Gesamtbevölkerung wichtig ist schließlich die Zuwanderung deutschstämmiger Aussiedler sowie die Zu- und Abwanderung deutscher Staatsbürger (sechste Gruppe).

Durchgängig werden im folgenden Abschnitt für jede Gruppe jeweils drei Szenarien der weiteren Zuwanderung nach Deutschland bestimmt und durchschnittliche jährliche Wanderungssalden bis zum Jahr 2030 festgelegt. Dabei gibt das mittlere Szenario die aus heutiger Sicht wahrscheinlichste Variante an. Das obere und das untere Szenario orientieren sich an plausiblen Ober- und Untergrenzen zukünftiger Zu- und Abwanderungen.

Zuwanderungen aus anderen *EU-Staaten*⁷ (erste Gruppe) machten in der ersten Phase der Anwerbung von Gastarbeitern bis 1966 zwei Drittel aller Zuwanderungen in die Bundesrepublik aus. Im Durchschnitt kamen aus diesen Ländern damals jährlich fast 135.000 Personen nach Deutschland: in erster Linie Italiener, Spanier und Griechen, in geringerem Umfang auch Portugiesen.

Ausländer aus den genannten Ländern (EU-12) reagierten auf konjunkturelle Einbrüche in Deutschland mit rückläufiger Zuwanderung und einem Anstieg der Rückwanderungen. Das Ergebnis waren negative Wanderungssalden. Dies hatte vor allem damit zu tun, daß die Aufenthaltserlaubnis damals nur für die Dauer der Beschäftigung erteilt wurde. Das wurde erstmals in der Rezession von 1966/67 wirksam. Der Außenwanderungssaldo gegenüber Süd- und Westeuropa betrug 1967 -173.000 Personen. Auch während der Rezessionen von 1974/75 und 1981/82 mußten diese Ausländer aus Deutschland verstärkt rückwandern. In den Jahren 1974-77 wanderten im Schnitt pro Jahr 87.800 mehr Bürger von EU-Staaten aus Deutschland ab, als aus diesen Ländern zuwanderten. Insgesamt betrug der Wanderungssaldo gegenüber Süd- und Westeuropa -351.000 Personen (1974-77; vgl. Abbildung 13). Ähnliches ließ sich in der Rezession von 1981/82 beobachten (Saldo 1981-85: -204.900).

Abbildung 13: Wanderungen von Bürgern anderer EU-Staaten (EU-12) von und nach Deutschland, 1960-95



Daten: Statistisches Bundesamt

⁷ Da sich die Analyse auf die letzten Jahrzehnte bezieht, werden hier die (bis 1994 neben Deutschland) anderen 11 EU-Staaten betrachtet.

In den Jahren 1978-80 und seit 1986 hatte Deutschland eine positive Wanderungsbilanz mit den übrigen EU-Mitgliedsländern. Allerdings konnten diese Wanderungsgewinne die Wanderungsverluste der beiden Rezessionen nicht mehr ausgleichen. Seit Mitte der 80er Jahre schwankten die jährlichen Wanderungssalden zwischen +20.000 und +30.000 pro Jahr. In diesem Zeitraum gibt es sowohl Beispiele einer inzwischen fast völlig ausgeglichenen Wanderungsbilanz (Italien, Spanien), als auch Beispiele eines leichten Wiederanstiegs der Netto-Zuwanderung (Griechenland, Portugal).

Tabelle 7: Wanderung von Bürgern aus anderen EU-Staaten (EU-12) von und nach Deutschland, 1960-95

Periode	Saldo	Ø pro Jahr in 1.000 Personen
1960-65	925,1	154,2
1966-67	-157,8	-78,9
1968-73	736,1	122,7
1974-77	-351,2	-87,8
1978-80	1,9	0,6
1981-85	-204,9	-41,0
1986-95	254,8	25,5
1960-95	1.204,1	33,4

Errechnet nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

Die Zuwanderung aus der EU und anderen EWR-Ländern⁸ ist heute kaum noch durch rechtliche Hindernisse begrenzt. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den Mitgliedsländern der EU hat die Konstellation von Wanderungsursachen, die in den 60er und frühen 70er Jahren wirksam war, tiefgreifend verändert. Von deutlichen Wanderungsgewinnen gegenüber Süd- und Westeuropa können wir daher heute nicht mehr ausgehen. Eher ist anzunehmen, daß es zukünftig auch Perioden mit Wanderungsverlusten geben wird; z.B. während zukünftiger Rezessionen und durch die Rückkehr ehemaliger "Gastarbeiter" im Rentenalter.

Das wahrscheinlichste Niveau zukünftiger Netto-Zuwanderung von Ausländern aus EU-Staaten markieren demnach die in den 90er Jahren erreichten Werte: etwa +20.000 Personen im Jahr. Ein niedriges Szenario unterstellt eine Verringerung der Attraktivität Deutschlands als Zielland von Wanderungen, etwa durch ein weiteres Absinken der Nachfrage nach Arbeitskräften oder eine anhaltende Rezession. Alternativ oder ergänzend könnten sich auch die wirtschaftlichen Bedingungen in den anderen EU-Ländern gegenüber Deutschland verbessern und Abwanderungsursachen damit weiter an Gewicht verlieren. Unter diesen Bedingungen wäre eine im längerfristigen Durchschnitt ausgeglichene Wanderungsbilanz vorstellbar (± 0). Ein hohes Szenario der Wanderungsannahmen geht von einer umgekehrten Konstellation aus: Deutschland würde für Bürger anderer EU-Staaten tendenziell wieder zu einem attraktiveren Wanderungsziel. Als plausibel erscheint uns für diesen Fall die Annahme eines durchschnittlichen jährlichen Wanderungsgewinns von 30.000 Personen.

Zuwanderung aus der *Türkei* (zweite Gruppe) spielte in der ersten Anwerbephase bis 1965 kaum eine Rolle. Die türkische Bevölkerung in Deutschland stieg in dieser Zeit durch Zuwanderung nur um 156.000 Personen an.

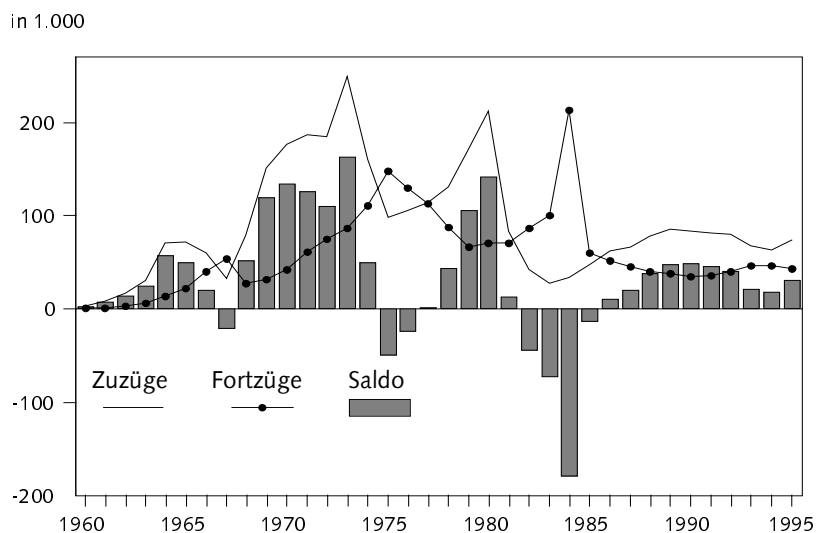
In der zweiten Anwerbephase von 1968-73 wurden türkische Staatsbürger (ethnische Türken und Kurden) durch die Netto-Zuwanderung von weiteren 704.000 Personen zur

⁸ Seit dem EU-Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens (1995) gehören neben der EU nur noch Island, Liechtenstein und Norwegen zum EWR.

größten Gruppe von Ausländern in Deutschland. 1974 lebten bereits mehr als eine Million türkische Staatsbürger in Deutschland.

Der Anwerbestopp und die Rezession von 1974/75 reduzierten die Zuwanderung aus der Türkei nur kurzfristig. In den Jahren 1975 bis 1976 überstieg die Zahl der Fortzüge jene der Zuzüge um 74.000 Personen, 1977 war der Wanderungssaldo ausgeglichen.

Abbildung 14: Wanderung von Bürgern der Türkei von und nach Deutschland, 1960-95



Daten: Statistisches Bundesamt

Bereits in den folgenden drei Jahren (1978-80) hatte die türkische Bevölkerung einen Wanderungsüberschuß von insgesamt 290.000 Personen. Einen wesentlichen Anteil daran hatte der Nachzug von Familienangehörigen. Seit Anfang der 80er Jahre spielt jedoch auch der Zuzug von Asylsuchenden eine Rolle. Nach dem Militärputsch des Jahres 1980 kamen fast 58.000 türkische Asylbewerber nach Deutschland. In den folgenden Jahren ging die Zahl türkischer Asylbewerber vorübergehend zurück. Doch Ende der 80er Jahre und in der ersten Hälfte der 90er Jahre stellten im Durchschnitt jedes Jahr rund 20.000 Türken einen Asylantrag in Deutschland.

Der Trend einer Netto-Zuwanderung setzte sich in den 80er Jahren nicht ungebrochen fort. In Folge der Rezession Anfang der 80er Jahre hatten die Türken von 1981 bis 1985 eine mehr als 10mal so hohe Netto-Abwanderung (-296.000 Personen) wie in der Rezession 1974/75. Dabei dürften auch die 1983 und 1984 gezahlten Rückkehrprämien eine Rolle gespielt haben.

Ab 1986 gab es eine moderate Netto-Zuwanderung von durchschnittlich 30.000 Personen pro Jahr. Dieser Wanderungsgewinn reduzierte sich jedoch Mitte der 90er Jahre. Die Periodisierung der türkischen Zuwanderungen seit 1960 (Abbildung 14) ermöglicht eine Einordnung dieser Werte.

Der durchschnittliche Wanderungsgewinn in der Periode nach der Rezession 1981/82 entspricht dem langfristigen Durchschnitt seit 1960. Der wirtschaftliche Abstand Deutschlands zur Türkei ist beträchtlich größer als jener zu den schwächer entwickelten EU-Staaten. Der offene Konflikt um die Forderung nach kultureller Autonomie für 10-12 Mio. Kurden, das harte Vorgehen der türkischen Militärs gegen die PKK, gegen gewählte kurdische Politiker und gegen die kurdische Zivilbevölkerung in Südostanatolien werden auf absehbare Zeit nicht-ökonomische Wanderungsursachen bilden. Ähnliches gilt für wachsende Konflikte zwischen Islamisten und Laizisten. Deshalb gehen wir für das mittlere Szenario von einer Fortsetzung der Netto-Zuwanderung auf einem Niveau von +30.000 Perso-

nen pro Jahr für die nächsten zwei Jahrzehnte aus. Auch wenn es in der Türkei zu innenpolitischen Reformen und zu einem Ausgleich mit den Kurden käme, politische Auswanderungsgründe somit an Bedeutung verlieren würden, dürfte es weiterhin zum Nachzug von Familienangehörigen aus der Türkei nach Deutschland sowie zu Eheschließungen mit nachfolgender Familiengründung in Deutschland kommen. Selbst ein niedriges Szenario der Zuwanderung aus der Türkei wäre kaum unter +10.000 Personen pro Jahr anzusetzen. Demgegenüber sind bei einer Eskalation des Konfliktes zwischen türkischer Armee und kurdischer Zivilbevölkerung, bei einer Radikalisierung der Islamisten oder bei einem neuerlichen Militärputsch größere Zuwanderungen zu erwarten. Diese Migration würde durch bereits bestehende familiäre Bindungen und ethnische Netzwerke unterstützt. Ein hohes Zuwanderungsszenario muß deshalb von einem durchschnittlichen Wanderungssaldo von +50.000 Personen pro Jahr ausgehen.

Tabelle 8: Wanderung von Bürgern der Türkei von und nach Deutschland, 1960-95

Periode	Saldo in 1.000 Personen	Ø pro Jahr
1960-65	155,9	26,0
1966-67	-0,7	-0,3
1968-73	704,3	117,4
1974-77	-23,6	-5,9
1978-80	290,2	96,7
1981-85	-296,1	-59,2
1986-95	321,2	32,1
1960-95	1.151,4	32,0

Errechnet nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

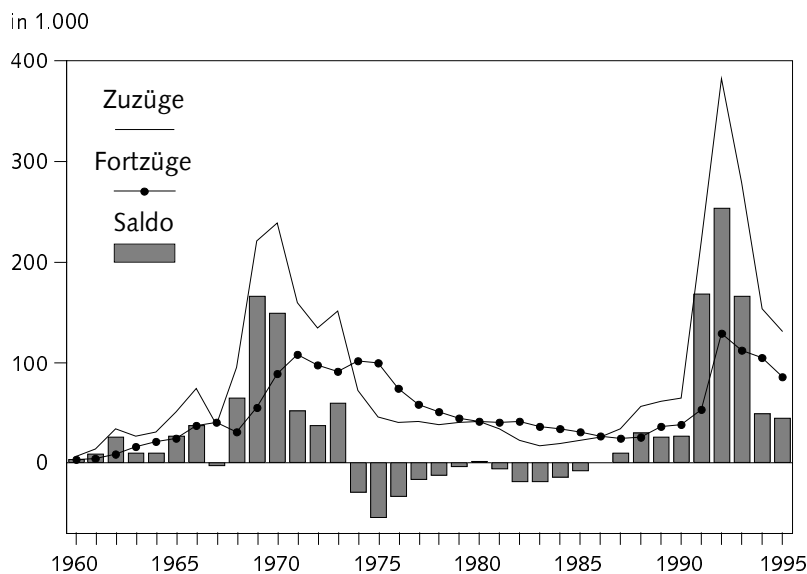
Obwohl ein zwischenstaatliches Anwerbeabkommen mit *Jugoslawien* (dritte Gruppe) erst 1968 geschlossen wurde, kam es bereits 1960 bis 1966 zu einem Wanderungsüberschuß von 121.000 Personen (Abbildung 15). In dieser Phase kamen die meisten Zuwanderer als Asylbewerber ins Land und wurden hier als politische Flüchtlinge anerkannt. In der Anwerbephase 1968-73 wurde Jugoslawien nach der Türkei zum zweitwichtigsten Herkunftsland von Arbeitsmigranten. Der westdeutsche Wanderungsgewinn betrug 528.000 Personen. Die Gruppe der jugoslawischen Staatsbürger stellte 1973 mit über 700.000 Personen fast 18% der Ausländer in Deutschland.

Schon 1971 hatte sich die Netto-Zuwanderung gegenüber dem Vorjahr halbiert. Der Anwerbestopp von 1973 machte es für noch nicht im Land lebende jugoslawische Arbeitnehmer sehr schwer, Arbeit in Deutschland zu finden. Von 1974 bis 1985 waren die jährlichen Fortzüge stets höher als die Zuzüge. Dies hatte auch mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse in Jugoslawien zu tun, die bis Mitte der 80er Jahre andauerte.

Erst 1987 gab es wieder einen geringen Wanderungsgewinn gegenüber Jugoslawien. Von 1988 bis 1990 wuchs die jugoslawische Bevölkerung in Deutschland durch Zuwanderung im Schnitt um 28.000 Personen pro Jahr.

Mit dem Zerfall Jugoslawiens, den politischen Konflikten, Kriegen und "ethnischen Säuberungen" setzte erneut eine starke Zuwanderung ein. Allein 1991-1993 war die Netto-Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens mit 588.000 Personen größer als in der Anwerbephase 1968-73. Unter den 1991-93 zugewanderten Personen stellten über 290.000 einen Asylantrag, andere wurden als Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen. Auf dem Höhepunkt des Krieges in Bosnien-Herzegowina hielten sich schließlich 350.000 Personen als geduldete Kriegsflüchtlinge in Deutschland auf.

Abbildung 15: Wanderung von Bürgern (Ex-)Jugoslawiens von und nach Deutschland, 1960-95



Daten: Statistisches Bundesamt

Seit 1994 zeichnet sich jedoch ein Rückgang der Zuwanderungen aus Ex-Jugoslawien ab. Ursache dafür war zum einen der Aufnahmestopp für Kriegsflüchtlinge, zum anderen wirkte sich die Visumpflicht für Bürger Rest-Jugoslawiens (Serbien, Montenegro), Mazedoniens und Bosniens aus.

Zugleich setzte mit der Klärung der Fronten eine Rückwanderung ein: Zwischen 1993 und 1995 kehrten pro Jahr durchschnittlich 100.000 Bürger des ehemaligen Jugoslawien in die Region zurück. Noch ist nicht abzusehen, ob die von 1995 durch das Dayton-Abkommen festgeschriebene Dreiteilung Bosniens in moslemische, serbische und kroatische Einflußgebiete auf Dauer zu einer politischen und ökonomischen Stabilisierung führen wird.

Tabelle 9: Wanderung von Bürgern (Ex-)Jugoslawiens von und nach Deutschland, 1960-95

Periode	Saldo in 1.000 Personen	Ø pro Jahr
1960-65	83,8	14,0
1966-67	34,7	17,3
1968-73	528,2	88,0
1974-77	-134,3	-33,6
1978-80	-15,4	-5,1
1981-85	-66,7	-13,3
1986-95	772,6	77,3
1960-95	1.202,8	33,1

Errechnet nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

Es ist anzunehmen, daß ein Teil jener Menschen, die in den letzten Jahren vor akuter Gefahr nach Deutschland flohen, bei einer weiteren Verbesserung der Lage wieder in ihre Heimat zurückkehren wird. Allerdings haben viele Flüchtlinge, insbesondere jene aus Bosnien, ihre Existenz und ihre Häuser verloren und können aufgrund der weitgehend vollzogenen ethnischen Säuberungen auf absehbare Zeit nicht in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Weitere Konflikte sind absehbar. Dies gilt sowohl für das Zusammenleben von

Moslems und Kroaten in der Herzegowina als auch für jenes von Albanern und Serben in Kosovo. Der wirtschaftliche und institutionelle Wiederaufbau wird in den Konfliktgebieten des ehemaligen Jugoslawien bis weit ins 21. Jahrhundert andauern. Deshalb ist zu erwarten, daß ein erheblicher Teil der Flüchtlinge und Kriegsvertriebenen versuchen wird, in Deutschland zu bleiben, obwohl sich Deutschland aktiv um eine Rückführung bemüht. Zugleich bleibt eine starke Anziehung für Wanderungen bestehen. Vorhandene ethnische und soziale Netzwerke sowie der Familiennachzug bieten eine Basis für weitere Zuwanderungen aus Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Als mittlere Wanderungsannahme erscheint für die nächsten Jahrzehnte eine Nettozuwanderung von +30.000 Personen pro Jahr plausibel. Den Rahmen für die anderen Szenario-Annahmen bilden nach unserer Ansicht dieselben Werte wie für die Türkei: +10.000 jährlich als niedrige Variante und +50.000 als hohe Variante.

Asylsuchende und Flüchtlinge (vierte Gruppe) trugen seit Ende der 80er Jahre wesentlich zur Zuwanderung nach Deutschland und zum Wachstum der ausländischen Bevölkerung bei (vgl. Abschnitt 3.3). In den Jahren 1992 und 1993 machten sie ein Drittel aller Zuzüge von Ausländern aus. Mit der Neuregelung des Asylrechts ging die Zahl der Asylanträge 1994 und 1995 auf jeweils ca. 127.000 zurück.

Die Herkunft der Asylbewerber veränderte sich seit Beginn der 80er Jahre mehrfach. Dennoch gab es einige wenige Länder, auf die sich über mehrere Jahre ein erheblicher Anteil der Asylbewerber konzentrierte.

Tabelle 10: Bestand und wichtigste Zugänge von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Deutschland, 1988-94

Jahr	Asylbewerber u. Flüchtlinge in Dt. (1)	Veränderg. 1.1.-31.12. (2)	Zugang Asyl-anträge (3)	Zugang Bürger-kriegsflüchtl. (4)	Zusammen (5)= (3)+(4)	Differenz (6)= (5)-(2)
in 1.000 Personen						
1988	820	120	103		103	-17
1989	865	45	121		121	76
1990	1.100	235	193		193	-42
1991	1.200	100	256		256	156
1992	1.500	300	438	300	738	438
1993	1.950	450	323	50	373	-77
1994	1.750	-200	127		127	327
1988-94		1.050	1.562	350	1.912	862

Schätzungen des Bundesministeriums des Inneren und eigene Berechnungen.

Die beiden wichtigsten Herkunftsgebiete von Asylsuchenden waren bisher die Türkei und das ehemalige Jugoslawien. Seit 1980 kam jeder dritte Asylbewerber aus einem dieser Länder: 274.000 Antragsteller aus der Türkei und 447.700 Personen aus Jugoslawien bzw. seinen Nachfolgestaaten. 1994 und 1995 machten Bewerber aus diesen beiden Herkunftsgebieten sogar 46% aller Asylanträge in Deutschland aus. Beides sind ehemalige Herkunftsstaaten von Arbeitsmigranten. Aus beiden leben inzwischen zusammen mehr als 3 Mio. Bürger in Deutschland (1995: Türkei 2,0 Mio., ehem. Jugoslawien 1,3 Mio.). Daraus ergeben sich vielfältige verwandtschaftliche und ethnische Beziehungen. Diese Netzwerke machten Deutschland als Fluchtziel vor ethnischer oder politischer Verfolgung, Bürgerkrieg, Instabilität und ökonomischer Not besonders attraktiv. Ein Teil der Antragsteller nutzte den Asylantrag als legales Eintrittstor für eine ökonomisch oder familiär motivierte Zuwanderung nach Deutschland. Diese Besonderheiten lassen es sinnvoll erscheinen, Asylbewerber aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien zusammen mit anderen Zuwanderern aus diesen

Ländern zu behandeln und sie von Asylbewerbern aus anderen Herkunftsgebieten zu unterscheiden. Sie sind deshalb in den bereits skizzierten Szenarien zukünftiger Zuwanderung aus der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens enthalten und werden im folgenden ausgeklammert.

In der Diskussion um die hohen Asylbewerberzahlen der Jahre 1991-93 wurden diese oft als Nettozuwanderung interpretiert. Tatsächlich gab und gibt es jedoch eine beträchtliche Rück- und Weiterwanderung von Asylbewerbern. Allerdings ist diese weder aus der Wanderungsstatistik noch aus der veröffentlichten Zahl anwesender Asylbewerber explizit zu entnehmen. Eine Gegenüberstellung des vom Bundesinnenministerium geschätzten Bestandes an Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen und deren Angehörigen sowie der beiden wichtigsten Zugangskategorien - Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge⁹ - macht deutlich: Im Zeitraum 1988-94 war der Zugang von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen fast doppelt so hoch wie der tatsächliche bzw. amtlich geschätzte Zuwachs der Flüchtlingsbevölkerung in Deutschland. Daneben gab es noch andere Zugänge von Personengruppen, deren Zahl jedoch quantitativ weniger ins Gewicht fällt: darunter bereits im Ausland anerkannte Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge,¹⁰ einige wenige De-facto-Flüchtlinge, die in Deutschland keinen Asylantrag stellten, sowie später nachgeholt Familienangehörige von anerkannten Flüchtlingen. Abgänge aus dem Bestand an Asylbewerbern erklären sich vor allem durch Fortzug aus Deutschland (u.a. durch Entzug der Aufenthaltsgenehmigung sowie durch Abschiebung abgelehnter Asylbewerber), aber auch durch Untertauchen in die Illegalität. Wieviele Asylbewerber welchen dieser beiden Wege gehen, wissen wir nicht.

Die Dynamik von Asylbewerbungen und Rückwanderungen läßt sich am Beispiel einzelner Länder konkret nachvollziehen. Aus Rumänien kamen 1989-94 mehr als 16% aller Asylbewerber. Es war damit nach der Türkei und (Ex-)Jugoslawien das drittichtigste Herkunftsland. Zwei Drittel aller Rumänen, die 1989-94 (nicht als Aussiedler) nach Deutschland emigrierten, stellten hier einen Asylantrag. Mit der Neuregelung des deutschen Asylrechts wurde Rumänien als sicherer Herkunftsstaat eingestuft. Die Zahl rumänischer Asylbewerber ging daraufhin bereits 1994 stark zurück und lag 1995 nur noch bei 3.541 Personen. Die Anerkennungsquote rumänischer Asylbewerber lag 1992 bei 0,14% und in den folgenden Jahren unter 0,1%.

Ein beträchtlicher Teil der rumänischen Asylbewerber und Zuwanderer der Jahre 1989-94 befindet sich inzwischen offenbar nicht mehr in Deutschland. Die Fortzüge in diesem Zeitraum waren fast genauso hoch wie der Zustrom von Asylbewerbern. Ausschlaggebend dafür waren zwischenstaatliche Abkommen, die die Rücknahme abgelehnter Asylbewerber durch Rumänien und finanzielle Hilfe für deren Wiedereingliederung im Herkunftsland

⁹ Die Schätzung des Bundesinnenministeriums zum Bestand von Asylbewerbern und Flüchtlingen unterschiedlicher Kategorien beruht auf Daten des Ausländerzentralregisters und einer Länderbefragung zu Bürgerkriegsflüchtlingen. Für die im Gesamtbestand an Asylbewerbern und Flüchtlingen enthaltene Schätzung von 130.000 Familienangehörigen von Asylberechtigten läßt sich keine weitere Quelle angeben. In der Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge sind ca. 25.000 Personen aus Bosnien-Herzegowina enthalten, die einen Asylantrag gestellt haben (siehe Presseveröffentlichung des Bundesministeriums des Inneren BMI-A5-936040/15. Januar 1995).

¹⁰ Der größte Teil der sog. Kontingentflüchtlinge in Deutschland stammen nicht aus einem mit dem UNHCR vereinbarten Kontingent; es handelt sich vielmehr um jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (1990-1996: 52.000), die in Deutschland ohne Einzelfallprüfung Aufnahme fanden.

vorsahen.¹¹ Der Netto-Wanderungsgewinn dieser Periode machte weniger als ein Drittel der Brutto-Zuwanderung aus.

Tabelle 11: Asylbewerber aus Rumänien sowie Wanderungen von Rumänen von und nach Deutschland, 1989-95

Jahr	Asylbewerber	Zuzüge, ges. in 1.000 Personen	Fortzüge	Wanderungssaldo
1989	3.121	14.192	3.480	10.712
1990	22.114	78.152	15.751	62.401
1991	40.504	61.413	30.208	31.205
1992	103.787	109.816	51.864	57.952
1993	73.717	81.606	101.863	-20.257
1994	9.581	31.380	43.996	-12.616
1995	3.522	24.814	25.159	-345
1989-95	256.346	401.373	272.321	129.052

Daten: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium des Inneren

Das Ausmaß der gesamten Rückwanderung von Asylbewerbern läßt sich nicht genau bestimmen. Das Beispiel Rumänien und die Schätzungen zum Bestand von Flüchtlingen in Deutschland legen jedoch den Schluß nahe, daß die Rück- und Weiterwanderung von Asylbewerbern größer ist als die Zahl der abgeschobenen Bewerber (1993 und 1994 jeweils ca. 36.000 Personen).¹²

Der zukünftige Zustrom von Asylbewerbern hängt von vielen Faktoren ab, die nicht in vollem Umfang vorhersehbar sind. Die Eskalation ethnischer und politischer Konflikte in der "Dritten Welt" oder in Teilen Osteuropas könnte verstärkt als Fluchtursache wirken. Dies ist sogar in einigen Ländern denkbar, die heute als sichere Herkunftsstaaten gelten. Potentielle Immigranten, die den Asylantrag als legales Eintrittstor nach Deutschland nutzen wollten, werden unter Umständen neue Wege finden, bestehende Regelungen zu umgehen. Schlepperorganisationen haben sich auf die Vermarktung entsprechender Leistungen spezialisiert.

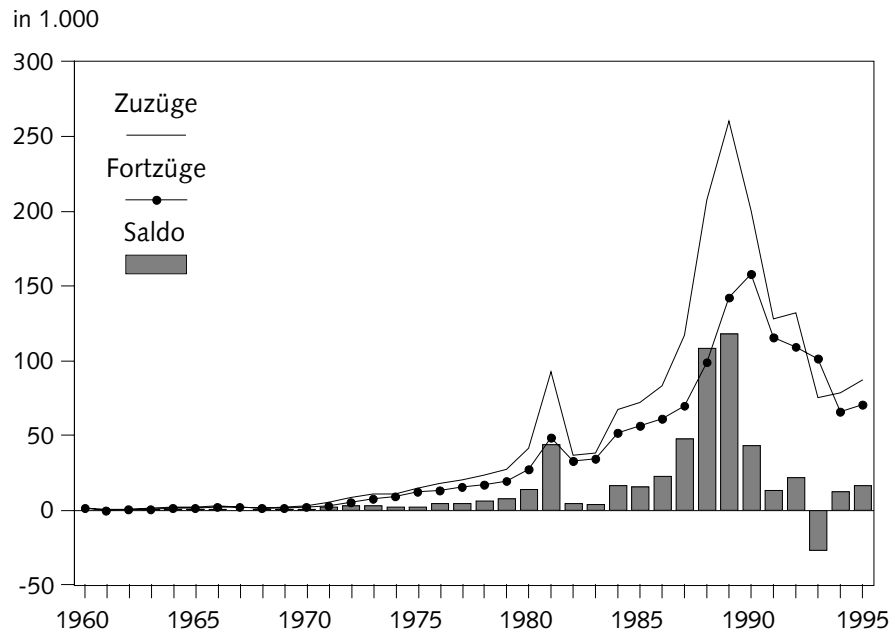
Da es unmöglich war, die Rückwanderung von Asylbewerbern in der Gesamtsumme der Fortzüge aus Deutschland zu identifizieren, treffen die hier diskutierten Szenarien nur Annahmen über den Brutto-Zuzug von Asylbewerbern. Soweit die Fortzüge von Asylbewerbern überhaupt in der deutschen Wanderungsstatistik sichtbar werden, sind sie in der im darauffolgenden Abschnitt behandelten Restkategorie enthalten. Klammert man die Türkei und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens aus, dann ergibt sich für das mittlere Szenario ein durchschnittlicher jährlicher Zuzug von 70.000 "sonstigen" Asylbewerbern. Dies entspricht annähernd den Werten der Jahre 1994/95. Als niedriges Szenario sind 30.000 Personen jährlich denkbar. Unter extremen Bedingungen (z.B. gravierende ökonomische Not, ein ökologisches Desaster in einem nahegelegenen Staat Ostmitteleuropas oder ein größerer Bürgerkrieg in Teilen Rußlands) wären für einige Jahre, aber zweifellos nicht für die gesamte Periode, Asylbewerber-Zuzüge wie 1992/93 anzunehmen. Für das hohe Szenario wurden daher im Jahresdurchschnitt 110.000 Personen angesetzt.

¹¹ Es gibt allerdings keinen Hinweis darauf, daß die Geldleistungen seitens der Bundesrepublik Deutschland den repatriierten Asylbewerbern (überwiegend Angehörige der Roma-Minderheit) tatsächlich zugute kamen.

¹² Laut Mitteilung des BMI.

Nach den Wanderungen mit dem EU-Ausland, der Türkei und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, sowie dem Brutto-Zuzug von Asylbewerbern verbleibt eine äußerst heterogene *Restgruppe* (fünfte Gruppe) von Wanderungsbewegungen. Sie enthält neben den bereits diskutierten Rückwanderungen von Asylbewerbern eine Vielzahl von quantitativ kleineren Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und einigen Staaten - z.B. Polen -, die erst in den letzten Jahren an Bedeutung gewannen.

Abbildung 16: Wanderung polnischer Bürger (ohne Aussiedler) von und nach Deutschland, 1960-95



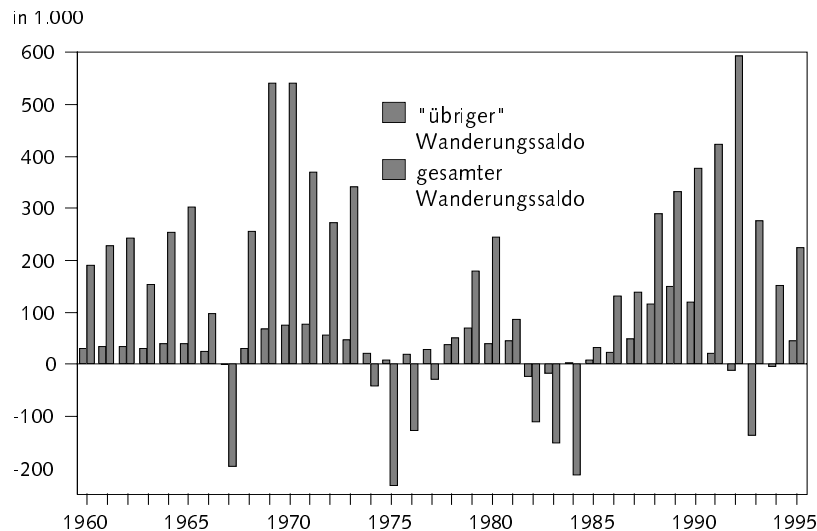
Daten: Statistisches Bundesamt

Polen wurde erst Ende der 80er Jahre zu einem wichtigen Herkunftsland von Zuwanderern nach Deutschland. Abgesehen von volksdeutschen Aussiedlern kamen zwischen 1960 und 1983 insgesamt nur 109.000 Polen auf Dauer nach Deutschland. Seit der Lockerung der Ausreisebedingungen Mitte der 80er Jahre kam es zu einem Anstieg der jährlichen Zuwanderungen (ohne Aussiedler) auf ein Maximum von 118.000 Personen (1989). Seitdem sind die Zuwanderungen aus Polen erheblich gesunken. Gleiches gilt auch für die Rückwanderung polnischer Staatsbürger. In der Periode relativ hoher Zuwanderungen 1984-91 lag der durchschnittliche jährliche Wanderungssaldo (ohne Aussiedler) bei +48.000 Personen. Seit 1992 liegt er im Schnitt bei +3.000 Personen; 1993 war er sogar negativ (-27.000; Abbildung 16).

Nach Aufhebung der in mittel- und osteuropäischen Staaten bestehenden Reisebeschränkungen erlebte Deutschland seit Ende der 80er Jahre verstärkte Zuzügen aus diesen Ländern. Das Beispiel Polen belegt, daß diese Migrationsbewegungen jedoch zu einem wesentlichen Teil nur zu einem relativ kurzen Aufenthalt in Deutschland führten (vor allem Saisonarbeiter, Kontraktarbeiter).

Die Analyse von Wanderungen der hier gebildeten Restkategorie im Vergleich zum gesamten Wanderungssaldo Deutschlands zeigt, daß diese Wanderungen bis Ende der 80er Jahre nur eine untergeordnete Rolle spielen. Danach erhöhten die Zuwanderungen aus Mittel- und Osteuropa das Gewicht dieser Gruppe. Der negative Wanderungssaldo dieser Gruppe im Jahre 1993 erklärt sich vor allem durch die Fortzüge von Asylbewerbern (ohne türkische und ex-jugoslawische Asylbewerber, deren Abwanderung bereits in den Berechnungen für diese beiden Länder berücksichtigt wurden).

Abbildung 17: Wanderungssaldo der "übrigen" Wanderungen und Gesamtwanderungssaldo (nur Ausländer), 1960-95



Daten: Statistisches Bundesamt

Insgesamt trugen die hier zusammengefaßten "übrigen" Wanderungen im Zeitraum 1960-94 ca. ein Fünftel zum Wanderungssaldo der Bundesrepublik Deutschland bei. Der durchschnittliche jährliche Wanderungssaldo dieser Residualgröße lag für diese gesamte Periode bei +33.000 Personen pro Jahr. Für die Zeit seit 1986 lag er bei +36.000 Personen. Dieser Durchschnitt ist jedoch von den negativen Werten der Jahre 1992/93 beeinflusst. Als mittleres Szenario für diese Gruppe wurden deshalb +40.000 Personen pro Jahr angenommen. Es ist auch im niedrigen Szenario kaum vorstellbar, daß pro Jahr weniger als 30.000 Personen dieser Kategorie nach Deutschland kommen. Das obere Szenario rechnet mit einem Wanderungssaldo von +60.000 Personen pro Jahr.

Eine Addition der hier entwickelten Annahmen für die fünf analysierten Wanderungsströme ergibt einen angenommenen jährlichen Wanderungssaldo für Ausländer insgesamt.¹³

3.2 Vier Szenarien der Entwicklung bis 2030

Die Zusammenfassung der jeweils getrennt analysierten Wanderungsbewegungen führt zu folgenden drei Szenarien zukünftiger Zuwanderung nach Deutschland:

- Das *mittlere*, unserer Meinung nach wahrscheinlichste Szenario nimmt eine jährliche Nettozuwanderung von 190.000 Ausländern an.
- Ein *niedriges Szenario* rechnet mit einem Überschuß von 80.000 zuwandernden Ausländern pro Jahr.
- Ein *hohes Szenario* geht von einer jährlichen Netto-Zuwanderung von 300.000 Ausländern aus.

Ein Vergleich der aggregierten Wanderungsannahmen mit den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte (vgl. Tabelle 13) ermöglicht eine Einordnung der getroffenen Annahmen. Der von

¹³ Dies gilt allerdings nicht für Asylbewerber (ohne Türkei und Ex-Jugoslawien). Für sie wurde ein Brutto-Zuzug angenommen. Die Rückwanderung von Asylbewerbern ist im Saldo der restlichen Außenwanderungen mit enthalten.

uns als wahrscheinlichste Entwicklung unterstellte Verlauf (mittleres Szenario) liegt geringfügig über dem Gesamtdurchschnitt der letzten 35 Jahre, jedoch deutlich unter der Werten der Periode 1986-1995. Dies ergibt sich aus dem angenommenen Rückgang der Zuzüge aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, dem unterstellten Ausbleiben großer Zuströme aus Ostmittel- und Osteuropa (inkl. GUS-Staaten) und durch die Annahme weiterhin niedriger Asylbewerberzahlen auf dem Niveau der Jahre 1994/95. Mit größeren Wanderungsströmen im Gefolge von militärischen Auseinandersetzungen oder Bürgerkriegen wird dabei nicht gerechnet.

Tabelle 12: Zusammenfassung der Wanderungsannahmen bis 2030

	niedriges	mittleres	hohes
	Wanderungsszenario		
	in 1.000 Personen pro Jahr		
Saldo EU-Staaten	0	20	30
Saldo Türkei	10	30	50
Saldo Ex-Jugoslawien	10	30	50
Zuzug Asylbewerber ohne Türkei u. Ex-Jugoslawien	30	70	110
Saldo restl. Außenwanderung	30	40	60
Wanderungssaldo Ausländer, ges.	80	190	300

Deutlich unter den Werten der späten 80er und frühen 90er Jahre liegen die Annahmen für das niedrige Szenario. Es geht von netto +80.000 Personen pro Jahr aus und bewegt sich damit in der Größenordnung des westdeutschen Wanderungssaldos zwischen Mitte der 70er Jahre und Mitte der 80er Jahre. In dieser Periode war sowohl eine Phase der Netto-Zuwanderung, als auch - bedingt durch die Rezession Anfang der 80er Jahre - eine Phase mit Netto-Wanderungsverlusten enthalten.

Folgende Überlegung ist dabei ausschlaggebend. Durch die Herkunft und Größe der heute bereits in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung und die bestehenden ethnischen und familiären Netzwerke kann ein bestimmtes Niveau des weiteren Zuzugs von Familienangehörigen nicht unterschritten werden. Auch eine Abschwächung der Attraktivität Deutschlands als Wanderungsziel durch eine geringe oder völlig ausbleibende Arbeitskräftenachfrage und eine restriktivere Handhabung aller Zuwanderungsbestimmungen, würde die jährliche Netto-Zuwanderung kaum unter 80.000 Personen reduzieren können. Demgegenüber liegt das hohe Szenario mit einer Netto-Zuwanderung von 300.000 Personen pro Jahr nahe am Durchschnitt der Jahre 1986-1995. Allerdings liegt auch das hohe Szenario unter dem Niveau der Netto-Zuwanderungen, die während der zweiten Anwerbephase (1968-73) in Westdeutschland kurzzeitig erreicht wurden.

Die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung von Zuwanderung durch die deutsche Öffentlichkeit werden die Anstrengungen des politischen Systems zur Kontrolle von Migration auch in Zukunft beeinflussen. Dabei ist anzunehmen, daß dies nicht nur die Zuwanderung von Ausländern trifft, sondern ebenso den Zuzug von Spätaussiedlern. Deshalb war es für die Projektion der deutschen Bevölkerung notwendig, auch Annahmen über den weiteren Zuzug von Deutschen zu treffen. Dabei wurde für das mittlere Szenario eine Zuwanderung unter dem gegenwärtigen Niveau (1996: 178.000 Aussiedler) angenommen. Bis 2010 rechnet das mittlere Szenario mit 100.000 Aussiedlern pro Jahr. Danach nehmen wir bis zum Jahr 2015 eine Verringerung auf 50.000 Personen jährlich an. Für das niedrige Zuwanderungsszenario wurde bereits für die nächsten Jahre eine Begrenzung des Aussiedlerzuzugs auf 50.000 Personen angenommen und ab 2010 derselbe Verlauf wie im mittleren Szenario unterstellt.

Tabelle 13: Wanderungen von Ausländern von und nach Deutschland

Periode	Saldo	ø pro Jahr
	in 1.000 Personen	
1960-65	1.375,1	229,2
1966-67	-100,3	-100,3
1968-73	2.324,9	387,5
1974-77	-432,3	-108,1
1978-80	475,1	158,4
1981-85	-360,0	-72,0
1986-95	2.938,1	293,8
1960-95	6.220,5	171,3
1996-2030		
niedriges Szenario	2.800	80
mittleres Szenario	6.650	190
hohes Szenario	10.900	300

Errechnet nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

Im hohen Szenario würde die öffentliche Akzeptanz für Zuwanderung in Deutschland erheblich wachsen, oder eine größere Zahl von Menschen würde vor Konflikten oder Verfolgung nach Deutschland fliehen. Wenn dies in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion geschähe, dann wäre auch ein Anstieg des Zuzugs von Aussiedlern und ihren nicht-deutschen Angehörigen nach Deutschland denkbar. Für diesen Fall (hohes Szenario) haben wir einen Anstieg auf durchschnittlich 220.000 Personen jährlich angenommen.

Zieht man den Zuzug von Spätaussiedlern vom internationalen Wanderungssaldo der Deutschen ab, dann bleibt – trotz der Netto-Abwanderung von Einheimischen – ein Wanderungsgewinn. Unsere Projektion geht dabei von einem jährlichen Wanderungsverlust von 30.000 einheimischen Deutschen (ohne Aussiedler) aus.

Von Einfluß auf die Zahl der Inländer in Deutschland sind nicht nur der Aussiedlerzuzug und die Abwanderung von Bundesbürgern ins Ausland, sondern sehr wesentlich auch die Zahl der Einbürgerungen von Ausländern. Zwar ändert sie nichts an der Größe der in Deutschland lebenden Bevölkerung, sehr wohl aber an der Relation von Ausländern und Deutschen. Wir nehmen für alle drei Wanderungsszenarien eine jährliche Einbürgerung von 60.000 Ausländern an. Ein viertes Szenario rechnet mit doppelt so vielen Einbürgerungen (120.000 pro Jahr) wie die anderen Szenarien und geht sonst von den Annahmen des mittleren Szenarios aus.

Für Ausländer, Aussiedler und deutsche Staatsbürger kommt das mittlere Szenario ab 2015 auf einen jährlichen Wanderungsgewinn von insgesamt 210.000 Personen, das hohe Szenario sogar auf 340.000 Personen (vgl. Tabelle 14). Das niedrige Szenario rechnet hingegen nur mit einem Saldo von 110.000 Personen pro Jahr.

Tabelle 14: Zusammenfassung der Annahmen zu internationalen Wanderungen von Ausländern und Deutschen und zu Einbürgerungen

	niedriges	mittleres	hohes	Einbürgerungs- szenario
	Wanderungsszenario in 1.000 Personen jährlich			
Wanderungssaldo von Ausländern	80	190	300	190
Zuzug von Aussiedlern	50	100	220	100
Wanderungssaldo einheim. Deutscher	-30	-30	-30	-30
Wanderungssaldo von Deutschen (2000-15)	20	70	190	70
Wanderungssaldo gesamt (bis 2015)	100	260	490	260
Wanderungssaldo gesamt (ab 2015)	110	210	340	210
Einbürgerung von Ausländern	60	60	60	120
Saldo Ausländer: Wandg. – Einbürg.	20	130	240	70
Saldo Deutsche: Wandg. + Einbürg. (2000 –15)	80	130	250	190

3.3 Annahmen zu Fruchtbarkeit und Sterblichkeit

Die Annahmen zu Fruchtbarkeit und Sterblichkeit haben für die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung geringeren Einfluß als die Wanderungsannahmen. Da sich unser Interesse auf die Auswirkung von Zuwanderung konzentriert, haben wir zur zukünftigen Entwicklung von Fruchtbarkeit und Sterblichkeit in allen drei Szenarien gleiche Annahmen getroffen.

Für die Annahmen zur Fruchtbarkeit ist zu berücksichtigen, daß eheliche Kinder mit ausländischer Mutter und deutschem Vater automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Dies betraf 1994 jedes fünfte ehelich geborene Kind einer ausländischen Mutter bzw. 17,7% aller Kinder ausländischer Mütter. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate deutscher Mütter lag in diesem Jahr bei 1,2 Kindern je Frau, jene der ausländischen Mütter bei 1,5 Kindern.¹⁴

Die Gesamtfruchtbarkeitsrate der deutschen Bevölkerung (= 1,2 Kinder pro Frau; einschließlich deutscher Lebendgeborener mit ausländischer Mutter) wurde für die Projektion der deutschen Bevölkerung (einschl. Aussiedler) – ähnlich den Annahmen der offiziellen

¹⁴ Geht man von der Staatsbürgerschaft der Lebendgeborenen aus, so muß man bei ausländischen Müttern die Kinder deutscher Väter abziehen. Es ergibt sich damit für sie ein Rechenwert von 1,3 ausländischen Kindern und 0,2 inländischen Kindern pro ausländischer Frau.

Bevölkerungsvorausschätzung des *Bundesministeriums des Inneren* – für den Projektionszeitraum als konstant angenommen (Bundesministerium des Inneren 1996).

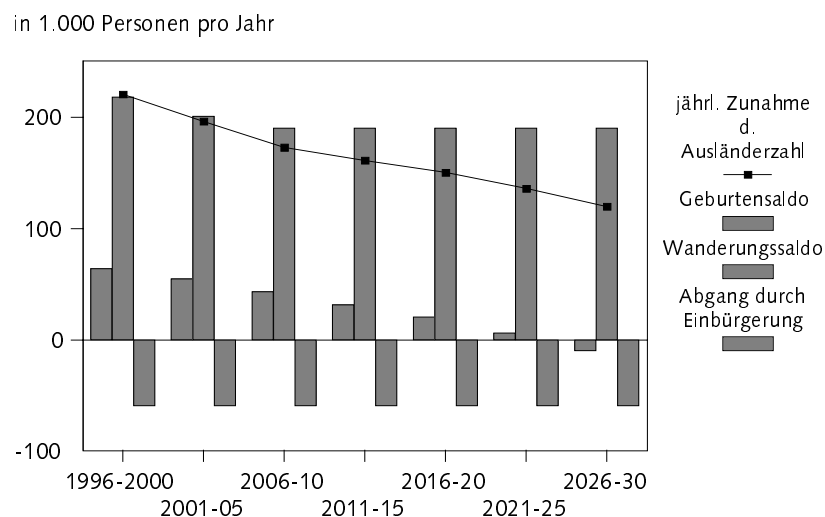
Bei Ausländerinnen wurde ein Rückgang der Gesamtfruchtbarkeitsrate von dem (für 1994 geschätzten) Ausgangsniveau von ausländischen 1,3 Kindern je Frau auf 1,2 Kinder im Jahre 2010 angenommen. Dies unterstellt eine weitere Angleichung der Fruchtbarkeit von Immigrantinnen an jene der Westdeutschen, aber auch einen weiteren Rückgang der Fruchtbarkeit in relevanten Herkunftsländern.¹⁵ Für die Projektion der türkischen Bevölkerung wurde eine Stabilisierung der Gesamtfruchtbarkeitsrate bei 2,0 im Jahre 2010 angenommen. Für Bürger der Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der EU-Staaten wurden 0,8 Geburten mit ausländischer Staatsbürgerschaft je Frau ab 2010 unterstellt.

Für die Sterblichkeit nehmen wir an, daß die Lebenserwartung deutscher und ausländischer Männer bis zum Jahr 2020 auf 75 Jahre und die der Frauen auf 80 Jahre steigen wird. Danach bleibt die Sterblichkeit der Inländer wie der Ausländer in allen Szenarien konstant.

4 ERGEBNISSE DER PROJEKTIONEN BIS 2030

Die getroffenen Annahmen über zukünftige Wanderungen, sowie über Fruchtbarkeit und Sterblichkeit bestimmen die Bevölkerungsdynamik der ausländischen Bevölkerung. Es ist absehbar, daß nicht nur der Wanderungsgewinn, sondern auch ein beträchtlicher Geburtenüberschuß zumindest eine zeitlang zum zukünftigen Wachstum der ausländischen Bevölkerung beitragen wird. Die Ergebnisse unserer Projektionen ermöglichen es, den spezifischen Beitrag beider Komponenten näher zu bestimmen.

Abbildung 18: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Ausländer, mittleres Szenario



Eigene Berechnungen

Mitte der 90er Jahre trug der Geburtenüberschuß knapp ein Viertel zum Wachstum der ausländischen Bevölkerung bei. Im *mittleren*, also wahrscheinlichsten *Szenario* unserer Prognose steigt die absolute Zahl der Geburten von ausländischen Kindern geringfügig an.

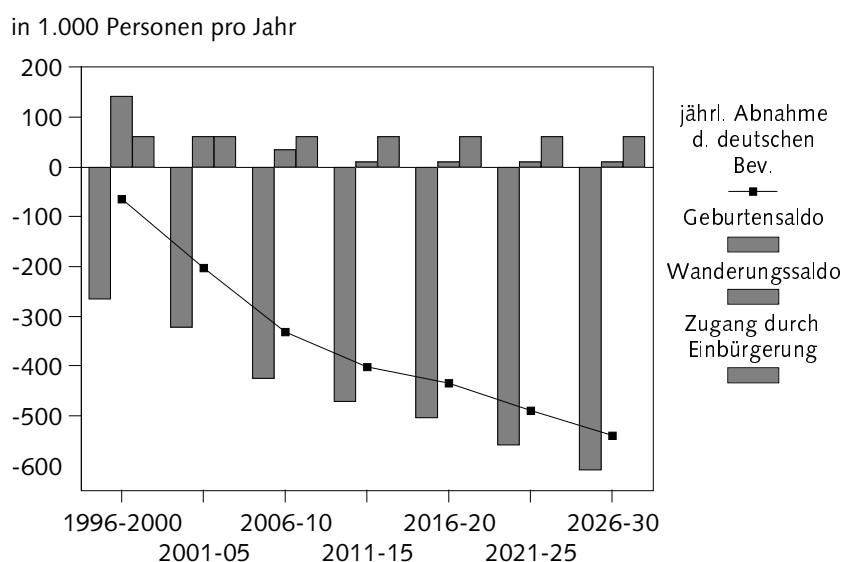
¹⁵ Zu ähnlichen Annahmen kommt Erika Schulz (1990).

Die Zahl der Sterbefälle steigt jedoch noch schneller; das Geburtensaldo sinkt (vgl. Abbildung 18). Dies ist vor allem ein Folge der Zuwanderung von Frauen im reproduktionsfähigen Alter; die Kinderzahl je Frau sinkt dagegen leicht.

Durch die Alterung der ausländischen Bevölkerung wird die Zahl der jährlichen Sterbefälle in den nächsten Jahrzehnten viel schneller steigen als die der Geburten. Erstere erreicht am Ende des Prognosezeitraumes (2030) mit über 107.000 Sterbefällen mehr als das Vierfache des Ausgangsniveaus. Der Geburtenüberschuß der ausländischen Bevölkerung (64.000 Personen pro Jahr in der zweiten Hälfte der 90er Jahre) schrumpft bis ca. 2027 auf Null. Danach übersteigt die jährliche Zahl der Sterbefälle von Ausländern jene der Geburten. In den letzten fünf Jahren des Prognosezeitraumes wird das Geburtendefizit der Ausländer im mittleren Szenario bei 10.000 Personen pro Jahr liegen (2026-2030). Dementsprechend sinkt der prognostizierte Zuwachs an ausländischer Bevölkerung (Wanderungssaldo plus Geburtensaldo minus Einbürgerungen) von 221.000 pro Jahr (1996-2000) auf 120.000 pro Jahr (2026-30).

Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung ist bereits seit Anfang der 70er Jahre durch einen Überschuß der Sterbefälle geprägt. Er liegt zum Beginn des Prognosezeitraumes bei -265.000 Personen pro Jahr (Abbildung 19). Bei der anhaltend geringen Fruchtbarkeit wird dieses Geburtendefizit weiter ansteigen. In Relation dazu sind die Wanderungsgewinne durch Aussiedler derzeit und in den kommenden Jahren gering: Auch Einbürgerungen (auf derzeitigem Niveau) können das Geburtendefizit nicht kompensieren. Als Folge dieser Entwicklungen nimmt die deutsche Bevölkerung stark ab (Tabelle 15). Derzeit reduziert sich die Zahl der deutschen Staatsbürger um 63.000 pro Jahr. Diese Minus wird sich bis zum Jahr 2030 auf -540.000 pro Jahr vergrößern. Neben sinkenden Aussiedlerzahlen und geringer Einbürgerungsrate sind dafür in zunehmendem Maße auch die sich verändernde Altersstruktur, die dadurch wachsende Zahl der Sterbefälle und die sinkenden Zahl potentieller Eltern verantwortlich.

Abbildung 19: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Deutsche, mittleres Szenario

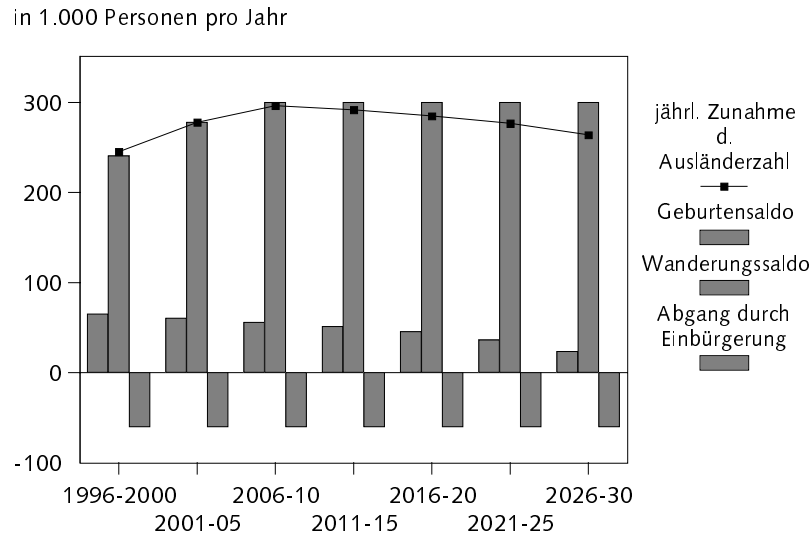


Eigene Berechnungen

Das *hohe Szenario* der Prognose (Abbildung 20) verdeutlicht die Auswirkungen höherer Zuwanderungen. Als Folge eines stärkeren Zuzugs junger Erwachsener steigen die ausländischen Geburten deutlich an. Auch in diesem Fall verringert sich der Geburtenüberschuss der ausländischen Bevölkerung erheblich. Am Ende des Prognose-

zeitraumes wird das Wachstum der ausländischen Bevölkerung vor allem durch Wanderungsgewinne getragen. Im hohen Szenario sinkt der jährliche Zuwachs an Ausländern in Deutschland ab 2005. Er liegt aber am Ende der betrachteten Periode (+264.000 Personen pro Jahr) noch über dem Ausgangswert (1996-2000: +245.000 Personen pro Jahr).

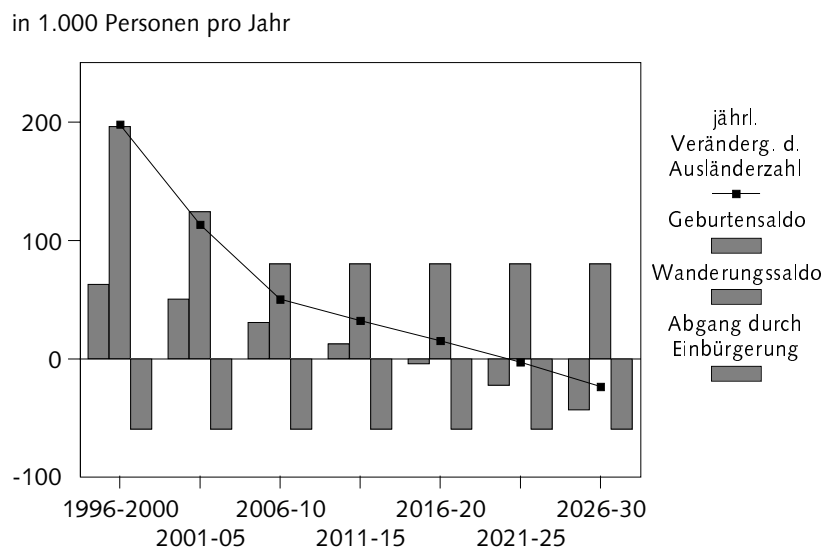
Abbildung 20: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Ausländer, hohes Szenario



Eigene Berechnungen

Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung ist im hohen Szenario jener im mittleren Szenario sehr ähnlich. Zwar bleibt hier ein substantieller Wanderungsgewinn durch den angenommenen höheren Aussiedlerzuzug länger bestehen (ab 2010: ca. 34.000 Personen jährlich). Doch dieser Faktor ist auch zusammen mit dem Zuwachs durch Einbürgerungen viel zu gering, um den Sterbefallüberschuß der Deutschen auszugleichen.

Abbildung 21: Komponenten der Bevölkerungsentwicklung: Ausländer, niedriges Szenario



Eigene Berechnungen

Im hohen Szenario reduziert sich die Zahl der deutschen Staatsbürger anfangs (1996-2000) um nur 13.000 Personen pro Jahr, gegen Ende des Prognosezeitraumes (2026-2030) aber bereits um 503.000 pro Jahr.

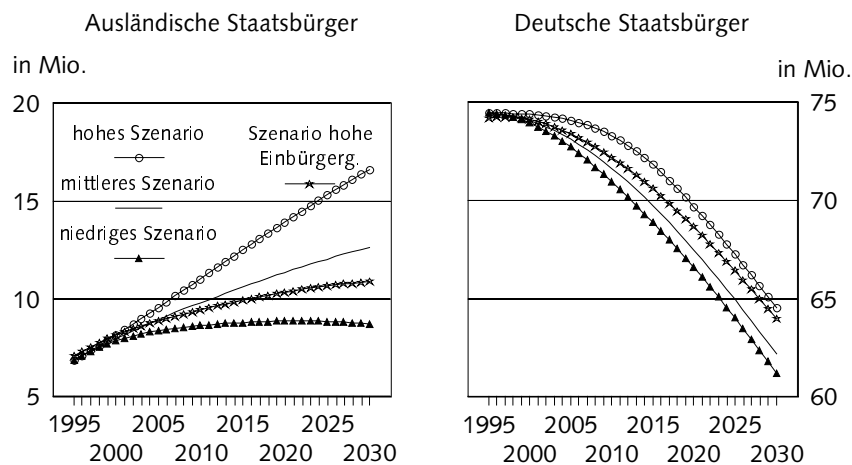
Bei deutlich geringeren Zuwanderungen (*niedriges Szenario*, Abbildung 21) würde die Zahl der ausländischen Geburten im Verlauf der nächsten Jahrzehnte absolut zurückgehen. Um 2015 wären Geburten und Sterbefälle ausgeglichen. Danach würde das Geburtendefizit der Ausländer bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf über 24.000 Personen jährlich ansteigen. Damit wäre die demographische Situation der ausländischen Bevölkerung nach 2015 eine ähnliche wie jene der deutschen Bevölkerung Anfang der 70er Jahre. In diesem Szenario käme es um 2020 zunächst zur Stagnation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland, danach trotz Zuwanderung zu einem Rückgang (2026-2030: -44.000 Personen pro Jahr).

Unsere Prognose macht deutlich: In Deutschland wird es in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu einem beträchtlichen Anstieg der ausländischen Bevölkerung kommen. Dies wird selbst dann der Fall sein, wenn die zukünftigen Zuwanderungen deutlich zurückgehen. Dies ist das zentrale Ergebnis unserer Bevölkerungsvorausschätzungen (Tabelle 15). Selbst im niedrigen Szenario wächst die ausländische Bevölkerung noch um fast 2 Millionen Menschen, bevor sie ab 2020 wieder etwas zurückgeht.

Nach dem aus heutiger Sicht wahrscheinlichsten Fall (*mittleres Szenario*) hätte Deutschland im Jahre 2015 10,6 Mio. Einwohner ohne deutschen Paß. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung läge dann bei 13,2%.

Bei Fortsetzung der angenommenen Konstellation von Zuwanderung, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit würde sich das Wachstum der ausländische Bevölkerung in den darauffolgenden Jahren etwas verlangsamen. Im Jahre 2030 würden 12,6 Mio. Ausländer in Deutschland leben. Ihr Bevölkerungsanteil würde im Bundesdurchschnitt auf 17% steigen.

Abbildung 22: Zukünftige Entwicklung der in- und ausländischen Bevölkerung in Deutschland 1995-2030, vier Szenarien



Eigene Berechnungen

Auch bei vergleichsweise geringen Zuwanderungen (*niedriges Szenario*) würde die ausländische Bevölkerung in Deutschland in den nächsten 20 Jahren noch um über 20% wachsen (Tabelle 15). Die Ausländer würden damit im Jahr 2015 einen Bevölkerungsanteil von 11,3% erreichen.

Tabelle 15: Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland bis 2030

	niedriges Wanderungsszenario	mittleres	hohes	Einbürgerungs- szenario
	in 1.000			
<i>Ausländer</i>				
1995	7.118	7.118	7.118	7.118
2015	8.801	10.618	12.496	9.933
2030	8.739	12.649	16.626	10.894
<i>Deutsche</i>				
1995	74.165	74.165	74.165	74.165
2015	68.878	69.747	71.830	70.432
2030	61.216	62.197	64.554	63.952
<i>Gesamt</i>				
1995	81.283	81.283	81.283	81.283
2015	77.679	80.365	84.326	80.365
2030	69.955	74.846	81.180	74.846
<i>Ausländer in % der Gesamtbevölkerung Deutschlands</i>				
1995	8,8	8,8	8,8	8,8
2015	11,3	13,2	14,8	12,4
2030	12,5	16,9	20,5	14,6

Eigene Schätzungen und Berechnungen.

Obwohl die absolute Zahl der Ausländer im niedrigen Szenario ab 2020 leicht sinkt (2030: 8,7 Mio.), würde ihr Anteil an der Bevölkerung auch nach diesem Jahr weiter steigen, weil die deutsche Bevölkerung auf jeden Fall noch schneller schrumpfen wird. Im Jahre 2030 wäre der Ausländeranteil mit 12,5% fast doppelt so groß wie heute.

Sollte die Zuwanderung von Ausländern zukünftig so bleiben wie in den letzten 10 Jahren (*hohes Szenario*), dann hätte Deutschland im Jahr 2030 knapp 17 Mio. Bürger ohne deutschen Paß. Gleichzeitig würde der Ausländeranteil bis 2030 stark steigen (21%).

Das *vierte Szenario* geht von einer deutlich höheren Einbürgerung und den Wanderungsannahmen des mittleren Szenarios aus. In diesem Fall würde die Größe der ausländischen Bevölkerung bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes nur auf 10,9 Mio. ansteigen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung würde dann knapp 15% betragen (Tabelle 15).

Tabelle 16: Vergleich der Ergebnisse verschiedener Projektionen der Gesamtbevölkerung in Deutschland für das Jahr 2030

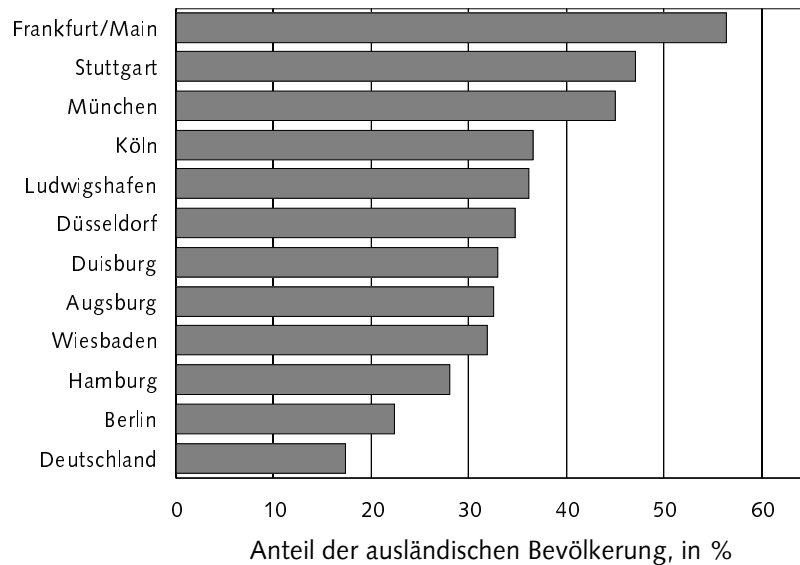
		2030
Ergebnisse Münz/Ulrich	niedriges Szenario	70,0
	mittleres Szenario	74,8
	hohes Szenario	81,2
Bundesministerium des Inneren (1996)	geringe Zuwanderung	70,0
	mittlere Zuwanderung	74,3
	hohe Zuwanderung	78,4
DIW	mit Wandg.	75,7
	ohne Wandg.	67,4

Daten: eigene Berechnungen; Bundesministerium des Inneren 1996; Schulz 1995

Die Einwohnerzahl Deutschlands (Ausländer und Deutsche) wird ab 2015 in jedem der von uns angenommenen Fälle sinken. Dafür ist in erster Linie das starke Geburtendefizit der Deutschen verantwortlich. Auch im hohen Szenario kann die starke Zuwanderung dieses Defizit nur bis in das zweite Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts ausgleichen.

Nach dem mittleren, also wahrscheinlichsten Szenario werden im Jahr 2030 nur noch 75 Mio. Menschen in Deutschland leben. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch andere Bevölkerungsprojektionen (Tabelle 16).

Abbildung 23: Anteil der ausländischen Bevölkerung in ausgewählten Städten, 2030 (mittleres Szenario), in %



Eigene Berechnungen

Das Wachstum der ausländischen Bevölkerung wird nicht in allen Regionen der Bundesrepublik gleichermaßen stattfinden (vgl. Abschnitt 4.3). Unter der Annahme, daß sich die derzeitige Siedlungsstruktur der Zuwanderer in der Bundesrepublik nicht wesentlich ändert, lassen sich zukünftige Größe und Anteil der ausländischen Bevölkerung in einigen Städten abschätzen (Abbildung 23).

In Frankfurt/Main (29,2%) war der Ausländeranteil Mitte der 90er Jahre mehr als dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt (1995: 8,8%). Unter den gegebenen Annahmen wird er nach dem mittleren Szenario bis 2030 auf fast 60% steigen. In Stuttgart und München wird zu diesem Zeitpunkt rund jeder zweite, in Berlin und Hamburg etwa jeder vierte Einwohner keinen deutschen Paß haben. In jüngeren Altersgruppen wird der Ausländeranteil auf jeden Fall deutlich höher sein. Dies wird sich vor allem in Kindergärten, Schulen und bei den Berufsanfängern bemerkbar machen.

Alle drei Szenarien zeigen eines recht deutlich: Der Geburtenüberschuß wird seine Bedeutung für das Wachstum der ausländischen Bevölkerung verlieren. Dies hat zwei Ursachen. Zum einen gleicht sich die Fruchtbarkeit der Ausländer zunehmend an jene der Deutschen an und liegt damit unter jenem Niveau, das für ein langfristiges Bevölkerungsgleichgewicht notwendig wäre (ca. 2 Kinder je Frau). Zum anderen altert nach der inländischen auch die ausländische Wohnbevölkerung. Das aber bedeutet weniger potentielle Eltern im Alter zwischen 20 und 40 Jahren, und damit - fast automatisch - weniger Kinder.

Tabelle 17: Altersstruktur der ausländischen und deutschen Bevölkerung, in %

		Unter 20 Jahre	20-60 Jahre	über 60 Jahre	Altenlast- quote ^{a)}
<i>Ausländer</i>					
	1995	24,9	69,7	5,3	7,6
	2030 niedr. Szenario	15,0	54,7	30,3	55,4
	2030 mittl. Szenario	18,5	59,4	22,2	37,3
	2030 hohes Szenario	20,3	61,8	17,9	28,9
<i>Deutsche</i>					
	1995	21,0	57,2	21,8	38,1
	2030 niedr. Szenario	15,3	49,6	35,1	70,6
	2030 mittl. Szenario	15,4	49,9	34,7	69,4
	2030 hohes Szenario	15,6	50,6	33,8	66,6

a) Personen in der Altersgruppe über 60 Jahre je 100 Personen in der Altersgruppe 20-59 Jahre.

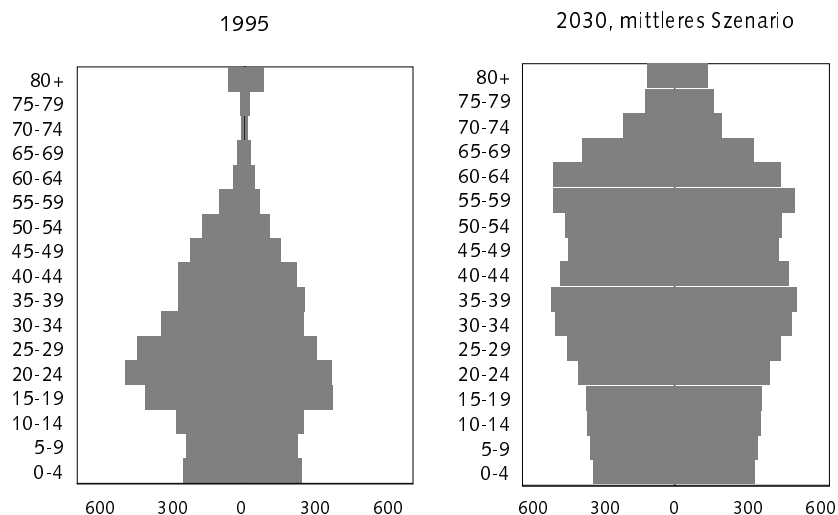
Daten: eigene Berechnungen

Die unterschiedlich starke Veränderung der Altersstruktur ergibt sich nicht zuletzt aus dem jeweiligen Niveau der Zuwanderung. Da überwiegend junge Menschen zuwandern, verlangsamt eine höhere Zuwanderung das Altern der ausländischen Bevölkerung.

1995 waren nur 5,3% der Ausländer in Deutschland über 60 Jahre alt. Nach dem mittleren Szenario wird dieser Anteil in den nächsten drei Jahrzehnten auf das Vierfache steigen und 2030 22,2% erreichen. Auch im hohen Szenario steigt der Anteil älterer Ausländer deutlich an, jedoch nur von 5,3% (1995) auf 17,9% der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2030. Bei geringer Zuwanderung (niedriges Szenario), wird am Ende des Betrachtungszeitraumes hingegen bereits fast ein Drittel der Ausländer über 60 Jahre alt sein (30,3%).

Die Veränderungen der Altersstruktur spiegeln sich am deutlichsten in der Altenlastquote wider. Sie gibt an, wieviele ältere Menschen (60+J.) auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter (20-59 Jahre) entfallen. 1995 lag die Altenlastquote der ausländischen Bevölkerung in Deutschland bei 7,6%. Nach dem mittleren Szenario wird sie bis zum Jahre 2030 auf 37,3% steigen; im niedrigen Szenario steigt sie sogar auf 55,4%.

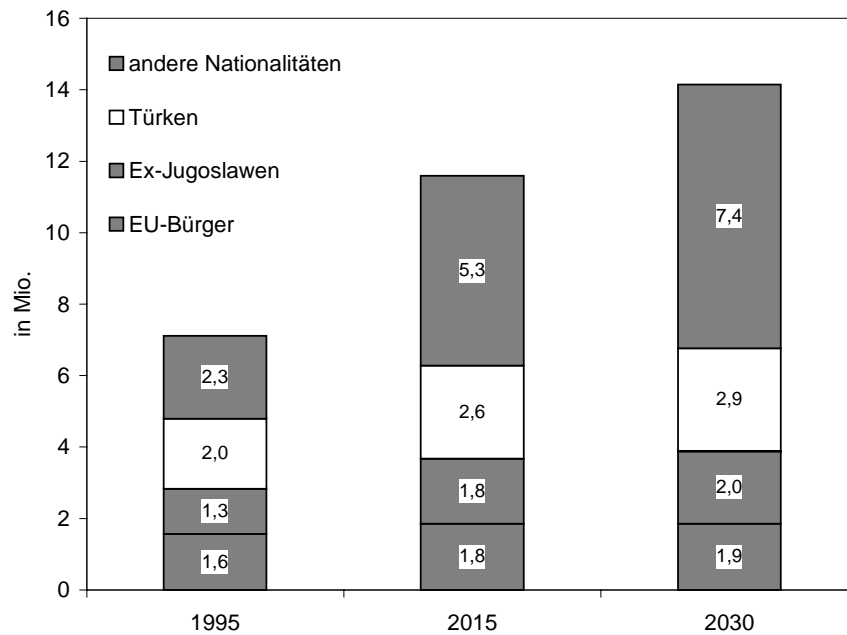
Abbildung 24: Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung, 1995 und 2030



Daten: eigene Berechnungen

Nicht nur Zahl und Anteil der Ausländer in Deutschland, sondern auch die Struktur der ausländischen Bevölkerung nach Nationalitäten werden sich in den nächsten Jahrzehnten deutlich verändern. Der Anteil der EU-Bürger an der ausländischen Bevölkerung wird von 22% (1995) auf 13% im Jahre 2030 sinken (mittleres Szenario). Der Anteil von Bürgern der Nachfolgestaaten Jugoslawiens wird in 35 Jahren ebenfalls geringer sein als heute (1995: 17,7%; 2030: 14,3%). Dies gilt etwas abgeschwächt auch für türkische Staatsbürger, die am Ende der Betrachtungsperiode einen Anteil von 20,4% haben werden (1995: 27,6%). Dabei spielt jedoch auch die derzeit relativ hohe Einbürgerungsrate türkischer Bürger ein Rolle.

Abbildung 25: Die Struktur der ausländischen Bevölkerung nach Hauptnationalitäten



Daten: eigene Berechnungen

Am stärksten wachsen wird in den kommenden Jahrzehnten voraussichtlich die Gruppe der "sonstigen Nationalitäten" (die in unserer Modellrechnung eine Residualkategorie darstellt). Ihr Anteil machte 1995 rund ein Drittel aus (32,7%) und wird 2030 über der Hälfte (52,2%) liegen (mittleres Szenario). Neben der zum Teil erst in jüngerer Zeit in Gang gekommenen Wanderungsdynamik (u.a. mit Ostmittel- und Osteuropa) spielt bei dem Wachstum dieser Gruppe vor allem die Tatsache eine Rolle, daß aufgrund der bislang kürzeren Aufenthaltsdauer in Deutschland relativ wenige Einbürgerungen auf diese Gruppe entfallen.

5 KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITIK

Wieviel Zuwanderung verträgt das Land? Wieviele Migranten können und wollen wir auf Dauer integrieren? Wievielen wollen wir Schutz gewähren? Wer heute in Deutschland oder anderswo in Westeuropa solche Fragen stellt, bekommt alles mögliche zu hören, nur keine positiven Antworten. Denn in den reichen Ländern unseres Kontinents ist die Mehrheit der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger gegen weitere Zuwanderung und gegen eine liberalere Handhabung des Asylrechts. Manche würden am liebsten auch diejenigen Zuwanderer wieder heimschicken, die in den letzten Jahrzehnten zu uns kamen, oder die wir

selbst ins Land geholt haben. Jene, die vor weiterer Zuwanderung warnen und fordern, Deutschlands Grenzen und die der anderen EU-Staaten müßten endlich dicht gemacht werden, können sich daher der Zustimmung der schweigenden Mehrheit und einer lautstarken Minderheit sicher sein. Das belegen sowohl Umfragen als auch Wahlergebnisse und eine verringerte Toleranz gegenüber Einwanderern im Alltag.

Migranten erscheinen einem Teil der Einheimischen als Bedrohung. Sie sind Auslöser von Zukunftsängsten. Und sie werden für eine Reihe von Defiziten unserer Gesellschaft verantwortlich gemacht. Häufig müssen sie dabei als Sündenböcke herhalten. Denn gewaltbereite Skinheads, hohe Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnungsnot und Zulauf zu rechtspopulistischen Parteien gäbe es in Westeuropa auch dann, wenn in den letzten Jahrzehnten niemand eingewandert wäre. Selbst die These, durch eine Verringerung der Ausländerzahlen würden für arbeitssuchende Einheimische automatisch Arbeitsplätze frei, ist aus ökonomischer Sicht eine Milchmädchenrechnung.

Der Stand der Dinge macht es schwer, über Einwanderung, Asyl und temporäre Arbeitsmigration nüchtern zu diskutieren. Das liegt offenbar schon an den Begriffen. Migration und Asyl sind emotional besetzt. Denn mit dem Begriff des politischen Asyls wird heute gerade in Deutschland eher die Kategorie des Mißbrauchs als Schutz vor Verfolgung assoziiert. Und Zuwanderung suggeriert sowohl eine Einbahnstraße als auch etwas Endgültiges. Eines unserer Hauptprobleme ist dabei der Gegensatz zwischen einem historisch gewachsenen kollektiven Selbstverständnis als Abstammungsnation und der Realität der Wanderungsströme.

5.1 Freizügigkeit für wen?

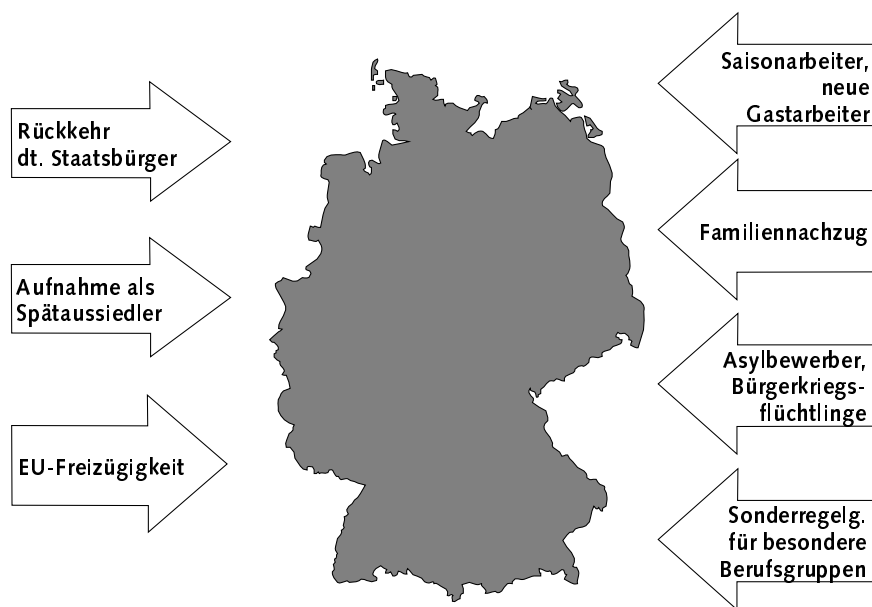
Die meisten Deutschen und Westeuropäer halten Migration weiterhin für den - weniger wünschenswerten - Ausnahmefall, lebenslange Selbsthaftigkeit hingegen für das Normale. Die öffentliche und veröffentlichte Meinung schwankt zwischen dem Wunsch nach Humanität im Einzelfall und dem Ruf nach mehr Härte gegenüber potentiellen Zuwanderern. Zugleich besteht bei vielen die Vorstellung, die reichen Länder Europas könnten sich gegenüber ihren Nachbarn und dem Rest der Welt weitgehend abschotten. Die jüngere Geschichte zeigt allerdings, daß nicht einmal der DDR die totale Abschottung gelang. Die Mauer fiel, aber nur wenige träumen heute noch von einem Europa der offenen Grenzen. Viel stärker ist der Ruf nach verbesserter Grenzkontrolle und einer Verstärkung der Grenztruppen.

Nach 1990 wurden Ausländer, Aussiedler und Flüchtlinge in Deutschland erneut ein Thema öffentlicher Auseinandersetzungen und politischer Kontroversen. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob und wie die Zahl der Asylbewerber reduziert werden könnte. Und es geht bis heute um die Frage, ob und wie sich illegale Einwanderung verhindern läßt. Nicht ganz so kontrovers ist die Debatte über die zukünftige Zahl der Aussiedler. Ihr Zustrom und die ihnen zustehenden Sozialleistungen wurden ohne größere innenpolitische Diskussion reduziert. Vor 1990 hatte die Logik des Kalten Krieges, aber auch die Situation im geteilten Deutschland zumindest Richtung Osten eine Politik der offenen Tür bewirkt. Dies war damals von nicht zu unterschätzender symbolischer Bedeutung. Der Westen wollte Bürger wie Machthaber in den kommunistisch regierten Ländern Europas daran erinnern, daß das Recht zu reisen und dem eigenen Staat gegebenenfalls auch den Rücken zu kehren, ein Bestandteil freiheitlich-demokratischer Ordnungen ist.

Die Politik der offenen Tür für Ausreisewillige aus der östlichen Hälfte Europas sollte im Zeitalter der Ost-West-Konfrontation vor allem eines demonstrieren: Nur totalitäre Staaten haben es nötig, ihre Grenzen dicht zu machen. Zugleich war diese Haltung des Westens relativ risikolos. Denn Mauer, Stacheldraht, östliche Grenztruppen mit Schießbefehl und administrative Reisebeschränkungen für Bürger kommunistischer Staaten verhinderten bis

1988/89 jede größere Zuwanderungswelle. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und durch die neue Reisefreiheit in Mittel- und Osteuropa mußte der Westen in diesem Punkt Farbe bekennen. Zum Recht auf Auswanderung aus dem eigenen Herkunftsland gibt es in der Mehrzahl der Fälle keinen analogen Rechtsanspruch auf Einwanderung in ein anderes Land. Aus der Freizügigkeit für Bürger der EU-Staaten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, aber auch aus der Aufnahme deutschstämmiger Aussiedler in der Bundesrepublik lassen sich keine analogen Ansprüche für Bürger von Drittstaaten ableiten.

Abbildung 26: Möglichkeiten der Zuwanderung nach Deutschland



Wichtigste legale Möglichkeiten der temporären oder permanenten Zuwanderung nach Deutschland sind und bleiben in den kommenden Jahren (Abbildung 26):

- das Recht auf Zuwanderung bzw. jederzeitige Rückkehr für im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige;
- die Aufnahme von Spätaussiedlern aus den GUS-Staaten;
- die Freizügigkeit für Bürger anderer Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR);
- legale Arbeitsmöglichkeiten für Bürger von Nicht-EU-Staaten (Vertragsarbeiter, Saisonarbeiter, "neue Gastarbeiter");
- das Recht auf Familiennachzug für ausländische Ehepartner und minderjährige Kinder (bis 16 Jahre) von in Deutschland lebenden Ausländern;
- das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte und ihre unmittelbaren Familienangehörigen sowie bestehende Regelungen der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen und der vorübergehenden Duldung von Kriegsopfern und Vertriebenen;
- Ausnahmeregelungen für ausländische Studierende sowie für Angehörige diverser Berufsgruppen (ausländische Manager, reproduzierende Künstler, Sportler, Journalisten, Truppen und Militärpersonal verbündeter Staaten, Bedienstete internationaler Organisationen etc.).

Nicht alle genannten Zuzugsmöglichkeiten führen zu permanenter Zuwanderung. Ausländische Werkvertragsarbeiter und Saisonbeschäftigte, Studenten, Journalisten und Militärs verlassen das Land in der Regel relativ rasch. Zugleich zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, daß auch ein Teil der abgelehnten Asylbewerber und der Kriegsvertriebenen früher oder später in ihr Herkunftsland zurückkehrt. Gleiches gilt in größerem Umfang auch

für Arbeitsmigranten aus Mittelmeerstaaten, in geringerem Umfang für anerkannte Flüchtlinge. Auf jeden Fall liegt der Netto-Wanderungsgewinn beträchtlich unter der jährlich registrierten Brutto-Zuwanderung.

5.2 Wozu Migrationspolitik?

Aus heutiger Sicht ist klar: Die Zuwanderung nach Deutschland wird auf absehbare Zeit das Niveau der späten 80er und frühen 90er Jahre nicht wieder erreichen. Aber trotz restriktiver Bestimmungen und lückenloserer Kontrollen wird es auch in Zukunft ein gewisses Maß an temporärer und auch an permanenter Zuwanderung nach Deutschland geben. Ausschlaggebend dafür sind mindestens drei Gründe:

- Ein Teil der zukünftigen Migration ist Folge der zunehmenden Internationalisierung von Produktion, Distribution und Arbeitsmärkten. Deutsche Firmen und Konzerne können sich von dieser Globalisierung nicht abkoppeln, multinational operierende Konzerne nutzen sie ohnedies systematisch. Eben dies erzwingt eine zunehmende Mobilität mittlerer und höherer Angestellter sowie ihrer Familien. Hinzu kommt die Nachfrage nach speziellen Qualifikationen, über die Inländer nicht verfügen. Durch die Freizügigkeit innerhalb der EU und des EWR besteht für Deutschland überdies kaum eine Möglichkeit, Arbeitsmigration aus anderen westeuropäischen Staaten zu beschränken. Nach einem EU-Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns wird diese Freizügigkeit – nach einer mehrjährigen Übergangsfrist – auch für Bürger unserer östlichen Nachbarstaaten gelten.
- Für weitere Zuwanderung nach Deutschland wird die Anwesenheit von 7,3 Mio. Ausländern sorgen. Sie stellen – relativ unabhängig von der Situation auf dem Arbeitsmarkt – ein erhebliches Potential für Familiennachzug dar. Denn etliche legal in Deutschland lebende Ausländer haben noch Ehepartner oder minderjährige Kinder im Ausland. Andere werden ausländische Partner aus der jeweiligen Herkunftsregion heiraten und nach Deutschland holen. Ähnliches gilt für die mehr als 3 Mio. im Land lebenden Aussiedler. Auch sie werden – trotz verschärfter Aufnahmeregelungen für Spätaussiedler – durch Kettenmigration für den weiteren Zuzug von auswanderungswilligen Angehörigen deutscher Minderheiten, insbesondere aus Sibirien, Kasachstan und Kirgisien sorgen.
- Für ein gewisses Maß an Zuwanderung spricht schließlich die ökonomische und politische Stabilität Deutschlands und seine geopolitische Lage. Ins Gewicht fallen diese Faktoren angesichts absehbarer politischer und wirtschaftlicher Instabilität in jenen Teilen der Welt, die über traditionelle oder erst in jüngerer Zeit entstandene Migrationsbeziehungen zu Deutschland verfügen. Dies gilt insbesondere für den Balkan und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie für die Türkei und andere Regionen Westasiens. Gewaltsam ausgetragene Konflikte, politische und ökonomische Krisen in den genannten Regionen dürften in Deutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit zu mehr Asylanträgen, verstärktem Nachzug von Familienangehörigen, zusätzlichen Anträgen auf Anerkennung als Spätaussiedler, aber auch zu illegaler Einreise führen.

Sowohl die genannten Migrationsursachen als auch die bestehenden legalen Zuwanderungsmöglichkeiten legen folgenden Schluß nahe: Zukünftige Zu- und Abwanderungen werden sich durch politische Maßnahmen nicht vollständig steuern lassen. Dennoch besteht in Deutschland und in seinen westeuropäischen Nachbarländern Spielraum für eine vorausschauende Migrationspolitik, die nicht bloß defensiv reagiert, sondern sich sowohl am pragmatischen Kriterium der Durchsetzbarkeit wie auch an nationalen und europäischen Interessen orientiert. Eine solche Migrationspolitik sollte versuchen, anhand

nachvollziehbarer Kriterien und innerhalb eines akkordierten quantitativen Rahmens zu definieren, wer bzw. wieviele Personen in Zukunft zuwandern sollen.

Wanderungspolitik ist nicht altruistisch. Sie hat mit Kirchenasyl und humanitärer Hilfe wenig zu tun. Denn eine pragmatische Wanderungspolitik in Deutschland und Westeuropa löst weder die Probleme von Armut und Überbevölkerung in weiten Teilen der "Dritten Welt", noch korrigiert sie die Folgen ethnischer Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien, das Unrecht politischer Unterdrückung von Kurden und Aleviten in der Türkei oder den Schock nach Einführung der Marktwirtschaft in ehemals sozialistischen Ländern. Wanderungspolitik dient in erster Linie den Interessen des Aufnahmelandes.

- Zentrales Ziel jeder zukünftigen Wanderungspolitik muß es sein, Zuwanderung aus dem Ausland nach qualitativen, quantitativen und administrativ faßbaren Kriterien rechtsstaatlich zu regeln. Deutsche Migrationspolitik sollte mit Regelungen auf europäischer Ebene vereinbar sein. Und sie muß grundlegende Rechte von Zuwanderern, Asylbewerbern und deren Familienangehörigen respektieren.
- Wanderungspolitik sollte potentiellen Zuwanderern eine klare Perspektive bieten. Dazu gehört auch Klarheit darüber, wer in Deutschland bleiben darf, und wer nur für eine begrenzte Zeit ins Land gelassen wird. Wesentlich sind zugleich konkrete Integrationsmaßnahmen, damit Migranten nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, bloße Manövriermasse auf dem Arbeitsmarkt bleiben und die neuen Unterschichten oder Problemgruppen von morgen bilden.
- Schließlich muß sich Wanderungspolitik um Akzeptanz innerhalb der einheimischen Bevölkerung bemühen. Denn auch die praktikabelste Wanderungspolitik läßt sich auf Dauer nicht gegen eine Mehrheit der Wahlberechtigten durchsetzen.
- Ergänzend dazu brauchen wir eine Außen- und Entwicklungspolitik, die Flucht- und Wanderungsursachen in den Herkunftsländern potentieller Migranten energischer als bisher bekämpft. Denn zur Aufnahme von Kriegsvertriebenen gibt es eine klare, politisch und humanitär vertretbare Alternative: Wir können uns bemühen, Konflikte erst gar nicht bis an jenen Punkt eskalieren zu lassen, wo Gewalt angewandt wird und Menschen zum Verlassen ihres Landes zwingt.

Aus der Binnenperspektive des Ziellandes Deutschland ist zweierlei entscheidend: die Regelung des Zuzugs und die Integration jener Migranten, die voraussichtlich für längere Zeit im Land bleiben.

Geregelt sind Zuzug und Zuwanderung nach Deutschland in einer Reihe von Gesetzen und Verfahren. Was fehlt, ist ein migrationspolitischer Rahmen. Und es fehlen geeignete Mechanismen der Abstimmung. Die Aufnahme von Spätaussiedlern, die Genehmigung von Familiennachzug für Angehörige von Arbeitsmigranten und anerkannten Flüchtlingen, die Erteilung von Ausnahmeregelungen für dringend benötigtes Fachpersonal sowie von Arbeitserlaubnissen für Saisonarbeitskräfte, aber auch alle Entscheidungen über die Duldung von Kriegsvertriebenen erfolgen jeweils unabhängig voneinander. Und sie erfolgen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland zum Großteil dezentral, bzw. sie müssen dezentral umgesetzt oder durchgesetzt werden. Nur für die Aufnahme von Aussiedlern und die Anerkennung politischer Flüchtlinge sind Bundesbehörden zuständig. Zahllose andere Entscheidungen – einschließlich jener über den Familiennachzug, die Einbürgerung von Ausländern und die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber – werden von Landesbehörden getroffen.

Für die entscheidenden Behörden ist vielfach nicht klar, in welchem Ausmaß sie selbst zu den aktuellen Migrationsverhältnissen beitragen. Eine Alternative dazu wäre die Festlegung von Quoten für einzelne Kategorien von Migranten und einer jährlichen Obergrenze der Netto-Zuwanderung. Dann müßten sich Bund, Länder und Kommunen sowie Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in regelmäßigen Abständen auf solche Quoten, eine

Obergrenze und transparente Verfahren der Auswahl oder Ablehnung verständigen. In Summe muß dies keineswegs mehr Zuwanderung als heute bedeuten. Es wäre allerdings denkbar, daß eine solcherart abgestimmte Migrationspolitik eine andere Zusammensetzung der zu- und abwandernden Bevölkerung bewirkt.

Wanderungspolitik muß also den Versuch unternehmen, zukünftige Migrationsprozesse quantitativ und qualitativ zu steuern. Deutschland kann dabei nicht völlig autonom handeln. Es muß sich mit seinen europäischen Partnern abstimmen. Bisher geschah das nur "negativ", also bei dem Versuch der Abwehr unerwünschter Wanderungsströme. In diesem Bereich kooperieren Europas Innen- und Justizminister. Kaum Kooperation gibt es hingegen bei der Aufnahme und Verteilung größerer Flüchtlingsströme. Hier fehlt es an gesamteuropäischen Mechanismen der Lastenverteilung. Aber auch bei der energischen Bekämpfung von Flucht- und Migrationsursachen mangelt es Deutschland und seinen EU-Partnern in der Regel am politischen Willen oder an der Fähigkeit zu koordiniertem Vorgehen.

Eines machen diese Schwierigkeiten zusätzlich klar: Wanderungspolitik kann Flüchtlingspolitik nicht ersetzen. Denn es wird auch in Zukunft Verfolgte geben, die in Deutschland und anderswo Schutz suchen müssen. Sie können und dürfen nicht mit dem Hinweis auf das bereits "volle Boot" abgewiesen werden. Problematisch ist dabei die Vorstellung, in unserer Nachbarschaft gäbe es ohnehin keine Verfolgung, und Flüchtlinge aus Drittstaaten sollten daher gleich dort bleiben, statt nach Deutschland zu kommen. Die Logik dieser Argumentation wälzt jedoch die Lasten von Flucht und irregulärer Migration auf die meist armen Nachbarländer der jeweiligen Konfliktgebiete ab. Zugleich gibt es allerdings keinen vernünftigen Grund, warum Deutschland mehr als ein Drittel aller Asylbewerber Europas aufnehmen soll, wie dies derzeit der Fall ist. Hier bedarf es gesamteuropäischer Solidarität. Und es bedarf eines anderen Blickwinkels. Denn generell muß Wanderungspolitik keineswegs altruistisch sein, unsere Haltung gegenüber den Opfern ethnischer Säuberungen und politischer Gewalt hingegen schon.

Fazit dieser Überlegungen ist: Es gibt auf nationalstaatlicher Ebene durchaus ungenutzte Spielräume für Migrationspolitik. Deutschland hat durchaus einen gewissen Einfluß darauf, wer zukünftig ins Land kommen darf. Doch auch wenn die bestehenden Regelungen restriktiv ausgelegt werden, muß ein Land wie Deutschland in den nächsten Jahrzehnten mit erheblicher Zuwanderung rechnen.

5.3 Integration

Die Mehrzahl der vor der deutschen Vereinigung 1990 ins Land gekommenen Ausländer und Aussiedler hat sich zumindest ökonomisch integriert. Von jenen, die die deutsche Sprache gut beherrschten und als Aussiedler Anspruch auf die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft hatten, machten viele Karriere. Aber auch von den – meist ausländischen – Immigranten, die keine Karriere machten, profitierte das Land. Sie übernahmen Jobs, die kein Deutscher mehr ausüben wollte. Sie ermöglichten ein höheres Wirtschaftswachstum. Und sie zahlten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beträchtlich mehr an Steuern und Sozialabgaben, als sie an Leistungen der öffentlichen Hand in Anspruch nahmen.

Für die Zeit seit 1990 fällt die Bilanz insgesamt nicht mehr so positiv aus. Sowohl Ausländer aus Südeuropa, dem Balkan und der Türkei als auch Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Wichtige Beschäftigungsbereiche, in denen Ausländer und Aussiedler in Deutschland bis in die 80er Jahre Arbeit fanden – vor allem manuelle Tätigkeiten in der Schwerindustrie und in der industriellen Massenfertigung – sind besonders stark vom Strukturwandel betroffen. Solche Arbeitsplätze werden wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert.

Bei Verlust des Arbeitsplatzes ist es gerade für ausländische Arbeitsmigranten der ersten Generation besonders schwierig, rasch eine neue Beschäftigung zu finden, da sie in der Regel nur über geringe Qualifikationen verfügen. Aber auch die in den letzten Jahren ins Land gekommenen Aussiedler kämpfen trotz formal besserer Qualifikation mit ähnlichen Problemen. Ihre Ausbildung und die vor der Zuwanderung erworbenen Fähigkeiten entsprechen vielfach nicht den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarktes. Ein beträchtlicher Teil der Aussiedler kämpft auch mit Sprachproblemen. Erschwerend kommt hinzu, daß viele ehemalige Gastarbeiter und ein Teil der Aussiedler ein Alter erreicht haben, in dem die Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt generell sinken.

Ein Folgeproblem liegt auf der Hand. Ausländer mit niedrigem Erwerbseinkommen, langer Arbeitslosigkeit oder einem höheren Zuwanderungsalter erwerben in Deutschland lediglich Rentenansprüche, die kaum über dem Sozialhilfesatz liegen. Ein ähnliches Problem haben ausländische Selbständige, die in ökonomischen Nischen aktiv sind und keine Rücklagen für das Alter bilden können. Hinzu kommen ältere Spätaussiedler, denen seit Mitte 1996 nur noch eine Mindestrente zuerkannt wird, wenn sie in Deutschland keinen Rentenanspruch erwerben konnten.

Für etliche junge Ausländer und Spätaussiedler ist vor allem der Übergang von der Schule in den Beruf mit Problemen verbunden. In dieser Phase macht sich die Konkurrenz gleichaltriger Einheimischer besonders bemerkbar. Bei Angehörigen der zweiten Generation, die den Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen, zeigen sich hingegen durchaus positive Karriereverläufe. Trotzdem ist unübersehbar, daß ein nennenswerter Teil der jüngeren Ausländer, aber auch etliche Aussiedler in zunehmender Distanz zur deutschen Mehrheitsgesellschaft leben. Die Intensität der sozialen Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern ist rückläufig. Zeitschriften und TV-Programme aus den Herkunftsländern gewinnen an Verbreitung. Zugleich wächst der Einfluß politischer und religiöser Bewegungen, die auf Abgrenzung gegenüber den einheimischen Deutschen setzen. Statt sich zu integrieren, werden manche junge Ausländer in Deutschland zu bewußten Moslems, Kurden, türkischen oder albanischen Nationalisten. Eine beinahe unausweichliche Folge dieser Entwicklung ist, daß die zentralen ethnischen und politischen Konflikte der jeweiligen Herkunftsländer auch auf deutschem Boden ausgetragen werden.

Zum Teil hat diese Entwicklung mit der Suche der zweiten Generation nach Identität und Anerkennung zu tun. Im Herkunftsland der Eltern sind sie in der Regel selbst Fremde, auch wenn sie sich mit ihm identifizieren. Zugleich wird die Identifikation mit Deutschland nicht immer leicht gemacht. Denn auch die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland behandelt junge Ausländer keineswegs als Gleichberechtigte. Die Alltagserfahrungen der in Deutschland geborenen Ausländer läßt viele sogar vermuten, eher geduldet als erwünscht zu sein. Jene Verhältnisse, in denen ausländische Zuwanderer und ihre Kinder über viele Jahre in der Ungewißheit leben, ob sie denn bleiben werden oder wieder heimkehren sollen bzw. müssen, sind für die Betroffenen selbst, aber auch für Deutschland kontraproduktiv.

Deutschland braucht keine rasch wachsenden Gruppe von Einwohnern "zweiter Klasse". Zuwanderer, die auf Dauer in Deutschland bleiben werden, und hier geborene ausländische Kinder müssen deshalb im Laufe der Zeit deutsche Staatsbürger werden. In der Praxis würde dies erheblich mehr Einbürgerungen bedeuten. Dazu ist die eine oder andere weitere Erleichterung bei Antrag und Verleihung der Staatsbürgerschaft denkbar. Noch wichtiger ist es jedoch, diejenigen anzusprechen, die schon heute einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben oder nach Ermessen der Behörden jederzeit eingebürgert werden könnten. Dies betrifft derzeit mindestens 60% aller Ausländer in Deutschland. Nur wenige von ihnen haben bisher einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Aus diesem abstrakten Rechtsanspruch soll kein Automatismus werden. Aber Deutschland könnte jenen Ausländern, die auf Dauer im Land leben, stärker signalisieren, daß sie deutsche Staatsbürger werden sollen.

Gerade die für Deutschlands größere Städte prognostizierten Ausländeranteile unterstreichen die Notwendigkeit, im Prozeß der Integration jene Zuwanderer einzubürgern, die dies wünschen. Kinder von Zuwanderern, die in Deutschland zur Welt kommen und hier aufwachsen, sollten bevorzugt die deutsche Staatsbürgerschaft angeboten bekommen. Dabei geht es nicht darum, irgend jemandem die deutsche Staatsbürgerschaft aufzudrängen. Eine Wahlmöglichkeit soll bleiben. Aber es geht um Fairneß und Rechtssicherheit für die hier aufgewachsenen Kinder von Ausländern. Und es geht um ihre Anerkennung als gleichberechtigte Mitbürger.

Das Ziel sollte klar sein: Offene und demokratische Gesellschaften können kein Interesse an einer wachsenden Zahl innerlich ambivalenter oder nicht integrierter Mitbürger haben, die auf Dauer weder staatsbürgerliche Rechte noch Pflichten besitzen. Die Verfolgung dieses Zieles erfordert in bestimmten Fällen auch die Tolerierung von doppelter Staatsbürgerschaft. Denn es ist nicht einzusehen, warum die Nachfahren von Einwanderern auf ihr Erbe in einem der Nachfolgestaaten Jugoslawiens oder anderswo verzichten müssen, mit hohen Geldforderungen ihrer ehemaligen Heimatländer konfrontiert werden oder anderen Schikanen ausgesetzt sind, sobald sie, um Deutsche zu werden, die Entlassung aus ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft beantragen. Mehrstaatigkeit ist allerdings nicht die einzige Lösung. Deutschland sollte den politischen Dialog mit jenen Ländern suchen, die ihre im Ausland lebenden Bürger nur ungern oder gar nicht aus der "ererbten" Staatsangehörigkeit entlassen. Bei Zuwanderern aus andern EU-Staaten - in Deutschland sind dies immerhin 25% aller Ausländer, vor allem Italiener, Griechen, Spanier und Österreicher - gibt es zur Einbürgerung eine weitere Alternative: Ausreichend wäre eine weitgehende Gleichstellung im Rahmen einer gemeinsamen EU-Bürgerschaft.

5.4 Politischer Handlungsbedarf

Wenn sie gelingen, sind geregelte Immigration und wirksame Integration wichtige gesellschaftliche Steuerungsinstrumente. Deshalb lohnt es sich, über eine umfassende Regelung zukünftiger Einwanderung nachzudenken - trotz einer Grundstimmung im Land, die für Null-Zuwanderung plädiert und am liebsten auch einen Teil der hier lebenden Ausländer vom Arbeitsmarkt fernhalten würde. Und es lohnt sich, die derzeitige Einbürgerungspraxis zu überdenken. Die wirtschaftliche und soziale Integration der ausländischen Zuwanderer und der Spätaussiedler ist mit der Einbürgerung jedoch nicht vollzogen. Sie stellt eine der wichtigsten Herausforderungen dar, denen Deutschland in den nächsten Jahren gegenübersteht. Daher brauchen wir ein klares Signal, daß sich die Politik in Deutschland dem Phänomen der Zuwanderung und den mit ihr verbundenen Konsequenzen stellt, statt bloßes Krisenmanagement zu betreiben, zu beschwichtigen oder das Problem zu verdrängen. Nur dann kann eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Zuwanderung und die dadurch wachsende Vielfalt nicht vorrangig als Bedrohung empfinden, sondern auch als Konsequenz einer offenen Gesellschaft und als mögliche Bereicherung.

Gesetzesänderungen allein werden nicht ausreichen. Notwendig ist auch eine etwas andere Einstellung zu Nation und Staatsbürgerschaft. Denn bis heute dominiert die Vorstellung, Deutscher oder Deutsche könne man eigentlich nur als Kind deutscher Eltern sein. Zentrales Kriterium wäre demnach die gemeinsame Abstammung. Diese Vorstellung erschwert die Integration der in Deutschland lebenden Fremden, blockiert die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und steht in spannungsreichem Kontrast zur größer gewordenen ethnischen und religiösen Vielfalt in Deutschland. Was dieses Land daher braucht, ist ein realistisches Selbstbild als De-facto-Einwanderungsland, einen gelasseneren Umgang mit der in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Vielfalt, aber auch eine offensive Diskussion darüber,

welchen gemeinsamen Grundwerten Einheimische, Eingebürgerte und hier lebende Fremde verpflichtet sein sollten.

6 FAZIT

Die Bevölkerung Deutschlands wird in den nächsten Jahrzehnten kaum wachsen, sondern stagnieren oder sogar abnehmen. Zu diesem Ergebnis kommen fast alle aktuellen Bevölkerungsprognosen, darunter auch die in dieser Studie präsentierte. Die jährliche Zahl der Geburten in Deutschland ist seit den 70er Jahren kleiner als die Zahl der Sterbefälle. Ohne Zuwanderungen und die höheren Kinderzahlen der Ausländer wäre die Einwohnerzahl der Bundesrepublik bereits seit längerem rückläufig.

Das zukünftige Wachstum der in- und ausländischen Bevölkerung in Deutschland hängt vor allem von folgenden Faktoren ab:

- von der Größe der zukünftigen Zu- und Fortzüge von Ausländern und Aussiedlern (Wanderungssaldo),
- von der Zahl der in Deutschland geborenen in- und ausländischen Kinder und der hier versterbenden In- und Ausländer (Geburtensaldo),
- von der Zahl der Einbürgerungen.

Mit Blick auf die Erfahrungen der letzten 40 Jahre und in Abhängigkeit von zukünftigen wanderungspolitischen Entscheidungen lassen sich plausible Annahmen über die Entwicklung der zukünftigen Zuwanderung formulieren. Für die durchschnittliche Kinderzahl und die Lebenserwartung der Ausländer ist von einer Fortschreibung bestehender Trends auszugehen.

Wichtigste Ergebnisse und Schlußfolgerungen unserer Prognose sind:

- Deutschland wird im Jahr 2030 zwischen 70 und 81 Mio. Einwohner haben (1996: 81,8 Mio.). Die Einwohnerzahl wird wesentlich vom Ausmaß der zukünftigen Zuwanderung abhängen.
- Am wahrscheinlichsten ist aus heutiger Sicht mittelfristig eine Nettozuwanderung von 190.000 Ausländern und 100.000 Aussiedlern pro Jahr (mittleres Szenario). Dies liegt nahe am Durchschnitt der letzten 35 Jahre. Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer würde sich dann bis zum Jahr 2030 auf 12,6 Mio. beinahe verdoppeln. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung würde von gegenwärtig 8,8% auf 16,9% steigen.
- Würden jährlich doppelt so viele Ausländer eingebürgert wie in den 80er und frühen 90er Jahren (also 120.000 statt 60.000 pro Jahr; alle anderen Annahmen wie im mittleren Szenario), so stiege der Ausländeranteil bis 2030 nur auf 14,6% (absolut: 10,9 Mio. Ausländer; Einbürgerungsszenario).
- Auf jeden Fall wächst die ausländische Bevölkerung auch aufgrund des Geburtenüberschusses der Ausländer. Dieser "Überschuß" wird trotz weiterhin hoher ausländischer Geburtenzahlen bis 2030 langsam verschwinden. Denn auch die ausländische Bevölkerung altert. Damit steigt die Zahl der Sterbefälle. Altersstruktur und Kinderzahl der Ausländer nähern sich denen der deutschen Bevölkerung an.
- Zuwanderung aus dem Ausland erfolgt vor allem in die größeren Städte. Ein bundesweiter Ausländeranteil von 17% bedeutet daher: In einer Reihe von Städten dürfte der Ausländeranteil auf über 45% steigen. Zu erwarten ist dies z.B. für Frankfurt/Main, München und Stuttgart. In Hamburg und Berlin wird dann etwa jeder vierte Einwohner keinen deutschen Paß haben.

Die prognostizierte Entwicklung bedeutet, daß im Jahr 2030 rund ein Sechstel der Wohnbevölkerung Deutschlands - in einigen Städten sogar die Hälfte der Einwohner - von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten ausgeschlossen sein wird. Das gilt für das Wahlrecht ebenso wie für Wehrpflicht oder Zivildienst. Diese Prognose macht eines deutlich: Mit Wanderungspolitik allein ist es nicht getan; auch nicht mit bloßer Einbürgerung. Zugleich bedarf es gezielter Maßnahmen zur Integration legaler Zuwanderer, insbesondere derer, die schon länger im Land sind und voraussichtlich auf Dauer hier bleiben werden. Denn die Eingliederung von Migranten geschieht nicht von selbst. Und sie ist auch nicht zum Nulltarif zu haben. Nur bei Aussiedlern ziehen wir aus dieser Einsicht die nötigen Konsequenzen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Angenendt, Steffen (1992): *Ausländerforschung in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und inhaltliche Entwicklung eines aktuellen Forschungsbereiches*. Frankfurt/M.-New York: Campus.
- Ausländerbeauftragte siehe: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- Bade, Klaus J. (1984a): Einführung: Vom Export der sozialen Frage zur importierten sozialen Frage: Deutschland im transnationalen Wanderungsgeschehen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Klaus J. Bade, Hrsg.: *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Bd. I, Ostfildern: Scripta Mercaturae Verlag, S. 9-72.
- Bade, Klaus J. (1984b): Die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik zwischen Arbeitswanderung und Einwanderung. Einführung. In: Klaus J. Bade, Hrsg.: *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Bd. I, Ostfildern: Scripta Mercaturae Verlag, S. 621–624.
- Bade, Klaus J. (1990): *Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*. Münster: Verlag Westfälischer Heimatbund.
- Bade, Klaus J. (1992a): Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Grundprobleme und Entwicklungslinien. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg.: *Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Vergleich mit anderen europäischen Ländern*. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 14. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 51-67.
- Bade, Klaus J., Hrsg. (1992b): *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Bade, Klaus J. (1994a): *Ausländer, Aussiedler, Asyl*. München: C.H. Beck.
- Bade, Klaus J., Hrsg. (1994b): *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*. München: C.H. Beck.
- Bals, Christel (1989): Aussiedler - Erneut ein räumliches Problem? In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 4, S. 305-317.
- Barth, Sigrun; Winfried Hain (1991): Demographie und Rentenversicherung – Langfristige Vorausrechnungen zu den Rentenfinanzierungen. In: *Deutsche Rentenversicherung*, 10-11, S. 724-739.
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1993): *Das Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer.
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1994): *Daten und Fakten zur Ausländersituation*. Bonn: Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer.
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1995): *Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer.
- Bender, Stefan; Wolfgang Seifert (1996): Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt: Nationalitäten- und geschlechtsspezifische Unterschiede. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 25, 6, S. 473-495
- Benz, Wolfgang, Hrsg. (1985): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt/M.: S. Fischer.
- Bethlehem, Siegfried (1982): *Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiter, Zuwanderung, Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- BfLR (1993): Perspektiven der künftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. *Informationen zur Raumentwicklung*, 9/10, 11/12. Bonn-Bad Godesberg: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.
- Biehler, Hermann; Wolfgang Brandes (1981): *Arbeitsmarktsegmentation in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M.-New York: Campus.
- Billler, Martin (1989): *Arbeitsmarktsegmentation und Ausländerbeschäftigung. Ein Beitrag zur Soziologie des Arbeitsmarktes mit einer Fallstudie aus der Automobilindustrie*. Frankfurt/M.-New York: Campus.
- Billler, Martin (1990): Employment patterns among German and foreign workers at shop floor level – convergences and divergences. Findings of a case study. In: Jürgen Fijalkowski, Hrsg.: *Transnationale*

- Migranten in der Arbeitswelt. Studien zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik.* Berlin: Ed. Sigma, S. 15-31.
- Birg, Herwig; Ernst-Jürgen Flöthmann (1993): *Bevölkerungsprojektionen für das wiedervereinigte Deutschland bis zum Jahr 2100.* Bielefeld: Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld.
- Blahusch, Friedrich (1994): Flüchtlinge in Deutschland nach der Asylrechtsänderung im Grundgesetz. Die Veränderung der sozialen und politischen Situation für die Bundesrepublik und die Flüchtlinge. In: Rainer Münz; Hermann Korte; Gert Wagner, Hrsg.: *Internationale Wanderungen.* Demographie aktuell 5. Berlin: Humboldt-Universität, S. 143-157.
- Blaschke, Dieter (1991): Sozialbilanz der Aussiedlung in den 80er und 90er Jahren. In: Hans-Peter Baumeister, Hrsg.: *Integration von Vertriebenen.* Weinheim: Beltz, S. 35-77.
- Blaschke, Jochen (1991): International Migration and East-West Migration. Political and Economic Paradoxes. In: *Migration*, 11/12, S. 29-46.
- Blossfeld, Hans Peter; Karl Ulrich Mayer (1988): Arbeitsmarktsegmentation in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Überprüfung von Segmentierungstheorien aus der Perspektive des Lebenslaufs. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 40, 2, S. 262-283.
- Boos-Nünning, Ursula (1990): Einwanderung ohne Einwanderungsentscheidung: Ausländische Familien in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, B23-24/90, S. 16-31.
- Booth, Heather (1992): The Migration Process in Britain and West Germany. Two demographic studies of migrant populations. Aldershot-Brookfield u.a.: Avebury.
- Borjas, George J. (1985): Assimilation, Changes in Cohort Quality, and the Earnings of Immigrants. In: *Journal of Labor Economics*, 3, 4, S. 463-489.
- Bös, Mathias (1995): Migration und soziale Ungleichheit: Soziale und politische Schließungen in westlichen Industriegesellschaften. In: Wolfgang Seifert, Hrsg.: *Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.* Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 17-24.
- Brandes, Detlef (1992): Die Deutschen in Rußland und der Sowjetunion. In: Klaus J. Bade, Hrsg.: *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart.* München: C.H. Beck, S. 85-130.
- Brubaker, William Rogers (1992): *The Politics of Citizenship in France and Germany.* Cambridge/Mass.-London: Harvard Univ. Press.
- Büchel, Felix; Gert Wagner (1996): *Educational Prospects of Children of Immigrants in West Germany.* Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Bucher, Hansjörg; Martina Kocks; Mathias Siedhoff (1992): Wanderungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland der 80er Jahre. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 7/8, S. 501-511.
- Bucher, Hansjörg; Martina Kocks; Mathias Siedhoff (1994): Die künftige Bevölkerungsentwicklung der Regionen Deutschlands. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 12, S. 501-511.
- Bundesanstalt für Arbeit (1995): *Arbeitsmarkt 1994. Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer.* Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Sondernummer. Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Hrsg. (1986): *Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung 86.* Bonn: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.
- Bundesministerium des Inneren (1996): *Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland.* Bonn: Bundesministerium des Inneren, ohne Jahr (ca. 1996).
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1993): *Integration von Aussiedlern und anderen Zuwanderern in den deutschen Wohnungsmarkt.* Bonn: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
- Castles, Stephen; Mark J. Miller (1993): *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World.* Basingstoke-London: Macmillian Press.
- Chesnais, Jean-Claude (1991): *The USSR Emigration – Past, Present and Future.* Paris: OECD.
- Chesnais, Jean-Claude (1993): The New Migratory Deal in Europe. In: *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft*, 79, S. 87-100.
- Chiswick, Barry R. (1978): The Effect of Americanization on the Earnings of Foreign-Born Men. In: *Journal of Political Economy*, 86, S. 897-922.

- Cohen, Robin (1992): Migration and the New International Division of Labour. In: Malcolm Cross, Hrsg.: *Ethnic Minorities and Industrial Change in Europe and North America*. Cambridge-New York: Cambridge Univ. Press, S. 19-35.
- Cohen, Robin, Hrsg. (1995): *The Cambridge Survey on Migration*. Cambridge-New York: Cambridge Univ. Press.
- Cohn-Bendit, Daniel; Thomas Schmid (1992): *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*. Hamburg: Hoffmann u. Campe.
- Council of Europe (1995): *Recent demographic developments in Europe*. Straßburg: Council of Europe.
- Delfs, Silke (1993): Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, B48/93, S. 3-11.
- Dietz, Barbara; Peter Hilkes (1994): *Integriert oder isoliert? Zur Situation rußlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*. München: Olzog.
- Dinkel, Reiner Hans; Uwe Lebock (1993): Könnten durch Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Zusatzlasten der Sozialen Sicherung aufgehalten oder gemildert werden? In: *Deutsche Rentenversicherung*, 6, S. 388-400.
- Dinkel, Reiner Hans; Uwe Lebok (1994): Demographische Aspekte der vergangenen und zukünftigen Zuwanderung nach Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, B48/94, S. 27-36.
- Dohse, Knuth (1981): *Ausländische Arbeitnehmer und bürgerlicher Staat*. Königstein: Hain.
- Dorbritz, Jürgen (1994): Bericht 1994 über die demographische Lage in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 4, S. 398-473.
- Dorbritz, Jürgen; Wulfram Speigner (1990): Die Deutsche Demokratische Republik – ein Ein- und Auswanderungsland? In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 1, S. 67-86.
- Esser, Hartmut (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*. Darmstadt-Neuwied: Luchterhand.
- Faist, Thomas (1993): Ein- und Ausgliederung von Immigranten in Arbeitsmärkten. Junge Türken in Deutschland und mexikanische Amerikaner in den USA. In: Wolfgang Seifert, Hrsg.: *Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 32-37.
- Faist, Thomas (1994): How to Define a Foreigner? The Symbolic Politics of Immigration in German Partisan Discourse, 1978-1992. In: Martin Baldwin-Edwards; Martin A. Schain, Hrsg.: *The Politics of Immigration in Western Europe*. Newbury-Portland: Frank Cass, S. 50-71.
- Fassman, Heinz; Rainer Münz (1994): European East-West Migration, 1945-1992. In: *International Migration Review*, 3, S. 520-538.
- Fassmann, Heinz; Rainer Münz (1993): Europäische Migration und die Internationalisierung des Arbeitsmarktes. In: Burkhard Strümpel; Meinolf Dierkes, Hrsg.: *Innovation und Beharrung in der Arbeitspolitik*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, S. 11-38
- Fassmann, Heinz; Rainer Münz (1996): Europäische Migration – ein Überblick. In: Heinz Fassmann; Rainer Münz, Hrsg.: *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt/M.-New York: Campus, S. 13-52.
- Frantzioch, Marion (1987): *Die Vertriebenen – Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland*. Schriften zur Kulturosoziologie, 9. Berlin: Dietrich Reimer Verlag.
- Franz, Wolfgang (1991): *International Migratory Movements: The German Experience*. Discussion Paper. Konstanz: Univ. Konstanz.
- Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgen (*Kriegsfolgenbereinigungsgesetz - KfbG*) vom 21. Dezember 1992. Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1992, Teil I, Nr. 58 - Bonn, 24. Dezember 1992.
- Gesetz zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler (*Aussiedleraufnahmegesetz - AAG*) vom 28. Juni 1990. Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1990, Teil I, Nr. 58 - Bonn, 30. Juni 1990.
- Gierse, Matthias (1990): Kurzfristige Arbeitsmarktwirkungen des Zustroms von Aus- und Übersiedlern. In: *RWI-Mitteilungen*, 41, S. 153-167.
- Gillmeister, Helmut; Hermann Kurthen; Jürgen Fijalkowski (1989): *Ausländerbeschäftigung in der Krise? Die Beschäftigungschancen und -risiken ausländischer Arbeitnehmer am Beispiel der West-Berliner Industrie*. Berlin: Ed. Sigma.
- Globus Kartendienst (1995): *Ausländer als Unternehmer*. Sa-2713, Hamburg.

- Göddecke-Stellmann, Jürgen (1994): Räumliche Implikationen der Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern. Rückkehr zu alten Mustern oder Zeitenwende? In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 5/6, S. 373-386.
- Gordon, Ian (1989): The Role of International Migration in the Changing European Labour Market. In: Ian Gordon,; Anthony P. Thirlwall, Hrsg.: *European Factor Mobility. Trends and Consequences*. Basingstoke-London: Macmillan Press, S. 13-29.
- Grundmann, Siegfried (1994): Die Migration aus den neuen in die alten Bundesländer – ein Spezialfall der europäischen Ost-West-Migration? In: Rainer Münz; Hermann Korte; Gert Wagner, Hrsg.: *Internationale Wanderungen*. Demographie aktuell 5. Berlin: Humboldt-Universität, S. 41-65.
- Grüner, Hans (1992): *Mobilität und Diskriminierung. Deutsche und ausländische Arbeiter auf einem Arbeitsmarkt*. Frankfurt/M.-New York: Campus.
- Gugel, Günther (1990): *Ausländer, Aussiedler, Übersiedler*. Tübingen: Verein für Friedenspädagogik.
- Heckmann, Friedrich (1981): *Die Bundesrepublik ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Heckmann, Friedrich (1992): *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen*. Stuttgart: Enke.
- Heilig, Gerhard; Thomas Büttner; Wolfgang Lutz (1990): *Germany's Population: Turbulent Past, Uncertain Future*. Population Bulletin, 41. Washington: Population Reference Bureau.
- Heinelt, Hubert; Anne Lohmann (1992): *Immigranten im Wohlfahrtsstaat am Beispiel der Rechtspositionen und Lebensverhältnisse von Aussiedlern*. Opladen: Leske+Buderich.
- Heitman, Sidney (1987): *The Third Soviet Emigration: Jewish, German and Armenian Emigration from the USSR since World War II*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln: Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- Heitman, Sidney (1994): Soviet Emigration Since 1985. In: *Nationalities Papers*, 1, S. 247-261.
- Heitmeyer, Wilhelm, HRSG. (1996): *Was hält eine multi-ethnische Gesellschaft zusammen?* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Henscheid, Renate (1990): Daten: Jugendliche ausländischer Nationalität zwischen Schule und Beruf. In: Ursula Boos-Nünning; Alice Jäger; Renate Henscheid; Wolfgang Sieber; Heike Becker: *Berufswahlsituation und Berufswahlprozesse griechischer, italienischer und portugiesischer Jugendlicher*. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 140. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 11-32.
- Herbert, Ulrich (1986): *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1990*. Berlin-Bonn: J.H.W. Dietz.
- Herrmann, Helga (1992): *Ausländer: vom Gastarbeiter zum Wirtschaftsfaktor*. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik 173. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Herrmann, Helga (1993): *Ausländische Jugendliche in Schule, Ausbildung und Beruf*. Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik 184. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Heyden, Helmut (1986): Kontinuität und Diskontinuität der Ausländerpolitik. In: Johannes C. Papalekas, Hrsg.: *Strukturwandel des Ausländerproblems*. Bochum: Brockmeyer, S. 72-80.
- Hof, Bernd (1989): Modellierung zu den Auswirkungen einer verstärkten Aussiedler-Zuwanderung auf Bevölkerung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt. In: Institut der deutschen Wirtschaft, Hrsg.: *Die Integration deutscher Aussiedler – Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland*. Köln: IW, S. 38-72.
- Hof, Bernd (1993): *Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag.
- Hof, Bernd (1994): Möglichkeiten und Grenzen der Eingliederung von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, B48/94, S. 11-25.
- Hoffmann, Lutz (1990): *Die unvollendete Republik: zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat*. Köln: Papyrossa.
- Hofrichter, Jürgen; Michael Klein (1994): Festung Europa. Das Ausmaß der Abneigung gegenüber Immigranten in der europäischen Gemeinschaft zu Beginn der 90er Jahre. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 5/6, S. 321-334.
- Höhn, Charlotte; Detlev B. Rein, Hrsg. (1990): *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*. Boppard: Boldt.

- Höhn, Charlotte; Ulrich Mammey; Hartmut Wendt (1991): Bericht 1990 zur demographischen Lage in beiden Teilen Deutschlands. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 2, S. 135-205.
- Hollifield, James F. (1992): *Immigrants, Markets, and States. The Political Economy of Postwar Europe*. Cambridge/Mass.-London: Harvard Univ. Press.
- Holst, Elke; Jürgen Schupp (1994): Integration deutscher Zuwanderer in den westdeutschen Arbeitsmarkt. In: *DIW-Wochenbericht*, 35, S. 609-617.
- Hönekopp, Elmar (1987): Rückkehrförderung und Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer – Ergebnisse des Rückkehrförderungsgesetzes, der Rückkehrhilfestatistik und der IAB-Rückkehrerbefragung. In: Elmar Hönekopp, Hrsg.: *Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland*. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 114. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 287-342.
- Hönekopp, Elmar (1997): The New Labor Migration as an Instrument of German Foreign Policy. In: Rainer Münz; Myron Weiner, Hrsg.: *Migrants, Refugees, and Foreign Policy: U.S. and German Policies Towards Countries of Origin*. Providence/RI-Oxford: Berghahn Books.
- Hullen, Gerd; Reiner Schulz (1994): Bericht 1993 zur demographischen Lage in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 1, S. 3-70.
- Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung, Hrsg. (1995): *Informationsdienste in der ehemaligen Sowjetunion. Dokumente, Berichte, Meldungen, Kommentare, Meinungen, Zahlen*, 28/29. Göttingen: Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung.
- Jungfer, Eberhard; Susanne Heim; Horst Kahrs; Ahlrich Meyer (1993): *Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa*. Berlin: Verlag Schwarze Risse/Rote Strasse.
- Klös, Hans-Peter (1992): Integration der Einwanderer aus Ost-/Südosteuropa in den deutschen Arbeitsmarkt. In: *Sozialer Fortschritt*, 41, 11, S. 261-270.
- Köhler, Christoph; Hans Grüner (1988): *Stamm- und Randbelegschaften – ein überlebtes Konzept?* Paderborn: Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung.
- Köhler, Christoph; Peter Preisendörfer (1988): Innerbetriebliche Arbeitsmarktsegmentation in Form von Stamm- und Randbelegschaften. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 2, S. 268-277.
- Koller, Barbara (1993): Aussiedler nach dem Deutschkurs: Welche Gruppen kommen rasch in Arbeit? In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 3, S. 207-221.
- Korcelli, Piotr (1994): Emigration from Poland after 1945. In: Heinz Fassmann; Rainer Münz, Hrsg.: *European Migration in the Late Twentieth Century*. Aldershot: Edward Elgar, S. 171-186.
- Kulischer, Eugene (1948): *Europe on the Move. War and Population Changes 1917-1947*. New York: Columbia Univ. Press.
- Leciejewski, Klaus (1990): Zur wirtschaftlichen Eingliederung der Aussiedler. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, B3/90, S. 52-62.
- Leggewie, Claus (1990): *MultiKulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik*. Berlin: Rotbuch.
- Leggewie, Claus (1996): Why Turks Became Kurds, Not Germans. In: *Dissent*, 2, S. 79-83.
- Lemberg, Eugen; Friedrich Edding, Hrsg. (1959): *Die Vertriebenen in Deutschland*. 3 Bde., Kiel: F. Hirt.
- Luettinger, Peter (1986): Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 1, S. 20-36.
- Lutz, Burkhard; Werner Sengenberger (1974): *Arbeitsmarktstrukturen und öffentliche Arbeitsmarktpolitik*. Göttingen: Schwartz.
- Martin, Philip (1991): *The Unfinished Story. Turkish Labor Migration to Western Europe*. Genf: International Labor Organisation.
- Mehrländer, Ursula (1987): *Ausländerforschung 1965 bis 1980: Fragestellungen, theoretische Ansätze, empirische Ergebnisse*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Mehrländer, Ursula; Günther Schulze (1994): Einwanderungskonzept für die Bundesrepublik Deutschland. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg.: *Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik*. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 32. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 25-40.
- Meier-Braun, Karl-Heinz; Martin A. Kilgus, Hrsg. (1994): *Einwanderungsland Deutschland*. Stuttgart: Süddeutscher Rundfunk.

- Meis, Norbert (1993): *Aspekte struktureller und differentieller Mobilität von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland*. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 78. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Micksch, Jürgen (1983): Einleitung. In: Jürgen Micksch, Hrsg.: *Multikulturelles Zusammenleben. Theologische Erfahrungen*. Frankfurt/M.: Lembeck.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg. (1992): *Ausländer, Aussiedler und Einheimische als Nachbarn. Ermittlung von Konfliktpotentialen und exemplarischen Konfliktlösungen*. Wuppertal: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Münch, Ursula (1993): *Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen*. 2. Aufl., Opladen: Leske+Buderich.
- Münz, Rainer (1995): *Where Did They All Come From? Typology and Geography of European Mass Migration in the Twentieth Century*. Demographie aktuell 7. Berlin: Humboldt-Universität.
- Münz, Rainer; Rainer Ohliger (1997): Long-Distance Citizens: Ethnic Germans and Their Immigration to Germany. In: Peter Schuck; Rainer Münz, Hrsg.: *Paths to Inclusion: The Integration of Migrants in the United States and Germany*. Bd. 5, Providence/RI-Oxford: Berghahn Books.
- Münz, Rainer; Ralf Ulrich (1993): Migration und Ausländerbeschäftigung in Deutschland. In: *StadtBauwelt*, 118, S. 1270-1272.
- Münz, Rainer; Ralf Ulrich (1994): Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und in ausgewählten Regionen. Analyse und Prognose bis 2010. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 4, S. 475-515.
- Münz, Rainer; Ralf Ulrich (1996): Internationale Wanderungen von und nach Deutschland, 1945-1994. Demographische, politische und gesellschaftliche Aspekte räumlicher Mobilität. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, 80, 1, S. 5-35.
- Münz, Rainer; Ralf Ulrich (1997): Changing Patterns of German Immigration, 1945 - 1994. In: Klaus J. Bade; Myron Weiner, Hrsg.: *Migration Past, Migration Future: Germany and the United States*. Bd. 1, Providence/RI-Oxford: Berghahn Books.
- Münz, Rainer; Wolfgang Seifert, Ralf Ulrich (1997): *Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*. Frankfurt/Main, New York: Campus
- Piore, Michael J. (1978): Lernprozesse, Mobilitätsketten und Arbeitsmarktsegmente. In: Werner Sengenberger, Hrsg.: *Der gespaltene Arbeitsmarkt*. Frankfurt/M.-New York: Campus, S. 67-98.
- Puskeppeleit, Jürgen (1995): Die Minderheit der (Spät)Aussiedler und (Spät)Aussiedlerinnen. In: Cornelia Schmalz-Jacobsen; Georg Hansen, Hrsg.: *Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland*. München: C.H. Beck, S. 75-89.
- Reichling, Gustav (1985): *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-85*. Bd. 1, Bonn: Kulturstiftung der Vertriebenen; Meckenheim: Warlich.
- Reyher, Lutz; Hans-Uwe Bach (1989): Der Potential-Effekt der Zuwanderungen – Eine Arbeitskräfte-Gesamtrechnung für Aus- und Übersiedler. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 4, S. 468-471.
- Röh, Susanne (1982): Heimatvorstellungen von Spätaussiedlern. Ein Spiegel der Integrationsproblematik. In: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde*. Bd. 25, Marburg: Elwert, S. 139-201.
- Ronge, Volker (1993): Ost-West-Wanderung nach Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, B7/93, S. 16-28.
- Rudolph, Hedwig (1996): Die Dynamik der Einwanderung im Nichteinwanderungsland Deutschland. In: Heinz Fassmann; Rainer Münz, Hrsg.: *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt/M.-New York: Campus, S. 161-181.
- Rudolph, Hedwig; Mirjana Morokvasic, Hrsg. (1994): *Bridging States and Markets. International Migration in the Early 1990s*. Berlin: Ed. Sigma.
- Sandbrink, Stefan; Gert Wagner (1995): *Arbeitskräftemobilität und Lebensqualität – Das Beispiel der „Westpendler“ und ihrer Lebenspartner in Ostdeutschland*. Diskussionspapier Nr. 95-09. Bochum: Ruhruniversität Bochum.
- Santel, Bernhard (1995): *Migration in und nach Europa. Erfahrungen, Strukturen, Politik*. Opladen: Leske+Buderich.
- Schaub, Günther (1991): *Betriebliche Rekrutierungsstrategien und Selektionsmechanismen für die Ausbildung und Beschäftigung junger Ausländer*. Berichte zur beruflichen Bildung 135. Berlin-Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

- Schmidt, Christoph M.; Klaus F. Zimmermann (1992): Migration Pressure in Germany: Past and Future. In: Klaus F. Zimmermann, Hrsg.: *Migration and Economic Development*. Berlin: Springer, S. 201-230.
- Schober, Karen; Heinz Stegmann (1987): Ausländische Jugendliche – Demographische Entwicklung sowie Ausbildungs- und Beschäftigungssituation. In: Elmar Hönekopp, Hrsg.: *Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland*. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 114. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 195-242.
- Schultze, Günther (1991): *Berufliche Integration türkischer Arbeitnehmer. Vergleich der ersten und zweiten Generation*. Bonn: Dietz.
- Schulz, Erika (1990): Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: *DIW-Wochenbericht*, 8, S. 93-102.
- Schulz, Erika (1991): *Die Wanderungen ins Bundesgebiet seit 1984*. DIW-Diskussionspapiere 28. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Schulz, Erika (1993): Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. In: *DIW-Wochenbericht*, 29, S. 318-325.
- Schulz, Erika (1994): *Zuwanderungen der letzten zehn Jahre und Abschätzung des Bestandes zum 31.12.1993*. DIW-Diskussionspapiere 99. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Schulz, Erika; Kerstin Seiring (1994): *Analyse der beruflichen Eingliederung deutscher Zuwanderer – Ein Beispiel für die logistische Regressionsanalyse mit SPSS*. DIW-Diskussionspapiere 102. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Schulz, Erika; Ulrich Rendtel; Jürgen Schupp; Gert Wagner (1993): *Das Zuwandererproblem in Wiederholungsbefragungen am Beispiel des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP)*. DIW-Diskussionspapiere 71. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Schupp, Jürgen; Gert Wagner (1992): Arbeitsmarktentwicklungen und individuelle Erwartungen. In: Statistisches Bundesamt, Hrsg.: *Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 546-555.
- Schupp, Jürgen; Gert Wagner (1994): Ost-West-Pendeln gehört zur Normalität des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes. In: *DIW-Wochenbericht* 51/52, S. 861-866.
- Schwarz, Karl (1996): Die Kinderzahl der Ausländer und ihre Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung in den alten Bundesländern. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 1, S. 57-67.
- Seifert, Wolfgang (1991): *Ausländer in der Bundesrepublik – Soziale und ökonomische Mobilität*. AG Sozialberichterstattung. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Seifert, Wolfgang (1995): *Die Mobilität der Migranten. Die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik – Eine Längsschnittanalyse mit dem Sozio-Ökonomischen Panel, 1984-1989*. Berlin: Ed. Sigma.
- Seifert, Wolfgang (1996): Berufliche, ökonomische und soziale Mobilität von Arbeitsmigranten zwischen 1984 und 1993. In: Wolfgang Zapf; Jürgen Schupp; Roland Habich, Hrsg.: *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt/M.-New York: Campus, S. 240-263.
- Seifert, Wolfgang (1997): Social and Economic Integration of Foreigners in Germany. In: Peter Schuck; Rainer Münz, Hrsg.: *Paths to Inclusion: The Integration of Migrants in the United States and Germany*. Providence/RI-Oxford: Berghahn Books.
- Sen, Faruk; Alke Wierth (1992): 1961-1991 – Ein kritischer Rückblick auf die dreißigjährige Migrationsgeschichte der Türken in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik*, 2, S. 75-80.
- Sengenberger, Werner (1975): *Arbeitsmarktstruktur. Ansätze zu einem Modell des segmentierten Arbeitsmarkts*. Frankfurt/M.: Aspekte Verlag.
- Sengenberger, Werner (1978): Einführung: Die Segmentation des Arbeitsmarktes als politisches und wissenschaftliches Problem. In: Werner Senegenberger, Hrsg.: *Der gespaltene Arbeitsmarkt*. Frankfurt/M.-New York: Campus, S. 15-42.
- Sikora, Joachim, Hrsg. (1991): *Aussiedler als Herausforderung und Auftrag für die deutsche Gesellschaft*. Bad Honnef: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln.
- SOPEMI (1994): *Trends in International Migration, Continuous reporting system on migration. Annual Report 1993*. Paris: OECD.
- SOPEMI (1995): *Trends in International Migration. Annual Report 1994*. Paris: OECD.
- Spies, Ulrich (1982): *Ausländerpolitik und Integration. Eine empirische Untersuchung der Rechtsprobleme von türkischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen*. Frankfurt/M.-Bern: Lang.

- Sprink, Joachim; Wolfgang Hellmann (1989): Finanzielle Belastung oder ökonomisches Potential – Regional unterschiedliche Konsequenzen des Aussiedlerzustroms. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, S. 323-329.
- Stanek, Eduard (1985): *Verfolgt – verjagt – vertrieben. Flüchtlinge in Österreich 1945-84*. Wien-München-Zürich: Europa-Verlag
- Statistisches Bundesamt (1994): *Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. (1996): *Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Metzler-Poeschel.
- Steinmann, Gunter; Ralf Ulrich, Hrsg. (1994): *The Economic consequences of Immigration to Germany*. Heidelberg: Physica-Verlag
- Sterbling, Anton (1994): Die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien: Motive, Randbedingungen und Eigendynamik eines Migrationsprozesses. In: Rainer Münz; Hermann Korte; Gert Wagner, Hrsg.: *Internationale Wanderungen*. Demographie aktuell 5. Berlin: Humboldt-Universität, S. 66-74.
- Szydlik, Marc (1990): *Die Segmentierung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse mit Daten des Sozio-Ökonomischen Panels, 1984-1988*. Berlin: Ed. Sigma.
- Szydlik, Marc (1991): Einkommen, Einkommensdynamik und Arbeitsmarktsegmentation. In: Ulrich Rendtel; Gert Wagner, Hrsg.: *Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984*. Frankfurt/M.-New York: Campus, S. 243-272.
- Thurow, Lester Carl (1978): Die Arbeitskräfteschlange und das Modell des Arbeitsplatzwettbewerbs. In: Werner Sengenberger, Hrsg.: *Der gespaltene Arbeitsmarkt*. Frankfurt/M.-New York: Campus, S. 15-42.
- Tichy, Roland (1990): *Ausländer rein! Warum es kein 'Ausländerproblem' gibt*. München: Piper.
- Tiedtke, Klaus-Peter (1992): Die deutschen Aussiedler – Hintergründe, Fakten und Perspektiven der Aussiedlung und der Eingliederung. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, S. 343-352.
- Tolksdorf, Ulrich (1990): Phasen der kulturellen Integration bei Flüchtlingen und Aussiedlern. In: Klaus J. Bade, Hrsg.: *Neue Heimat im Westen*. Münster: Verlag Westfälischer Heimatbund, S. 106-127.
- Ulrich, Ralf (1990): *Migration to the Federal Republic and the End of the GDR*. FIB Papers P 90-302, Publication Series of the International Relations Research Group. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Ulrich, Ralf (1994): The Future Growth of Foreign Population in Germany. In: Gunter Steinmann; Ralf Ulrich, Hrsg.: *The Economic consequences of Immigration to Germany*. Heidelberg: Physica-Verlag, S. 21-44.
- v. Loeffelholz, Hans Dietrich (1994): Zuwanderung: Erfahrungen und Perspektiven der Zuwanderung in die Bundesrepublik aus ökonomischer Sicht. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg.: *Von der Ausländer- zur Einwanderungspolitik*. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 32. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 41-60.
- Velling, Johannes (1993a): *Immigration to Germany in the Seventies and Eighties – The Role of Family Reunification*. ZEW-Discussion Paper 93-18. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Velling, Johannes (1993b): *Schengen, Dublin und Maastricht – Etappen auf dem Weg zu einer europäischen Immigrationspolitik*. ZEW-Discussion Paper 93-11. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Velling, Johannes (1994): *Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt: Sind die neuen Migranten die "Gastarbeiter" der neunziger Jahre?* ZEW-Wirtschaftsanalysen 3. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Velling, Johannes (1995): *Die Arbeitserlaubnis als Instrument der Arbeitsmarktpolitik zur Steuerung internationaler Zuwanderung auf dem Arbeitsmarkt*. ZEW-Discussion Paper 95-16. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Velling, Johannes; Malte Woydt (1993): *Migrationspolitiken in ausgewählten Industriestaaten. Ein synoptischer Vergleich Deutschland – Frankreich – Italien – Spanien – Kanada*. ZEW-Dokumentation. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Vogel, Dita (1994): Sozialpolitische Integration als zuwanderungspolitisches Steuerungsinstrument. In: *Forum Demographie und Politik*, 5, S. 132-155.
- Weick, Stefan (1996): Zuwanderer in Deutschland optimistisch. Untersuchung zu Lebensbedingungen, Integration und Zufriedenheit bei Migranten. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 15, S. 1-4.

- Wendt, Hartmut (1994): Wanderungen nach und innerhalb von Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West Wanderungen. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 4, S. 517-540.
- Werner, Heinz (1994): Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt – Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweden. In: Heinz Werner; Wolfgang Seifert: *Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt*. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 178. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 85-187.
- Werner, Heinz; Wolfgang Seifert (1994): *Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt*. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 178. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Wiegand, Erich (1984): *Die Inanspruchnahme ausgewählter Sozialleistungen durch Ausländer. Ergebnisse der Ausländerumfrage 1982*. SFB 3 working paper 134. Frankfurt/M.-Mannheim: SFB 3.
- Wiegand, Erich (1992): Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? Einstellung zu Fremden in Deutschland und Europa. In: *ZUMA-Nachrichten*, 31, S. 7-28.
- Winkler, Beate (1994): Einwanderung: Kernfrage unserer Gesellschaft und Herausforderung an die Politik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, B 48/94, S. 3-9.

Autoren

Rainer Münz, geboren 1954 in Basel, Schweiz, ist seit 1992 Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Humboldt-Universität, Berlin. Davor war er Direktor des Institutes für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Seine Hauptforschungsgebiete sind europäische Migration, Sprachgruppen und Minderheiten sowie Familien- und Sozialpolitik.

Ralf Ulrich, geboren 1954 in Berlin, ist Mitarbeiter am Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität, Berlin. Seine Forschungsarbeiten befassen sich mit internationalen Wanderungen und der Situation von Ausländern in Deutschland sowie mit demographischen und ökonomischen Problemen der Entwicklungsländer.

Adresse der Autoren: Humboldt-Universität; Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl Bevölkerungswissenschaft, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin

Telefon: 030-20931918; *Fax:* 030-20931432

E-mail: Ralf.Ulrich@sowi.hu-berlin.de